



Neue Realitäten.  
Chancen nutzen!



Personalratswahlen 2021:

# Danke für Ihr Vertrauen!

- Beilagen
- Schuljahresplaner 2021/22
- Bericht zur Hauptversammlung 2021

- Schule und Recht:** Distanzunterricht
- Junge Lehrkräfte:** Gut im Schulalltag ankommen
- Bundestagswahl:** Politikfeld Bildung
- Zeitreise:** Verbands- und Schulgeschichte RLP
- Berufserkundung:** Digitale Hilfen
- Corona-Belastungen:** Erkennen und Unterstützung anbieten
- Neu gewählte Personalräte:** Erste Fortbildungen
- KlarText:** Koalitionsvertrag – Leerstellen füllen!

# Inhalt

## Ausgabe Juni 2021

Editorial .....	4
Haiku .....	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort .....	5
<b>Bildungspolitik</b>	
<b>Corona-Splitter, Teil IV:</b> Gesammelt von Wolfgang Häring und Wolfgang Wünschel .....	6
▶ <b>Wie Schule die eigene Lebensentwicklung geprägt hat</b> Meinungen und Erinnerungen aus dem Bundestag .....	10
<b>Kommentar von Bernd Karst zur Bundestagswahl</b> Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Politikfeld .....	11
<b>Kurzmeldungen</b>	
Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen .....	12
Gegliedertes Schulsystem fördert Leistung und Bildungsgerechtigkeit .....	12
<b>VRB-Verbandsarbeit</b>	
<b>Beschlüsse zielen auf die postcoronale Zeit</b> Digitale Frühjahrssitzung des dbb-Landesvorstandes .....	13
<b>Hauptversammlung 2021</b> „Neue Realitäten. Chancen nutzen!“ .....	14
<b>Zurück in die Zukunft – Frauenpolitik gestern, heute, morgen</b> dbb-Bundesfrauenkongress 2021 .....	16
<b>Schule in Rheinland-Pfalz</b>	
<b>Urteil: Keine Übernahme der Schulbeförderungskosten nach Schulverweis</b>	18
<b>Landtagswahlen RLP:</b> Landesregierung 2021: Neuauflage der Ampelkoalition .....	19
<b>Ruhestand:</b> Hans Beckmann, ein sachkundiger Verfechter der realen Bildung .....	22
<b>Schule und Recht</b>	
▶ <b>Distanzunterricht: Rechtliche Bewertung – Praxis des Distanzlernens – Freiräume und Kontrolle</b> – Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu .....	23
<b>Info-Punkt für Pensionäre:</b> Wohnen im Alter .....	26
<b>Beruf</b>	
▶ <b>Glückwunsch VRB!</b> Siebzig Jahre Engagement für die Lehrerschaft. Verbands- und Schulgeschichte in RLP: Eine Zeitreise mit Georg Stenner .....	29
▶ <b>Ergebnisse und Analyse der Personalratswahlen 2021</b> .....	36
<b>Lehrerbildung – Berufseinstieg</b>	
▶ <b>Gut im Berufsalltag ankommen: Mein erstes Schuljahr</b> Katharina Becker und Nicolas Cordes berichten von ihren Anfängen .....	38



### 6 CORONA-SPLITTER – TEIL IV

Foto: AdobeStock



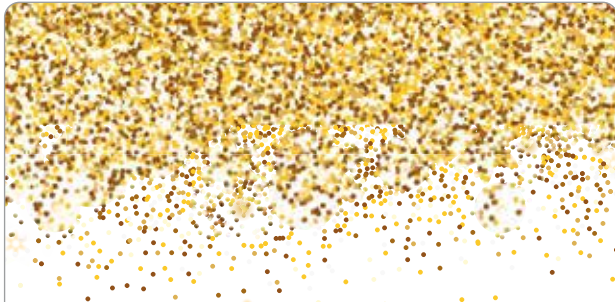
### 10 WIE SCHULE DIE EIGENE LEBENSENTWICKLUNG PRÄGT



### 16 DBB-BUNDESFRAUENKONGRESS



### 26 WOHNEN



**29\_GLÜCKWUNSCH VRB!  
SIEBZIG JAHRE ENGAGEMENT ...  
EINE ZEITREISE MIT GEORG STENNER**



**40\_DIGITALE HILFEN**



**42\_ WAS IST HINTER DEM HORIZONT?**



**96\_KLARTEXT:  
LEERSTELLEN MIT INHALTEN FÜLLEN!**

**Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik**

**Kurzmeldungen**

Rollenbilder prägen Fächerwahl .....	40
Digitale Hilfen zur Berufserkundung .....	40 ◀
Jugendportal des Bundestags .....	40
Ein Viertel aller angehenden Lehrkräfte leidet unter Burnout-Symptomen .....	41
<b>Wie geht es eigentlich ... Prof. Dr. Ernst-Peter Fischer?</b> Was ist hinter dem Horizont? .....	42

**VRB-Bezirk Koblenz**

<b>Workshop und Meet &amp; Greet:</b> BigBlueButton – Einsatz für den aktivierenden und interaktiven Unterricht .....	44
<b>Der VRB gratuliert:</b> Horst Gerber, ein „VDR-Urgestein“, feierte seinen 80. Geburtstag .....	45
<b>Virtuelle Bezirksversammlung:</b> „Psychische Belastung bei Schülerinnen und Schülern – erkennen und Unterstützung anbieten“ .....	46 ◀

**VRB-Bezirk Neustadt**

<b>Kultur im Blick:</b> Zwei Besichtigungen stehen an .....	47
<b>Vorstandsarbeit:</b> Den Corona-Herausforderungen mit neuen Angeboten begegnen .....	47
<b>Bezirksübergreifend konzipiert und koordiniert:</b> Fortbildung für neu gewählte Personalräte .....	48 ◀
<b>Onlineaustausch „VRB virtuell“</b> Themen, die auch das nächste Schuljahr bestimmen werden .....	49

**VRB-Bezirk Trier**

<b>Onlineabend:</b> Verbands- und schulpolitischer Austausch im Rahmen einer digitalen Weinreise .....	50
<b>Online-Blitzstart:</b> Erste Fortbildung für Schulpersonalräte der neuen Amtsperiode .....	51 ◀

**Termine, Service und Internes**

Nachruf Klaus-Peter Wyrwoll .....	52
<b>KlarText!</b>	
<b>Leerstellen mit Inhalten füllen!</b> .....	54
Mitgliederverwaltung, Vorschau auf das nächste Heft und Impressum ...	55 ◀
<b>Letzte Meldungen</b> .....	56
<b>Beitrittserklärung</b> .....	57
<b>Wir sind Ihr Team in den Haupt- und Bezirkspersonalräten</b> .....	58

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.

## Die Welt von morgen



Die Sehnsucht nach „Rückkehr zur Normalität“ ist groß. Unsere Gesellschaft streitet über den Weg dorthin. Bundespräsident Steinmeier hält fest: „Die Pandemie zeigt uns: Ja, wir sind verwundbar.“ Und der Journalist Gabor Steingart verdichtet: „Corona zeigt uns die Welt von morgen.“ Corona zeigt unsere Grenzen auf, führt uns aber auch zu neuen Zielen, neuen Chancen und neuen Herausforderungen.

### Wahlen

Die Personalratswahlen haben den VRB gestärkt. Wir werten die Ergebnisse aus. Die Ziele und Forderungen für die neue Amtszeit stehen unter dem Motto: „Neue Realitäten. Chancen nutzen. Schule gestalten“. Die ersten Fortbildungsangebote für die neu gewählten Schulpersonalräte haben wir bereits online organisiert. Sie fanden großen Zuspruch.

Die Landtagswahl ermöglichte eine Neuauflage der Ampelkoalition. Wolfgang Häring berichtet über die Koalitionsverhandlungen und den Neuzuschnitt der Ministerien. Michael Eich weist in seinem KlarText auf die bildungspolitischen Leerstellen im Koalitionsvertrag hin und benennt die Herausforderungen, in deren Mittelpunkt unsere Lehrkräfte und Schulen stehen.

Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Politikfeld und hat höchste Priorität. Das beurteilen vier Abgeordnete aus verschiedenen Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl genauso. Bernd Karst hat sie auch

gefragt, wie Schule ihren eigenen Lebenslauf geprägt hat.

Die bereits mehrfach verschobene VRB-Hauptversammlung findet im digitalen Format und nach Redaktionsschluss statt. Im Mittelpunkt steht die Neuwahl des Landesvorstandes. Wenn alles technisch reibungslos verläuft, präsentieren wir die wichtigsten Ergebnisse in einer Beilage zu diesem Heft.

### Gespräche und Interviews

Im Interview zum Thema Distanzunterricht befragt Wilfried Rausch unsere Justiziarin Antonia Dufeu zu den Themenkomplexen „Rechtliche Bewertung“, „Praxis des Distanzlernens“ und „Freiheit und Kontrollverlust“.

Für den erfolgreichen Start ins Berufsleben gibt es kein Standardrezept. Monika Antoni hat sich im „Team Junge Lehrkräfte“ bei Katharina Becker und Nico Cordes umgehört. Sie berichten über ihr „erstes“ Schuljahr nach dem Vorbereitungsdienst und machen Mut, eigene Ideen auszuprobieren.

### Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

**Corona-Splitter.** Unsere Fortsetzungsrubrik rückt Verantwortung im Blick auf die Schul- und Bildungspolitik in den Mittelpunkt.

**Gleichstellungspolitik.** Der jüngste Kongress der dbb bundesfrauenvertretung stand unter dem Motto „Zurück in die Zukunft“. Nicole Weiß-Urbach hat daran teilgenommen und berichtet unter ande-

rem über Forderungen nach einem Systemwechsel in der Arbeitsmarktpolitik.

**Wohnen.** Die Politik hat erkannt, dass beim Thema Wohnen generationenübergreifend Handlungsbedarf besteht. Wir fragen u. a. nach zukunftsorientierten Plänen für das Wohnen im Alter.

**Vom Staunen in der Welt.** Wissenschaft spielt eine zentrale Rolle im Kampf um den Erhalt der Menschheit. Das zeigt die aktuelle Debatte in der Corona-Krise. Prof. Ernst Peter Fischer unternimmt in seinem neuen Buch eine abwechslungsreiche Reise durch die Geschichte des Wissens und der Wissenschaft. .

### 70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft

**Glückwunsch VRB!** Was vor einem Jahr als Einzelbeitrag zum Gründungsjubiläum gedacht war, entwickelte sich rasch zu einer eigenen Rubrik. Wir haben Georg Stenner um einen Beitrag gebeten, den wir – nach einem Vorschauauszug in Heft 3 und 4/2020 – nunmehr komplett abdrucken. Sein Beitrag verbindet die Geschichte des Realschullehrerverbandes in einer Zeitreise mit der Geschichte der Realschule in Rheinland-Pfalz. Mit neuen Zeitzeugenberichten unserer Leserinnen und Leser setzen wir die Reihe im kommenden Heft fort.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

### „Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



### Distanz lernen

Auf den Plattformen suchen sich die Akteure. Quo vadis Schule?

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 18. Mai 2021 konstituierte sich der 18. rheinland-pfälzische Landtag. Die neue Landesregierung wird in den kommenden fünf Jahren weiter als Ampelkoalition die Landespolitik bestimmen. Der beschlossene Koalitionsvertrag mit dem Titel „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“ lässt den Gestaltungswillen der Regierungsparteien erkennen.

### Neue Realitäten. Chancen nutzen!

Die kommenden Jahre werden in allen gesellschaftlichen Bereichen herausfordernde Veränderungen mit sich bringen müssen. Der Blick in die Zukunft erfordert, die neuen Chancen zu erkennen und zu nutzen, die mit den Veränderungen eintreten werden.

Auch im Bildungsbereich werden wir nicht nur durch die Corona-Krise neue Realitäten akzeptieren müssen. Gerade in der Pandemie sind die Handlungsfelder politischen Handelns noch deutlicher hervorgetreten. Aber auch hier gilt unser Appell an die Landesregierung und die Bildungspolitiker im Land: Chancen nutzen!

### Maßstab: Beste Bildung für alle Kinder

Das Bildungsministerium wird weiterhin von Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig geführt. Hans Beckmann, der langjährige Staatssekretär, geht in den Ruhestand. Seine Nachfolgerin ist uns seit vielen Jahren bekannt. Bettina Brück, mit der wir in ihrer Rolle als bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion im ständigen Dialog waren, bekleidet nun dieses Amt. Der Koalitionsvertrag spricht für den Bildungssektor bereits in der Überschrift „Beste Bildung für alle Kinder“ in Superlativen. Die Arbeit des Bildungsministeriums werden wir daran messen.

### Zukunftsentscheidungen nicht auf die lange Regierungsbank schieben

In wenigen Tagen geht ein Schuljahr zu Ende, welches komplett durch die Corona-Pandemie beeinflusst wurde. Die derzeitigen Inzidenzen und die Tatsache, dass auch durch den Einsatz der Lehrverbände bei immer mehr Lehrkräften ein vollständiger Impfschutz besteht, geben Anlass zur Hoffnung, dass das neue Schuljahr

störungsfrei verlaufen kann. Organisation und Gestaltung der kommenden Schuljahre werden herausfordernd. Ein „weiter so“ nach der Pandemie darf es allerdings nicht geben. Der VRB fordert, dass die Weichen in eine zeitangemessene Zukunft gestellt werden. Lippenbekenntnisse gab es in letzter Zeit genug!

### Impfung von Jugendlichen: Verbindliche Impfplanung notwendig

Die Bundesregierung wie auch die Landesregierungen haben das Impfen für Kinder und Jugendliche auf die Tagesordnung ihrer Impfgipfel gesetzt, um den Präsenzunterricht im kommenden Schuljahr abzusichern. Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat einen Impfstoff für Jugendliche zugelassen. Die Ständige Impfkommission am Robert Koch-Institut (STIKO) rät dazu abzuwarten und warnt davor, die Entscheidung zu überstürzen. Ziel sei aus ihrer Sicht auch eine verbindliche Impfplanung. Aus unserer Sicht ist ein gesellschaftlicher Konsens in der Frage der Impfungen von Jugendlichen notwendig. Hier muss die Politik die entsprechenden Vorleistungen erbringen. Keinesfalls darf der Entscheidungsprozess über die Impfung von Jugendlichen in die Schule hineingetragen werden.

### Schulen zügig pandemiesicher machen

Die Entscheidung über das Impfen kann nicht singulär als Allheilmittel für ein geordnetes Schuljahr in und nach der Pandemie dienen. Das Klima in den Unterrichtsräumen und eine in vielen Bereichen unzureichende Ausstattung haben sich in der Pandemiezeit als krisenverschärfend erwiesen. Die steigenden Belastungen haben Einfluss auf Lebens-, Gesundheits- wie auch Arbeitsqualität der Lehrkräfte. Aus Sicht des Verbandes Reale Bildung besteht erheblicher Handlungsbedarf, den Gesundheitsschutz zu sichern und die Arbeitszufriedenheit zu steigern. Der Verband fordert daher, die Schulen zügig zukunfts- und somit auch pandemiesicher zu machen. Beispielhaft seien Hepa-Luftfilter, kleine Klassen, mehr Lehrkräfte und eine stringenter Verfolgung der Digitalstrategie genannt.



### Erfolg bei den Personalratswahlen: Bestätigung unserer Gremienarbeit

Anfang Mai fanden die Wahlen zu den Stufenvertretungen statt. In den Realschulen plus geht der VRB gestärkt aus den Personalratswahlen hervor. In beiden Gremien (BPR und HPR) hat der Verband je vier Sitze erreicht und somit einen Sitz pro Gremium hinzugewonnen. Unter dem Vorsitz von Michael Eich (HPR) und Benjamin Bajraktari (BPR) setzen wir unsere gewinnbringende Zusammenarbeit mit dem VBE fort und werden gemeinsam weiterhin wichtige Akzente setzen.

Auch für die Integrierten Gesamtschulen ist der VRB durch die gemeinsame Liste mit dem Philologenverband in beiden Gremien vertreten, um sich auch dort für spürbare Verbesserungen einzusetzen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien erholsame Sommerferien und einen guten und vor allem gesunden Start ins neue Schuljahr.

Ihr Timo Lichtenthäler

## CORONA-SPLITTER

### Teil IV – Gesammelt von Wolfgang Häring und Wolfgang Wünschel

► Freitag, 5. März 2021

#### VRB fordert Impfangebote für alle Lehrkräfte

Der Verband Reale Bildung (VRB) fordert vor dem Hintergrund der jüngsten Lagebeurteilung und Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz Impfangebote für alle Lehrkräfte und Bedienstete an allen Schulen sowie eine konsequente Teststrategie. Unverständlich, so der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler, sei der Widerspruch zwischen der zurecht allgemein hervorgehobenen Bedeutung von Schule einerseits und dem vernachlässigten Gesundheitsschutz für Lehrkräfte andererseits. (VRB-Pressmitteilung)

► Freitag, 5. März 2021

#### Versäume deine Jugend

Der Alltag eines Jugendlichen muss sich seit Monaten so anfühlen als sitze man im Warteraum des Lebens, ohne zu wissen, wann man endlich dran kommt. Außerdem hockt man in diesem Warteraum nicht mit guten Freunden, sondern nur mit den eigenen Eltern, die eher weniger für das funkelnde Lametta im Alltag zuständig sind, sondern einem täglich das Kleingedruckte aus dem Verhaltenskatalog vorbeten. Bitte leise, die Nachbarn, räum doch mal dein Zimmer auf! (Süddeutsche Zeitung)

► Freitag, 12. März 2021

#### Frankenthal zieht die Notbremse

Nach dem Sprung von 69,7 auf 114,8 ist die für Frankenthal gemeldete Sieben-Tage-Inzidenz am Donnerstag noch einmal geklettert. Der Wert, der das auf 100.000 Einwohner umgerechnete Infektionsgeschehen der zurückliegenden Woche in der Stadt abbildet, steht nun bei 133,3. Dass er am Freitag unter die kritische 100er-Marke sinkt, ist schon jetzt ausgeschlossen. Voraussichtlich ab Samstag werden wieder die vor dem 7. März geltenden Corona-Regeln eingeführt. Dies heißt unter anderem: Reduzierung der erlaubten Kontakte und Einkaufen im Einzelhandel nur mit Termin. Geplant ist laut Oberbürgermeister Hebich auch, wieder eine nächtliche Ausgangssperre anzuordnen. Noch offen ist, wie mit dem laufenden Wechselunterricht in Schulen umgegangen wird. (Die Rheinpfalz)

#### Präsenzpflicht in Grundschulen ist rechtens

Die durch die Sechzehnte Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz (16. CoBeLVO) vom 26. Februar 2021 ange-

ordnete Präsenzpflicht in Grundschulen muss von Eltern und schulpflichtigen Kindern grundsätzlich beachtet werden. Dies entschied das Verwaltungsgericht Mainz. (Pressemitteilung zum Beschluss des VG Mainz vom 03.03.21, Az.: 1 L 78/21.MZ)

#### Anstieg der Infektionen bei Jugendlichen und Kindern

Der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, ist angesichts der aktuellen Infektionszahlen besorgt. „Die Fallzahlen haben sich seit einiger Zeit auf einem zu hohen Niveau eingependelt“, sagt Wieler. Bei Jugendlichen und Kindern steige die Inzidenz zum Teil „rasant“ an. „Wir haben in Kitas wieder mehr Ausbrüche, sogar mehr als vor Weihnachten.“ Auch die Zahl der Intensivpatienten steige wieder leicht. (n-tv.de)

► Montag, 15. März 2021

#### ALLE nach MALLE

(So titelt die BILD-Zeitung die Meldung, dass die Balearen kein Risiko-Gebiet mehr sind und die Reisewarnung damit aufgehoben ist)

#### DL fordert sofortige Impfung aller Lehrkräfte

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat sich besorgt über die steigenden Infektionszahlen bei Kindern und Jugendlichen gezeigt. Verbandspräsident Meidinger sagte der „Rheinischen Post“, um Schulschließungen zu vermeiden, müssten alle Lehrkräfte sofort gegen das Coronavirus geimpft werden. Außerdem müssten alle Schülerinnen und Schüler mindestens zweimal wöchentlich getestet werden. Gestern hatte der Gesundheitsexperte der SPD, Lauterbach, gefordert, alle Schulen in Deutschland bis Ostern wieder zu schließen. Es sei ein Fehler gewesen, die Schüler ohne flächendeckend funktionierende Tests wieder in den Präsenzunterricht zu schicken. (n-dr.de)

#### AstraZeneca-Impfungen ausgesetzt

Die Corona-Impfungen mit dem Impfstoff AstraZeneca sind in Deutschland vorsorglich ausgesetzt. Die Bundesregierung folgt damit einer aktuellen Empfehlung des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), wie Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Montag mitteilte. Auch Frankreich und Italien setzen die Impfungen mit AstraZeneca vorerst aus.

Nach neuen Meldungen von Thrombosen der Hirnvenen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung in Deutschland und Europa hält das Paul-Ehrlich-Institut weitere Untersuchungen für notwendig. (tagesspiegel.de)

► **Dienstag, 23. März 2021**

**Länderchefs mahnen zu Oster-Ruhe**

Wurde vor Kurzem noch über Öffnungen und Lockerungen der Corona-Maßnahmen diskutiert, kommt nun nach dem jüngsten Treffen von Bund und Länderchefs die Kehrtwende – zurück in den harten Lockdown. Vor allem über Ostern soll bundesweit sprichwörtlich Ruhe herrschen. Aus Sicht der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ein notwendiger Schritt. Die „momentane Gefahr“ angesichts der „sprunghaft“ ansteigenden Infektionszahlen müsse abgewehrt werden, forderte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow. Daher pochte er auf eine strikte „Osterruhe“. In diesen Tagen solle „alles unterbleiben“ – das betreffe jedes Unternehmen, alle Produktionsbetriebe, jedes gesellschaftliche Leben einschließlich großer Veranstaltungen. (*tagesschau.de*)

► **Mittwoch, 24. März 2021**

**Merkel kippt Osterruhe**

Kanzlerin Angela Merkel hat nach massiver Kritik entschieden, den Bund-Länder-Entscheid zur sogenannten Osterruhe zu stoppen. Das teilte Merkel am Mittwoch in einer kurzfristig einberufenen Schalte mit den Ministerpräsidenten der Länder mit. Merkel gab im Anschluss auf einer Pressekonferenz zu, dass die Pläne mit der Osterruhe ein Fehler gewesen seien. Sie übernehme dafür die „volle Verantwortung“. (*SWR 2*)

► **Montag, 29. März 2021**

**Eltern verweigern Selbsttests ihrer Kinder in der Schule**

In NRW haben Probeläufe mit den Selbsttests von Schülern kurz vor den Osterferien gezeigt, dass eine nennenswerte Zahl von Eltern das Procedere in den Schulen ablehnt. Politiker bringen deshalb bereits eine Testpflicht ins Gespräch. Freiwillig oder verpflichtend, ein- oder zweimal pro Woche, zu Hause oder in der Schule: Jedes Bundesland hat seine eigenen Regeln bei den Corona-Selbsttests für Schüler.

In NRW gilt: „Die wöchentlichen Testungen finden in den Räumen der Schule möglichst zu Beginn des Unterrichtes mit den im Präsenzunterricht anwesenden Schülerinnen und Schülern statt. Sie werden vom schulischen Personal – insbesondere den Lehrerinnen und Lehrern – beaufsichtigt. Grundsätzlich sollen alle Schülerinnen und Schüler an den Testungen teilnehmen, die Eltern bzw. volljährige Schülerinnen und Schüler können jedoch mit einer entsprechenden Erklärung dem Testangebot bzw. der Testdurchführung widersprechen.“ (*news4teachers*)

**Kanzlerin kritisiert Landeschefs**

Die Kanzlerin spart in einer Sendung mit Anne Will nicht mit Kritik an einigen Länderchefs, wenn es um die Umsetzung der Corona-Regeln geht. Angesichts der exponentiell steigenden Infektionszahlen sei das Handeln der Länder gefragt. Diese müssten bereit sein, die entschieden unpopulären Schritte zu gehen. Es müsse über andere Wege nachgedacht werden, wenn die Beschlüsse nicht umgesetzt würden. Der Bund könnte in diesem Fall tätig werden. Dennoch betont Merkel: „Wir brauchen immer Bund und Länder zusammen.“ (*Stuttgarter Zeitung*)

► **Mittwoch, 31. März 2021**

**Astrazeneca nur noch für über 60-Jährige**

Der Impfstoff von Astrazeneca soll in der Regel nur noch für Menschen ab 60 Jahren eingesetzt werden. Dies beschlossen die Gesundheitsminister von Bund und Ländern am Abend. Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, warnt: „Wenn Astrazeneca nicht mehr verimpft werden kann, droht die Impfpriorisierung von Lehrkräften komplett zu scheitern!“ (*news4teachers*)

► **Sonntag, 4. April 2021**

**Präsenzunterricht am seidenen Faden**

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek blickt vor dem Hintergrund steigender Corona-Zahlen mit großer Sorge auf den weiteren Schulbetrieb in Deutschland nach den Osterfeiertagen. ... „Es werden in den Schulen noch einmal ganz schwierige Wochen, in denen ein Präsenzunterricht leider immer wieder am seidenen Faden hängen wird.“ Karliczek fügte hinzu, es werde auch sehr von der Disziplin der gesamten Gesellschaft abhängen, wie es an den Schulen weitergehe. (*Rheinpfalz am Sonntag*)

► **Freitag, 9. April 2021**

**Ministerpräsidentenkonferenz abgesagt**

Kommende Woche wird es keine Konferenz von Kanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten der Länder geben. Die Bundesregierung beabsichtigt stattdessen schon nächste Woche im engen Einvernehmen mit den Ländern und dem Bundestag einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, der »eine direkt verbindliche und umfassende Notbremse für Kreise ab einer Inzidenz von 100 vorsieht«, heißt es. Unterhalb einer Inzidenz von 100 sollten die bestehenden Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz fortgelten und die Länder damit ihre Zuständigkeit behalten. (*Mainzer Allgemeine Zeitung*)



**„Wenn einer positiv ist, bricht Panik aus“**

Prüfungen sind in der Schule Alltag, aber in Hamburg müssen Schülerinnen und Schüler seit Dienstag eine besondere Prüfung ablegen: einen Corona-Test. Der findet zweimal in der Woche statt. Und nur wer besteht, darf am Unterricht teilnehmen. Im

Einzelfall kann das so hart sein, wie es sich anhört: Wer ein positives Ergebnis hat, muss gehen. Wie oft das seit Dienstag passiert ist, wissen sie in Hamburg noch nicht zu sagen. In der Vorwoche – da waren die Tests noch freiwillig – betraf es 0,13 Prozent. Klingt wenig, heißt aber: 190 Kinder und Jugendliche gingen am Morgen in die Schule und wurden noch vor Unterrichtsbeginn wieder nach Hause geschickt – mit einer frisch entdeckten Corona-Infektion. (*Süddeutsche Zeitung*)

► **Montag, 19. April 2021**

**Hubig: Unterricht im Freien**

„Unterricht im Freien kann bei guter Witterung eine Alternative zum Unterricht im Klassensaal sein“, sagte die SPD-Bildungsministerin Hubig in Mainz. „Das gilt insbesondere für Fächer wie Sport und Musik, die derzeit unter stärkeren Einschränkungen leiden als andere Disziplinen.“ Mehrere Politiker hatten sich für mehr Unterricht draußen ausgesprochen. „Unterricht im Freien oder die weitere Reduzierung der Lerngruppengrößen sind zu durchdenken, bevor Schulen geschlossen werden“, sagte der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marcus Weinberg, der BILD-Zeitung. Auch die FDP-Politikerin Katja Suding, Bärbel Bas von der SPD sowie der Grünen-Abgeordnete Janosch Dahmen warben dafür. Der Deutsche Lehrerverband hat diese Vorschläge zurückgewiesen. „Wer tatsächlich meint, man könne Schulen auch bei hohen Inzidenzen weiter offen halten, indem man den Unterricht ins Freie verlagert, hat vom Schulbetrieb und seinen Rahmenbedingungen und organisatorischen Herausforderungen wenig Ahnung, um nicht zu sagen keinen blassen Dunst“, sagte Präsident Heinz-Peter Meidinger. (*News4teachers.de*)

**VRB erfolgreich**

Der VRB hat erfolgreich verhandelt! Bis spätestens 15. Mai erhalten wir alle unsere Erstimpfung! Nach zähen Verhandlungen wurden nun alle Lehrkräfte in Gruppe 3 nochmals priorisiert. (*Eilmeldung des VRB RLP*)

**Baerbock Kanzlerkandidatin der Grünen**

Die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock soll ihre Partei als Kanzlerkandidatin in die Bundestagswahl am 26. September führen. Habeck kündigte seine Kollegin vor der Presse an. „Wir beide wollten es, aber am Ende kann es nur eine machen“, sagte er. Er selbst wolle sich aber gleichfalls in den Wahlkampf werfen. Die Gemeinsamkeit habe die Grünen so erfolgreich gemacht. Habeck beschrieb Baerbock als „kämpferische, fokussierte, willensstarke Frau“, die genau wisse, was sie wolle. (*welt.de*)

► **Dienstag, 20. April 2021**

**Machtkampf in der Union entschieden**

Jetzt ist der Machtkampf vorerst entschieden. Armin Laschet wird tatsächlich Kanzlerkandidat der Union. Er weiß, dass ein Teil seiner Partei und auch der Fraktion ihn nicht wollte. Der Riss verlief mitten durch die CDU. Und im Wahlkampf wird es immer den anderen geben. Den Franken, der sich womöglich weiter in seinen Umfragewerten sonnen wird, der ewige Wäre-besser-gewesen-Kandidat. (*Der Tagesspiegel*)

► **Mittwoch, 21. April 2021**

**Dreyer lenkt ein**

In Rheinland-Pfalz sollen alle Lehrkräfte bevorzugt geimpft werden. Das hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) am Dienstag in Mainz angekündigt. Außerdem führt das Land voraussichtlich nächste Woche die Testpflicht an Schulen ein, wie es die Bundesnotbremse vorsieht. (*Die Rheinpfalz*)

► **Freitag, 30. April 2021**

**Impfung für Kinder ab Juni?**

Es ist eine Nachricht, die für Eltern alles ändern kann: Schon bald werden nach Einschätzung von Biontech-Gründer Uzun Eahin Corona-Impfstoffe für Kinder verfügbar sein. Wie der Spiegel berichtet, rechnet Eahin damit, dass Kinder ab 12 Jahren schon ab Juni geimpft werden können, alle Kinder ab sechs Monaten dann ab September. (*tagesschau.de*)

► **Montag, 3. Mai 2021**

**Fachkräftemangel**

Vielen Handwerksbetrieben in Deutschland fällt es auch in der Corona-Krise schwer, ausreichend Mitarbeiter zu finden. Deutschlandweit fehlen aktuell 54.000 Gesellinnen und Gesellen, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) ergeben hat. Insgesamt beziffert die Untersuchung den Fachkräftemangel im Handwerk auf knapp 65.000 Arbeitskräfte. Kunden müssten deshalb oft lange Wartezeiten in Kauf nehmen, den Betrieben entgingen Aufträge. (*deutsche-handwerks-zeitung.de*)

► **Samstag, 8. Mai 2021**

**Weniger Reglementierung für Geimpfte**

Am Sonntag treten die Erleichterungen für Geimpfte und Covid-19-Genesene bei den Pandemiebeschränkungen in der Corona-Krise in Kraft. Die von Bundestag und Bundesrat zuletzt verabschiedete entsprechende Verordnung ist am Samstag wie angekündigt im Bundesanzeiger veröffentlicht worden. Die Regelung sieht unter anderem vor, dass sich Immunisierte in unbegrenzter Personenanzahl treffen können. (*Der Tagesspiegel*)

► **Mittwoch, 12. Mai 2021**

**Impfpflicht befürchtet**

Elterninitiativen befürchten, dass nach der Zulassung von Impfstoffen für Kinder und Jugendliche eine Impfpflicht an Schulen folgt. Gesundheitsminister Jens Spahn und Bildungsministerin Anja Karliczek schließen das jedoch aus. Auf der Online-Plattform „change.org“ haben bislang über 300.000 Menschen eine Petition unterzeichnet mit der Forderung, dass „es zu keiner wie auch immer gearteten Impfpflicht für Kinder von Seiten der Politik kommt“. (*Rhein-Zeitung*)

**Testpflicht im Klassenraum verletzt Datenschutz**

Ein Grundschüler muss sich nach einer Entscheidung des Hamburger Verwaltungsgerichts nicht an seiner Schule auf Corona testen lassen, um am Präsenzunterricht teilnehmen zu dürfen. Es reiche



ein negatives Ergebnis aus einem anerkannten Schnelltestzentrum, das maximal 24 Stunden alt sei, heißt es in dem Beschluss vom 29. April. (*Urteil VG Hamburg, Az. 2 E 1710/21*)

► **Freitag, 14. Mai 2021**

**Hamburg bereitet sich auf Impfungen für Schüler vor**

Kinder und Jugendliche leiden besonders unter der Pandemie – darum soll es zumindest jetzt ganz schnell gehen: Hamburg will Schülerinnen und Schüler möglichst mit Beginn der Sommerferien gegen Corona impfen, wenn sie und ihre Eltern das wollen. Es soll alles vorbereitet sein: Wenn die Europäische Arzneimittelbehörde den Impfstoff von Biontech/Pfizer auch für Kinder ab 12 Jahren freigibt, soll es möglichst sofort mit dem Impfen auch hier in Hamburg losgehen, erklärte Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) ... Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) schlägt vor, dass Schulen zu Impfzentren werden. Auch Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte sollen sich beteiligen. (*ndr.de*)

► **Montag, 17. Mai 2021**

**Ernst: Voller Präsenzunterricht noch vor den Sommerferien möglich**

Brandenburgs Bildungsministerin – und KMK-Präsidentin – Britta Ernst (SPD) hat eine Öffnung der Schulen für den Präsenzunterricht noch vor den Sommerferien in Aussicht gestellt, sollten sich die Inzidenzzahlen positiv entwickeln. Bei weiterer guter Entwicklung solle eine stufenweise Öffnung in den vollständigen Präsenzunterricht bis zu den Sommerferien auf den Weg gebracht werden, sagte Ernst. (*dpa*)

► **Montag, 31. Mai 2021**

**EU lässt Biontech/Pfizer für Kinder ab 12 zu**

In der Europäischen Union darf künftig der Impfstoff von Biontech/Pfizer bei Kindern ab 12 Jahren gegen Covid-19 gespritzt werden. Die EU-Kommission bestätigte die Zulassung der Vakzine, nachdem zuvor bereits die europäische Arzneimittelbehörde (EMA) ihre Empfehlung für den Wirkstoff ausgesprochen hatte. Mit der Zulassung gibt es in Europa nun erstmals einen Coronaimpfstoff auch für Personen unter 16 Jahren. Die EMA hatte am Freitag die Beurteilung abgegeben, dass die Anwendung für Kinder sicher sei. Grundlage war die Prüfung durch den zuständigen Expertenausschuss. (*spiegel.de*)

**Kinder bald impfen**

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat sich für die Wiederaufnahme des vollständigen Präsenzunterrichts ausgesprochen. Die Rückkehr zum Präsenzunterricht sei möglich, wenn eben auch im Präsenzunterricht regelmäßig getestet werde. „Das hat sehr gut funktioniert und ist aus meiner Sicht eine Erfolgsgeschichte, die fortgeschrieben werden kann“, so der SPD-Politiker. Vor diesem Hintergrund bekräftigte Lauterbach erneut seine Forderung, auch Kinder möglichst bald gegen das Coronavirus impfen zu lassen. Im Herbst werde der Präsenzunterricht schwierig werden, wenn die Kinder nicht geimpft sein sollten, so Lauterbach. (*welt.de*)

**VRB fordert vorsichtigen Wechsel zum Präsenzunterricht**

Der Verband Reale Bildung (VRB) hält die rheinland-pfälzische Strategie einer Verkürzung des Wechselunterrichts von zwei auf eine Woche mit Blick auf die fallenden Corona-Inzidenzwerte für nachvollziehbar – jedoch nicht ohne Wenn und Aber. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler erklärte heute gegenüber dem SWR Rheinland-Pfalz: „Infolge der derzeitigen Entwicklung der Inzidenzzahlen und aufgrund der Tatsache, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen des öffentlichen Lebens Lockerungsmechanismen starten, hat das Bildungsministerium die Sachlage neu bewertet. Einen möglichen Direktstart in den Präsenzunterricht nach den Pfingstferien hat der VRB von vornherein ausgeschlossen. Aber auch die Verkürzung des Wechselunterrichts kann nur unter der Voraussetzung akzeptiert werden, dass die erkennbar positive Entwicklung anhält“, so der VRB-Chef. (*VRB-Pressemitteilung*)

► **Freitag, 4. Juni 2021**

**Raus jetzt!**

**Die Hütten im Pfälzerwald haben wieder geöffnet**

Jetzt wird alles gut: Raus jetzt mit uns! Raus, nicht nur ins Freie, in die Biergärten und Cafés, sondern raus auch ins Helle, ins Leben ... Alles auf Anfang. Natürlich ist längst noch nicht alles gut. Aber so viele gute Nachrichten wie in den vergangenen Tagen hatten wir seit 15 Monaten nicht zu vermelden. (*Die Rheinpfalz*)



► **Dienstag, 8. Juni 2021**

**„Wir rufen das Ende der Pandemie aus“**

Der neue rheinland-pfälzische Gesundheits- und Wissenschaftsminister Clemens Hoch (SPD) ist zuversichtlich, dass es keine vierte Corona-Welle geben wird, die mit den anderen vergleichbar sei. Wir werden immer mit Corona leben müssen, aber wir leben auch mit Influenza und mit anderen Erkrankungen. (*Die Rheinpfalz*)

# Wie Schule die eigene Lebensentwicklung geprägt hat

## Meinungen und Erinnerungen aus dem Bundestag



CDU

MdB Ronja Kemmer

\* 1989, MdB seit 2014, Wahlkreis Alb-Donau/Ulm

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie im Ausschuss Digitale Agenda



SPD

MdB Oliver Kaczmarek

\* 1970, MdB seit 2009, Wahlkreis Unna

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung



Bündnis 90/Die Grünen  
MdB Margit Stump

\* 1963, MdB seit 2017, Wahlkreis Aalen-Heidenheim

Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung



FDP

MdB Christian Lindner

\* 1979, MdB von 2009–2012 und seit 2017, Wahlkreis Rheinisch-Bergischer Kreis

Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss sowie im Vermittlungsausschuss

**Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Zukunftsgestaltung junger Menschen sowie für Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft. Welche Weichen hat die Schule rückblickend gestellt? Aus dem Kreis der Bundestagsfraktionen haben wir die persönliche Meinung von vier Abgeordneten eingeholt.**

**Wie maßgeblich hat Schule rückblickend Ihre eigene Lebensentwicklung geprägt? Gab es positive und kritische Begebenheiten, die Sie noch heute persönlich berühren? Wenn Sie noch einen Lehrer oder eine Lehrerin in besonderer Erinnerung haben, dann aus welchem Grund?**

**CDU: MdB Ronja Kemmer**

Wie bei vielen anderen Menschen auch, hat mich meine Schulzeit nachhaltig geprägt. Das Erlernete ist natürlich wichtig; aber Schule bildet ja so viele Facetten mehr ab: Sich mit sich selbst auseinanderzusetzen, systematische Herangehensweisen für vielerlei Fragestellungen zu erlernen, selbstständig Lösungswege zu finden, mit anderen zu agieren und zu kommunizieren, Freundschaften fürs Leben zu schließen. Die Schulzeit ist die Basis für alles Weitere, was man im Leben macht.

Besonders in Erinnerung bleiben mir die Lehrerinnen und Lehrer, die mit mir auf Augenhöhe kommuniziert und meine Talente gefördert haben. Da ich gerade auch durch meine politische Arbeit tagtäglich sehe, welchem großen Druck und hohen Anspruch die Lehrkräfte ausgesetzt sind, weiß ich das mit ein paar Jahren Ab-

stand noch viel mehr zu schätzen, als ich es vielleicht während meiner Schulzeit konnte.

**SPD: MdB Oliver Kaczmarek**

Schule hat mein Leben wie das jedes anderen Kindes und Jugendlichen beeinflusst. Bei mir war besonders wichtig, dass ich in meiner Schule mit Menschen zusammengetroffen bin, die mir Neues aufgezeigt und mein Denken verändert haben. Das war für uns Arbeiterkinder besonders wichtig, nicht nur der formale Abschluss, sondern die Erweiterung des eigenen Denkens. Von diesen Menschen und von dieser Schule ist diese Lebensphase mitgeprägt worden und ich freue mich, diese heute noch wiederzusehen. Außerdem haben meine berufliche Tätigkeit und mein politischer Schwerpunkt meine Sicht auf Schule immer wieder neu geprägt. Denn man darf Politik nicht nur aus eigener Erinnerung machen, sondern muss viele Eindrücke und Ansprüche berücksichtigen. Deshalb freue ich mich heute, Schule ein bisschen mitgestalten zu können.

**Bündnis 90/Die Grünen: MdB Margit Stump**

Ich stamme aus einem Elternhaus, das man heutzutage als bildungsfern bezeichnen würde. Mit der Unterstützung meiner damaligen Lehrerinnen und Lehrer konnte ich mir meinen Weg über die Mittlere Reife und eine Ausbildung bis zum Abitur erkämpfen. Dabei war ich keine einfache Schülerin. Ich hinterfragte Lehrkräfte und deren Verhaltensweisen, wenn sie mir ungerecht erschienen. Zu der damaligen Zeit herrschte nicht nur auf dem Land die Meinung, ein Mädchen brauche kein Abitur, da es ja ohnehin irgendwann mal heirate. Als dann auch noch ruchbar wurde, dass

ich ein Ingenieurstudium aufnehmen wolle, traf dies auf sehr viel Unverständnis, nicht nur in meiner Familie.

Meine ehemaligen Physik- und Mathelehrer, durchweg Männer, fanden das nur folgerichtig. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir einer meiner Klassenlehrer. Er war streng und traf bisweilen auch falsche Entscheidungen, aber er war zugewandt und konnte, obwohl noch ganz alte Schule, auch als Autorität gegenüber seinen Schülerinnen und Schülern Fehler zugeben.

Schule war für mich immer ein Raum, der mir Entwicklungsmöglichkeiten bot. Vielleicht bin ich deswegen auf Umwegen selbst Lehrerin (an einer beruflichen Schule) geworden. Für meinen Lebensweg waren Bildung und Ermutigung durch Lehrkräfte prägende Faktoren.

#### FDP: MdB Christian Lindner

Ich habe mich immer schon sehr für politische Themen und Philosophie interessiert. Die Leidenschaft für die Philosophie wurde auch durch einen engagierten Lehrer geweckt. Ich erinnere mich, dass wir in seiner Philosophie-AG Diogenes gelesen haben. Ob es dann die beste Idee war, auf dem Schulhof dem Direktor das berühmte Diogenes-Zitat „Geh mir aus der Sonne“ zuzurufen, weiß ich nicht. Zumindest aber durfte ich weiterhin in der Philosophie-AG bleiben.



Bernd Karst  
bernd.karst@vrb-rlp.de

Hinweis: Einen ausführlichen Wahlcheck zur Bundestagswahl 2021 hat der Autor für die Bundeszeitschrift „Bildung Real“ (Heft 2, Juni 2021) verfasst.

## ► BUNDESTAGSWAHL 2021

# Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Politikfeld

EIN KOMMENTAR VON BERND KARST

Deutschland hat im internationalen Vergleich einen deutlichen Nachholbedarf im Bildungsbereich. Unser wirtschaftlich hoch entwickeltes Land hinkt u.a. bei der digitalen Ausstattung deutlich hinterher. Die Corona-Krise hat die Schwächen in der digitalen Schulwelt offengelegt.

Die digitalen Herausforderungen an den Schulen waren schon vorher bekannt. Es gab Initiativen und entsprechende Förderprogramme mit beträchtlichen Finanzierungsangeboten, die auf eine Verbesserung zielten. Es fehlte jedoch vielerorts die Bereitschaft, die notwendigen Umsetzungen vorrangig anzugehen und zügig durchzuführen. Streit in Fragen der Zuständigkeiten und die Verlagerung von Kompetenzen haben unnötig viel Zeit gekostet. Die zeitnahe Modernisierung der digitalen Infrastruktur – und sie repräsentiert lediglich ein Beispiel des bildungspolitischen Nachholbedarfs – duldet keinen weiteren Aufschub.

Die Forderungen an die Bildungspolitik beschränken sich nicht nur auf den Bereich der Digitalisierung. Vernachlässigt werden zahlreiche Rahmenbedingungen, für deren Verbesserungen die Lehrkräf-

te seit Jahren kämpfen. Sie beziehen sich auf die Stärkung der differenzierten und auf Leistung beruhenden Bildung, auf die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die pädagogisch und schulorganisatorisch gestiegenen Anforderungen, an die Ausstattung der Schulen, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Der Hinweis, dass Bildung vorrangig Ländersache sei, ist richtig, kann aber keine Rechtfertigung für die Duldung von Defiziten sein. Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Politikfeld. So beurteilen es auch die von uns befragten Abgeordneten, wenn sie in ihren Stellungnahmen für unsere Verbandszeitschrift zum Ausdruck bringen,

- „Bildung hat allerhöchste Priorität. Gute Bildung ist das Wichtigste, was wir der heranwachsenden Generation mit auf den Weg geben können.“ (MdB Ronja Kemmer, CDU)
- „Der Wert guter Bildung und echter Chancengleichheit kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.“ (MdB Oliver Kaczmarek, SPD)
- „Geld allein wird es nicht richten, aber

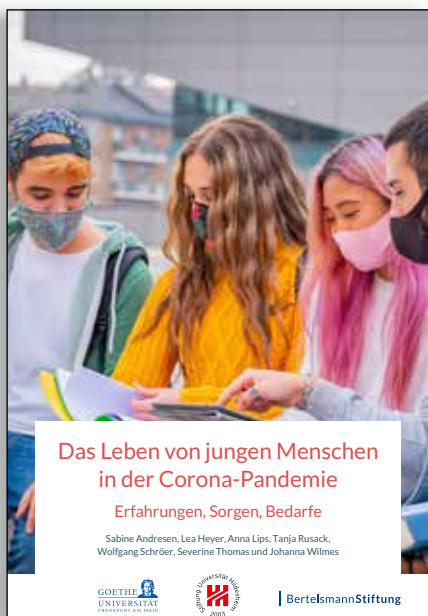
ohne zusätzliche spürbare Investitionen verlieren wir den Anschluss und verschärfen die soziale Ungleichheit bei den Bildungschancen.“ (MdB Margit Stumpp, Bündnis 90/Die Grünen).

- „Dass Bildung ein Bürgerrecht ist, muss sich endlich in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen widerspiegeln. Bildungsausgaben müssen zukünftig in den Haushalten oberste Priorität haben.“ (MdB Christian Lindner, FDP)

Auf die Frage: „Was ist Ihnen Bildung wirklich wert?“ antwortet die Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen: „Die politische Priorität der Bildung muss endlich Realität werden. Sonntagsreden dazu haben wir wahrlich zur Genüge gehört.“ Die Forderung nach einem proaktiven Handeln gewinnt auch vor dem Hintergrund der jüngsten „Corona-Erfahrungen“ an Brisanz. Darf man darauf vertrauen, dass die politischen Absichtserklärungen nunmehr stärker der Realität standhalten? Die Wahrheit wird – wenn überhaupt – wieder frühestens nach dem Wahltag am 26. September 2021 offenbar.

## ► STUDIEN

## Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen



Das Ziel, die Corona-Pandemie einzudämmen, ist mit gravierenden Einschränkungen verbunden. Diese haben überall den Alltag verändert. Auch das Leben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird stark beeinflusst. Vor allem psychische Probleme, Vereinsamung, aber auch finanzielle Sorgen, benennen die Betroffenen als vermutete Zukunftsperspektiven. Fast die Hälfte der Befragten gibt an, Angst vor der Zukunft zu haben.

Ein Forschungsteam der Universitäten Hildesheim und Frankfurt am Main hat in zwei Onlinebefragungen im Mai 2020 (Jugend und Corona I – JuCo I) und November 2020 (JuCo II) rund 7.000 Jugendliche ab 15 Jahren bundesweit zu ihren Erfahrungen und Perspektiven während der Corona-Maßnahmen befragt und weitere Ergebnisse aus den Studien in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung im März 2021 vorgelegt.

Die Lebenswelten junger Menschen sind durch eine Vielfalt von Organisationen und Rollen geprägt. Sie verbringen einen Großteil ihrer Zeit beim Sport, in Jugendzentren oder engagieren sich in Vereinen – sie pflegen Freundschaften und soziale Beziehungen. Diese Realitäten zeichnen sich allerdings in der öffentlichen Debatte der zur Eindämmung der Pandemie erforderlichen Maßnahmen nicht ab. Jugendliche werden auf ihre Rolle als Schüler/in, Auszubildende oder Studierende reduziert. Dass sie in der Pandemie auf Vieles verzichten müssen, spielt in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle. „Von jetzt auf gleich nicht mehr raus zu dürfen und seine Freunde nicht mehr sehen können ist eine Zumutung! Man vereinsamt regelrecht, obwohl die Familie da ist.“ (Zitat aus Freitext der Studie). Es wird nicht thematisiert, dass eine Umorganisation des Alltags – mit allen notwendigen und wichtigen zwischen-

menschlichen Beziehungen – in digitalen Formaten nicht stattfinden kann. Hinzu kommt der Eindruck, dass bei Entscheidungen über Maßnahmen und Strategien die Perspektive von Jugendlichen nicht eingenommen oder gar berücksichtigt wird.

„Ich habe das Gefühl, dass meine Ängste nicht verstanden werden. Mir fehlt ein Plan wie es für mich und meine Wünsche weitergeht. Ich bin Schwimmer und möchte das wieder tun. Alle reden aber immer nur vom bezahlten Sport, nicht wie es uns geht, die wir aus Idealen das tun, aber auch von großartigen Wettkämpfen träumen. Wer schreibt darüber, dass alle Titelkämpfe im Schwimmen ausfallen oder verschoben wurden? Dass wir nicht trainieren können ohne Wasser?“ (Zitat aus Freitext der Studie).

Von der Politik erwarten die Jugendlichen nur wenig Unterstützung: 58 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Politikern ihre Situation nicht wichtig sei und fast genau so viele glauben, dass junge Menschen ihre Ideen in die Politik nicht einbringen können. Dies muss als klares Signal der jungen Generation an die Gesellschaft verstanden werden, dass sie gehört werden, sich beteiligen und mitentscheiden wollen.

Junge Menschen haben ein Interesse daran – und ein Recht darauf – sich an den politischen Diskussionen, die sie nachhaltig betreffen – zu beteiligen, so das Resümee der JuCo-Studien.

MAI/Quellen: *Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe.* (Bertelsmann Stiftung) und JuCo-Studien (<https://doi.org/10.18442/120> und <https://doi.org/10.18442/163>)

## ► STUDIEN

## Gegliedertes Schulsystem fördert Leistung und Bildungsgerechtigkeit

**Eine strikte Leistungsdifferenzierung beim Übergang auf die weiterführende Schule führt einer Studie\* zufolge nicht zu stärkerer Bildungsungleichheit. Mit einer kognitiven Homogenisierung erreichen man vielmehr ein insgesamt besseres Leistungsniveau, von dem besonders Kinder in den unteren Bildungsgängen profitierten.**

Mithilfe von Daten aus der „National Educational Panel Study“ (NEPS) für die deutschen Bundesländer haben der Mannheimer Soziologe Hartmut Esser und der Bamberger Wissenschaftler Julian Seuring untersucht, wie sich eine unterschiedlich strikt geregelte Differenzierung auf die Leistungen in der Sekundarstufe auswirkt. Die Ergebnisse widersprechen der Standardposition deutlich.

Die Differenzierung führe – entgegen der vielfach geäußerten Ansicht – nicht zu einer Verstärkung der Effekte sozialer Herkunft, im Gegenteil: Diese schwächten sich bei einer strikten Leistungsdifferenzierung eher ab. Die Leistungen in der Sekundarstufe nähmen dagegen zu, insbesondere in der Kombination mit einer homogenen Zusammensetzung der Schulklassen nach kogni-

tiven Fähigkeiten. Dies gelte gerade für die Kinder der Bildungswege mit geringem Leistungsniveau.

Die Studie zeigt auf: Je strikter die Länder beim Wechsel von der Grundschule an die weiterführende Schule vorgehen, desto höher fallen die durchschnittlichen Leistungen der Schülerinnen und Schüler in den siebten Klassen aus – ganz unabhängig von der Schulform. Die sozialen Effekte nehmen dabei nicht zu, wie häufig vermutet. Stattdessen werden sie gedeckelt. In heterogenen Klassen muss man oft das Lerntempo am Durchschnitt ausloten,

weil die personellen Ressourcen begrenzt sind. Schülerinnen und Schüler, die schneller lernen, werden ausgebremst, während andere, die eher noch eine Wiederholung bräuchten, überfordert sind.

\* Hartmut Esser und Julian Seuring: „Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit“ *De Gruyter, Zeitschrift für Soziologie* 2020, 49; 277-301

Hr/Quelle: [news4teachers.de](https://www.news4teachers.de)  
7. März 2021

► DIGITALE FRÜHJAHRSSITZUNG DES DBB-LANDESVORSTANDES

## Beschlüsse zielen auf die postcoronale Zeit



Foto: Malte Hestermann (dbb)

**Auch Anfang Mai waren aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie noch keine Sitzungen in Präsenzform möglich. So traf sich der dbb-Landesvorstand unter Leitung der Landesvorsitzenden Lilli Lenz zu seiner turnusmäßigen Vorstandssitzung in Form einer Video-Schleife. Für den VRB nahm Timo Lichtenthäler teil.**

Schwerpunkt der Beratungen waren zum einen die Situation des öffentlichen Dienstes während der Pandemie und zum anderen der Koalitionsvertrag der neuen Ampelkoalition, der zu diesem Zeitpunkt bereits in der Entwurfsfassung vorlag. Darüber hinaus wurde ein Ausblick auf die Tarifverhandlungen der Länder im Herbst 2021 und mögliche Aktionen seitens unseres Dachverbandes gegeben.

Der dbb-Landesvorstand verabschiedete darüber hinaus drei Entscheidungen, die allesamt zukunftsgerichtet Forderungen bündeln – besonders für die Zeit nach Corona.

So spricht sich unser Dachverband dafür aus, dass für Berufsgruppen, bei denen dies organisatorisch möglich ist, das Homeoffice auch nach der Pandemie als Ausgestaltung modernisierter Arbeitsbedingungen gelten kann. Des Weiteren fordert der dbb, das Dienstunfallrecht an die Auswirkungen von COVID-19-Erkrankungen anzupassen. Und schließlich setzt sich der dbb für eine Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes ein.

Ziel ist eine Weiterentwicklung, damit in Zukunft ein verbessertes Instrument der Interessenvertretung zur Verfügung steht.



**Timo Lichtenthäler**  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

# HAUPTVERSAMMLUNG 2021

## „Neue Realitäten. Chancen nutzen!“

Neue Realitäten.  
Chancen nutzen!



Im dritten Anlauf wird die 27. Hauptversammlung am 23. Juni 2021 stattfinden. Der Landesvorstand wählt zur Durchführung ein digitales Format. Mittels Streaming in Echtzeit wird die virtuelle Hauptversammlung an diesem Tag aus der Fridtjof-Nansen-Akademie übertragen.

### NEUE REALITÄT: ABSAGE DES MÄRZ-TERMINS

Entsprechend der Satzung hatten wir die 27. Hauptversammlung für den 19. März 2020 terminiert. Einladung und Tagungsmappen waren an die Mitglieder versandt worden. Doch diese Hauptversammlung mussten wir wegen der Corona-Pandemie kurzfristig absagen.

Durch diese Absage sind wir jedoch nicht in Bedrängnis geraten. Unsere Satzung gab dem Landesvorstand Planungssicherheit: Die Amtszeit endet erst mit der Wahl eines neuen Geschäftsführenden Landesvorstandes.

### CHANCEN NUTZEN: NEUE ARBEITSSTRUKTUREN

Durch die Corona-Pandemie hat der Verband neue Arbeitsstrukturen schaffen müssen, neue Herausforderungen waren kurzfristig zu meistern. In den unterschiedlichen Organen mussten Sitzungen und Tagungen virtuell und datenschutzkonform durchgeführt werden. Engagiert und lernfreudig haben die Vorstandsmitglieder sich bisher weniger vertraute digitale Werkzeuge angeeignet und mit der Zeit erfolgreich angewendet. Im Umgang mit den neuen Werkzeugen wurden auch die Chancen gesehen, die diese für die Verbandsarbeit bieten können. Vor allem wurde das Bewusstsein geschärft, Digitalisierung als notwendige Zukunftsaufgabe zu sehen und den Ausbau in allen Bereichen zu fördern und zu fordern.

### ENTSCHEIDUNG FÜR VIRTUELLE HAUPTVERSAMMLUNG

Nach der ersten Welle der Pandemie hatten wir uns in der Landeshauptvorstandssitzung in den Sommerferien 2020 für eine analoge Hauptversammlung im Frühjahr 2021 entschieden. Auch diese ließ sich wegen der dritten Welle nicht realisieren. Wir waren uns in den Vorständen nach der zweiten





Fotos: Claus Brier, Wolfgang Wünschel

Absage einig, dass wir die Hauptversammlung im dritten Anlauf – am 23. Juni 2021 – virtuell organisieren müssen.

Für uns ist diese virtuelle Hauptversammlung eine neue Herausforderung und Lösung, die der Gesetzgeber durch das COVID-19-Abmilderungsgesetz eingeräumt hat. Nach Art. 2 § 5 Absatz 2 des o. a. Gesetzes ist es dem Landesvorstand erlaubt, auch ohne Ermächtigung in der Satzung, die Hauptversammlung ohne Anwesenheit der Vereinsmitglieder am Versammlungsort abzuhalten und den Mitgliedern die Ausübung ihrer Rechte im Wege elektronischer Kommunikation zu ermöglichen.

### NEUE HERAUSFORDERUNG: LIVE-STREAMING

Die Hauptversammlung ist die Mitgliederversammlung des Landesverbandes. Die Mitgliederversammlung ist laut § 32 BGB das höchste Gremium eines Vereins. Sie gibt den Mitgliedern die Möglichkeit, die Verbandsarbeit aktiv mitzugestalten und durch die Wahl eines neuen Landesvorstands die zukünftige Verbandsarbeit maßgeblich zu beeinflussen.

Als geeignete digitale Kommunikationsplattform hat der Landesvorstand Streaming gewählt. Das Prinzip des Streamings ist denkbar einfach. Über einen Internet-Browser und ein Audioausgabegerät (Lautsprecher/Kopfhörer) können die Mitglieder in Echtzeit an der Hauptversammlung in Ingelheim teilnehmen. In Ingelheim sind die Vorstandsmitglieder physisch präsent und führen die Hauptversammlung entsprechend der Geschäfts- und Wahlordnung des Verbandes durch.

Den Mitgliedern selbst ist die Möglichkeit gegeben, ihre Rechte über ein Schreibrecht wahrzunehmen. Ihre Fragen und Anregungen können sie während der Veranstaltung über eine Eingabemaske an das Tagungspräsidium geben. Auch Abstimmungen werden digital organisiert und jeweils eingeblendet.


Das neue Format „Live-Streaming“ ist für den Landesvorstand eine Herausforderung, und auch die Mitglieder können auf keine Erfahrungen mit dieser Form der Hauptversammlung zurückgreifen. Dadurch wird zwar einerseits der persönliche und lebendige Austausch weniger spontan sein können, andererseits aber werden durch das Format die vorhandenen Chancen genutzt, Mitglieder in dieser schwierigen Zeit in die Verbandsarbeit einzubeziehen.

### AUSBLICK: ZEITNAHER BERICHT ALS BEILAGE ZU DIESER AUSGABE

Da die Hauptversammlung nach Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe stattfinden wird, werden wir in der kommenden Ausgabe ausführlich über die Veranstaltung informieren.

Ein erster Überblick mit den wichtigsten Ergebnissen liegt dieser Ausgabe als Sonderdruck bei. Sein Schwerpunkt liegt auf der Präsentation des neuen Landesvorstandes und der Leitanträge sowie auf einem knappen Resümee. Auch ein Stimmungsbild ist dabei.



  
**Wilfried Rausch**  
 wilfried.rausch@vrb-rlp.de

*Solche Bilder werden wir bei der Hauptversammlung 2021 vermissen. Der Austausch untereinander sowie die Wahlen und Abstimmungen werden pandemiebedingt in einen digitalen Raum verlegt. Der Landesvorstand hat sich sorgfältig darauf vorbereitet, diese organisatorische Herausforderung zu meistern. Wir alle hoffen dennoch, dass die „Distanzversammlung“ eine Ausnahme gewesen sein wird ...*

► DBB BUNDESFRAUENKONGRESS 2021



# Zurück in die Zukunft – Frauenpolitik gestern, heute, morgen

Die Frauenpolitik von gestern, heute und morgen stand im Fokus des dbb bundesfrauenkongresses, der Mitte April virtuell mit über 300 Delegierten aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften stattfand. Im Rahmen der Arbeitstagung wurde zunächst eine neue Geschäftsführung gewählt, bei der Milanie Kreutz als Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung in ihrem Amt bestätigt wurde. Der Kongress legte darüber hinaus in der Beratung von über 300 Anträgen die politischen Schwerpunkte der dbb bundesfrauenvertretung für die kommenden Jahre fest.

## Blick auf die Frauenpolitik von gestern und heute

Milanie Kreutz blickte in ihrer Rede zurück auf die hart erkämpften Erfolge der Frauen: das Frauenwahlrecht, das erst hundert Jahre alt sei, und die Eigenständigkeit in der Berufsausübung. Noch Ende der 70er durften Frauen in der Bundesrepublik keinen Arbeitsvertrag ohne die Erlaubnis ihres Ehemannes unterschreiben. Zurzeit müsse man jedoch befürchten, dass die „Errungenschaften unter die Räder geraten“.

Die Corona-Krise habe einen Rückschritt in der Gleichstellung gebracht, denn Frauen fielen in die als überwunden geglaubten Rollenmuster zurück. Wurden in den 70er Jahren die drei Ks (Kinder, Küche und Kirche) herangezogen, um die weibliche Rolle in der Gesellschaft zu beschreiben, seien „es heute die drei Hs: Homeoffice, Homeschooling und Haushalt“. Die

Corona-Krise könne und müsse als Katalysator gesehen werden für einen überfälligen Systemwechsel in der Arbeitsmarktpolitik. Milanie Kreutz bekräftigte, dass die dbb bundesfrauen sich dafür in der Gleichstellungspolitik einsetzen werden.

## Gleichstellungspolitik: Erfolge und Herausforderungen

Die Staatssekretärin des BMFSJ, Juliane Seifert, richtete in ihrem Impulsvortrag den Blick auf die heutige Gleichstellungspolitik: Die Corona-Pandemie habe der Gesellschaft vor Augen geführt, wie wichtig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Kinderbetreuung für das Zusammenleben in der Gesellschaft und eine funktionierende Wirtschaft seien. Frau Seifert stellte außerdem fest, dass die Frauenerwerbstätigkeit beeindruckend gestiegen, aber noch nicht in den Führungsetagen angekommen sei. Ein erster Schritt, diesem Defizit der



Arbeitsmarktpolitik zu begegnen, sei das 2015 eingeführte Führungspositionengesetz mit verbindlichen Vorgaben für den Anteil an Frauen in Führungspositionen von Unternehmen gewesen. Eine Novelle liege zurzeit dem Deutschen Bundestag zur Beratung vor.

### Arbeitsmarktpolitik: Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichern

Vor dem Hintergrund der im Herbst bevorstehenden Bundestagswahlen diskutierten im Rahmen einer digitalen öffentlichen Veranstaltung am Nachmittag Vertreterinnen aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaft.

Milanie Kreutz unterstrich dabei, wie wichtig es sei, die Möglichkeiten des Homeoffice nach der Corona-Pandemie in eine Normalität zu führen. IT-Investitionen und digitale Anschaffungen seien erfolgt, nun brauche es gute Dienstvereinbarungen vor Ort. Sie versicherte, dass die dbb bundesfrauenvertretung bei diesem Thema politischen Druck machen werde.

Staatssekretärin Juliane Seifert erläuterte, dass die durch die Corona-Krise deutlich gewordene Unvereinbarkeit von Homeschooling und Homeoffice die politischen Vorhaben für die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Kindergarten- und Grundschulkindern unver-

zichtbar machten.

### Gleichstellung – Wünsche für die Zukunft

Mit den auf dem Kongress verabschiedeten Leitanträgen der dbb bundesfrauenvertretung unterstrich Milanie Kreutz das Vorhaben der dbb bundesfrauen, sich für eine nachhaltige Gleichstellungspolitik einzusetzen. Die Forderung von mehr Frauen in Führungspositionen und die Flexibilisierung am Arbeitsplatz für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf seien ebenso in den verabschiedeten Leitanträgen verankert wie die Forderung nach einem Paritätsgesetz, für dessen Umsetzung sie sich eine gute Zusammenarbeit mit den politischen Parteien wünscht. Es benötige strukturelle Regeln, um das von Männern dominierte Bild in Politik und Wirtschaft, zu ändern. Aber es benötige auch weibliche Vorbilder, um junge Frauen aktiv für Führungspositionen zu begeistern.

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sprach sich dafür aus, Frauen für Kommunalpolitik zu begeistern, denn sie verfügten über hohe Kompetenzen für kommunalpolitische Themen, und es gelte gerade junge Frauen zu erreichen. Er warb für die Idee eines kommunalen Girls' Days, bei dem Kommunalpolitiker

jungen Mädchen ihre Arbeit erklären, um deren Begeisterung für diesen Bereich zu wecken.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bestätigte in seinem Fazit, dass die energische Stimme der dbb bundesfrauen gehört werde. Es sei eine wichtige Aufgabe des dbb, gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften die verabschiedeten Anträge des dbb bundesfrauenkongresses für eine moderne und familienfreundliche Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung und für ein zeitgemäßes Steuerrecht umzusetzen und die Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen deutlich zu vertreten.



**Nicole Weiß-Urbach**  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de

*Der dbb bundesfrauenkongress fand 2021 erstmalig digital statt, um eine neue Geschäftsführung zu wählen und die politischen Leitlinien für die nächsten Jahre festzulegen.*

*Nicole Weiß-Urbach vertrat in ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte den VRB Rheinland-Pfalz.*



## ► URTEIL

## Keine Übernahme der Schülerbeförderungskosten nach Schulverweis



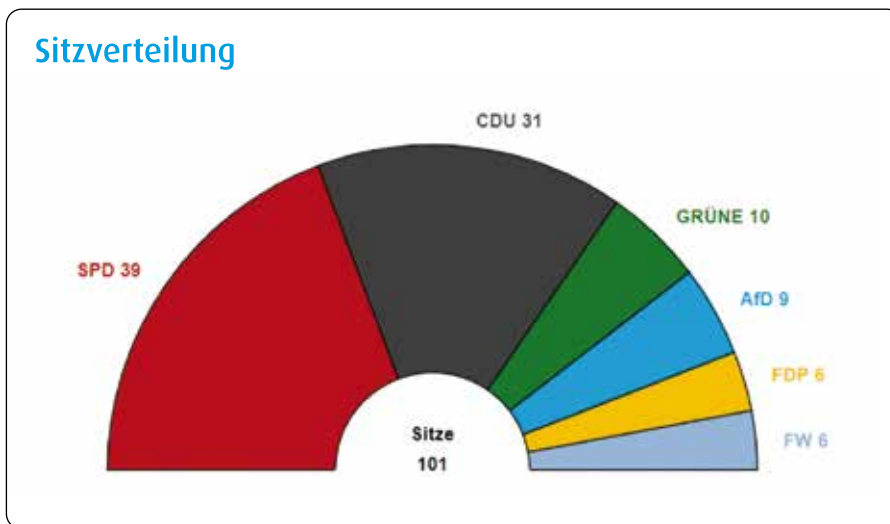
**Das Verwaltungsgericht Trier hat die Klage der Eltern eines Schülers, der aufgrund von Fehlverhalten von der für ihn nächstgelegenen weiterführenden Schule verwiesen worden ist, auf Übernahme von Schülerbeförderungskosten zu einer anderen Schule abgewiesen.**

Der Schüler besuchte bis September 2019 eine Realschule plus in Bitburg, von deren Besuch er aufgrund von Fehlverhalten dauerhaft ausgeschlossen wurde. Daraufhin wurde den Eltern von der Schulaufsichtsbehörde, der ADD, eine andere weiterführende Schule im Kreisgebiet als zuständige Schule benannt, die der Schüler seither besucht. Die Kläger haben daraufhin vom beklagten Eifelkreis Bitburg-Prüm die Übernahme der Beförderungskosten zu dieser Schule beantragt und argumentierten damit, dass die von der ADD für ihren Sohn benannte Schule nunmehr die nächstgelegene Schule im Sinne der gesetzlichen Vorschriften sei. Der Eifelkreises lehnte jedoch den Antrag auf Kostenübernahme ab. Der Schüler habe die Gründe für seinen Schulausschluss selbst zu vertreten, weshalb diese nicht bei der Feststellung der nächstgelegenen Schule berücksichtigt werden könnten.

Dieser Sichtweise stimmte das Verwaltungsgericht zu. Die Kosten der Fahrt zur von der ADD zugewiesenen Schule seien nicht übernahmefähig. Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen im Schulgesetz können die Kosten nur insoweit übernommen werden, als sie bei der Fahrt zur nächstgelegenen Schule zu übernehmen wären. Die nächstgelegene Schule für den Sohn der Kläger sei jedoch die Schule, von deren Besuch er ausgeschlossen worden sei. Beförderungskosten für diese Schule seien aber nicht zu übernehmen, weil der Schulweg unter vier Kilometer betrage. Gegen die Entscheidung können die Beteiligten innerhalb eines Monats die Zulassung der Berufung bei dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz beantragen.

*Hr/Quelle: Urteil des VG Trier vom 18. März 2021 – 9 K 3926/20.TR –*

# Landesregierung Rheinland-Pfalz 2021: Neuaufgabe der Ampelkoalition



Auch wenn sie 0,5 Prozentpunkte gegenüber der Wahl von 2016 verloren hat, feierte die SPD bei den Landtagswahlen am 14. März einen bundesweit beachteten Wahlsieg. Die Begeisterung Dreyers am Wahlabend beruhte vor allem darauf, dass sie ihren Hauptkonkurrenten Baldauf auf Distanz halten konnte, da die CDU sich um 4,1 Prozentpunkte verschlechtert hat.

## Malu Dreyer, der Star der Landtagswahl

„Wenn man berücksichtigt, dass eine Wahl am Ende des Tages auch stets eine Entscheidung über das Führungspersonal ist, dann hatte der Dreyer-Herausforderer wohl nie eine wirkliche Chance“, so der SWR in einer Wahlsendung.<sup>1</sup> In sämtlichen Eigenschaften (Sympathie, Führungsstärke, Kompetenz und Glaubwürdigkeit), die von Infratest dimap abgefragt wurden, lag die Amtsinhaberin vorne. Auch im Vergleich der beiden Parteien wurde die SPD bei fast allen Kompetenzen besser bewertet, u. a. auch in der Wirtschafts- und Bildungspolitik.

## GRÜNE legen zu

Den GRÜNEN hat die Affäre um die regelwidrigen Beförderungen im Umweltministerium nicht geschadet. Sie konnten sich um 4 Prozentpunkte verbessern und liegen nun mit 9,3 % der Stimmen vor der FDP, die 5,5 % erzielte. Ihr Gewicht in der Ampel-Koalition wird sich dadurch verstärken. Mit dem Einzug der Freien Wähler

(5,4 %) in den Landtag hatten viele nicht gerechnet. Vielleicht haben dadurch auch die kommunalen Schulträger in der Landespolitik eine hörbare Stimme.

## Erste Schritte

„Wir wollen uns nicht abarbeiten an den Dingen, die uns trennen, sondern schauen, was verbindet uns“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) zu Beginn der Koalitionsverhandlungen.

Die Verhandlungspartner positionierten sich so:

- SPD-Chef Roger Lewentz: „Alle Parteien gehen auf Augenhöhe miteinander um.“
- Die Landesvorsitzenden der Grünen Misbah Khan und Josef Winkler: „Die Ampel muss grüner werden. Wir müssen jetzt Ernst machen beim Klimaschutz.“
- FDP-Spitzenkandidatin Daniela Schmitt: „Es geht vor allem um die Transformation zur Digitalisierung. In manchen Zie-

len sind wir ganz, ganz nah beieinander. Die Frage sei die Gestaltung des Weges dorthin.“<sup>2</sup>

In den ersten zweieinhalb Wochen der Koalitionsverhandlungen wurde festgestellt, „wo man zusammen unterwegs ist und wo es unterschiedliche Positionen gibt“.<sup>3</sup> Danach hat man sich auf die strittigen Themen konzentriert.

## Vertrauliche Gespräche am geheimen Ort

Malu Dreyer (SPD) sind jede Art von Indiskretionen in Berlin oder in Mainz ein Gräu- el. Mehr als andere Politiker verpflichtet sie Gesprächspartner zur Verschwiegenheit. Das galt besonders für die Koalitionäre, die an einem geheim gehaltenen Ort zusammentrafen. Nach fünf Jahren Ampel wohnte dem Neuanfang nach der Landtagswahl im März kein Zauber mehr inne. Man kennt sich, man vertraut sich. Wenn es knirschte, dann lag es dem Vernehmen nach daran, dass ambitionierte politische Pläne aus dem Finanzministerium von Doris Ahnen (SPD) ausgebremst wurden. Nach den Geldspritzen in der Corona-Pandemie drohen magere Jahre.<sup>4</sup>

## „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“

Am 30. April hat die selbsternannte „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“ den Entwurf eines Koalitionsvertrages vorgelegt. Die Ampel strebt unter anderem Klimaneutralität bis spätestens 2040 an, will das Land zum Biotechnologiestandort Nummer eins machen und für moderne Innenstädte sorgen. Dafür sollen vier Ministerien neu zugeschnitten werden.<sup>5</sup>

Die Parteigremien haben schließlich dem Vertragswerk am 6. Mai digital zugestimmt. Die Delegierten der rheinland-pfälzischen SPD stimmten mit 96,2 Prozent für den Vertrag. Bei den Grünen votierten 83,4 Prozent und bei den Liberalen 82,9 Prozent für die Fortsetzung des Ampelbündnisses bis 2026.<sup>6</sup>

	SPD	CDU	AfD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	FW	Sonst.
2021	35,7 %	27,7 %	8,3 %	5,5 %	9,3 %	2,5 %	5,4 %	5,7 %
2016	36,2 %	31,8 %	12,6 %	6,2 %	5,3 %	2,8 %	2,2 %	2,8 %
+/-	-0,5 %	-4,1 %	-4,3 %	-0,7 %	+4,0 %	-0,3 %	+3,2 %	+2,9 %

Wahlergebnis 2021 in Rheinland-Pfalz

Quelle: StaLA

Der 183 Seiten umfassende Koalitionsvertrag blickt mit wolkigen Worten hoffnungsvoll auf eine blühende Zukunft:

„Die Ampel-Regierung will das Veränderungsjahrzehnt zukunftsfähig gestalten, um auch unseren nachkommenden Generationen ein lebens- und liebenswertes Rheinland-Pfalz zu hinterlassen. Wir stellen die drei Dimensionen zukunftsfähiger Entwicklung ins Zentrum unserer Politik. Für uns bedingen sich soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie. Wir arbeiten gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft unseres Landes. Uns eint das Ziel, die besten Rahmenbedingungen für ein krisenfestes, soziales, klimaneutrales und zukunftsorientiertes Wirtschaften und Zusammenleben in Rheinland-Pfalz zu schaffen – für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen. Unser Koalitionsvertrag ist ein Zukunftsvertrag.“<sup>7</sup>

### Der Koalitionsvertrag<sup>8</sup>

Die Regierungsziele sind in folgende Punkte untergliedert:

1. Beste Bildung für alle Kinder
2. Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt
3. Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz
4. Neuen Zusammenhalt schaffen

5. Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat
6. Grundsätze der Zusammenarbeit und Vereinbarungen

Der Text macht deutlich, wie sehr versucht wurde, die unterschiedlichen Interessen der Koalitionäre unter einen Hut zu bringen. Wo es nicht gelungen ist, wird die Einigung noch als Ziel beschrieben. Als Beispiel sei hier die „gengerechte Sprache“ genannt: „Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, sich im Laufe der Legislaturperiode auf ein einheitliches Verfahren für eine gengerechte Sprache im Parlament und in der Regierung zu einigen.“<sup>9</sup>

Häufig waren auch Kompromisse erforderlich. Gerungen wurde u.a. besonders über den Ausbau erneuerbarer Energien, wobei die Windkraftanlagen im Biosphärenreservat Pfälzerwald besonders umstritten sind. Wenigstens die Kern- und Pflegezonen sollen von der Windkraftnutzung ausgenommen werden. Genehmigungen für die Windräder werden auf die Struktur- und Genehmigungsdirektionen verlagert. Die von den Grünen für alle Neubauten geforderte Pflicht, Solaranlagen auf Hausdächern einzurichten, soll es nur für gewerbliche Neubauten sowie für Parkplätze mit mehr als 50 Stellplätzen geben.<sup>10</sup>

Der Anteil des öffentlichen Nahverkehrs am gesamten Verkehr soll bis 2030 „deutlich steigen“ und sowohl Schienen- als auch Fluglärm sollen reduziert werden. Die Konkretisierung bleibt offen. Beim Bau der Mittelrheinbrücke zieht sich das Land aus der Verantwortung. Sie soll als „kommunales Projekt“ weitergeführt werden.

### Die Bildungspolitik der Ampel

„Die Schule der Zukunft ist innovativ, modern, sozial, inklusiv, digital und nachhaltig: Deshalb wollen wir die pädagogische Arbeit weiterentwickeln. Die Schule der Zukunft lehrt und lebt Demokratie. Sie ist

geprägt von neuen Arbeitsformen, dem Austausch und Miteinander auf allen Ebenen sowie einer guten Verankerung in der Gesellschaft. Das wollen wir mit einem breiten Beteiligungsprozess erreichen ... Die Schule der Zukunft ist eine Chancenschule: Wir gehen den Weg der sozialen Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, Inklusion sowie Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung konsequent weiter. Dabei haben wir ein besonderes Augenmerk auf Schulen in sozial herausfordernden Lagen.“<sup>11</sup> Das ist einer von vielen wohlklingenden Textbausteinen, denen jeder nur zustimmen kann.

Zuweilen wird es wenigstens etwas konkreter, wenn auch nicht wirklich neu:

- ▶ Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sollen ausgebaut werden, wobei ein Schwerpunkt auf sozial-emotionaler Gesundheit und Resilienz liegt.
- ▶ Schulen sollen mehr Möglichkeiten zu selbstständigen Entscheidungen haben, etwa mit eigenen Budgets.
- ▶ Die Schule der Zukunft braucht moderne Lern- und Arbeitsbedingungen für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte.
- ▶ Dreh- und Angelpunkt für eine gute Schulentwicklung ist eine professionell aufgestellte Schulleitung.
- ▶ Schulen brauchen genügend Stunden zur verlässlichen Abdeckung des Pflichtunterrichts sowie für zusätzliche Differenzierungs- und Fördermaßnahmen.
- ▶ Die Schulträger sollen dabei unterstützt werden, bis zum Ende des Schuljahres 2021/22 ein flächendeckendes WLAN-Netz aufzubauen.
- ▶ Es sollen flexiblere Unterrichts- und Lernzeiten ermöglicht werden, in denen Lehrkräfte zu „Lernbegleiter/innen“ werden.
- ▶ Schüler sollen sich in Eigenverantwortung



Landtagspräsident Hendrik Hering gratuliert Ministerpräsidentin Malu Dreyer zu ihrer Wahl am 18. Mai 2021.



Foto: Staatskanzlei RLP/PP, Jülich

## Neuzuschnitt der Ministerien

- ▶ Ministerium des Innern und für Sport
- ▶ Ministerium der Finanzen
- ▶ Ministerium der Justiz
- ▶ Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
- ▶ Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
- ▶ Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- ▶ Ministerium für Bildung
- ▶ Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
- ▶ Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

ung Themenfelder erschließen können, „auch in einem nach außen hin offeneren, lebensweltorientierten Umfeld“.

- ▶ Die Realschule plus bleibt – ebenso wie die Gymnasien und die Integrierten Gesamtschulen – eine tragende Säule unseres durchlässigen Bildungssystems und der Fachkräftesicherung.
- ▶ Die jungen Menschen sollen in allen weiterführenden Schulen fundierte Bildung und Informationen zur dualen Ausbildung und zu Studienmöglichkeiten gleichermaßen erhalten.
- ▶ Inklusion gilt es, in allen Bildungsbereichen mitzudenken und umzusetzen.
- ▶ Die im vergangenen Jahr eingeführte Ferienschule wird weiter angeboten.

Insgesamt nehmen die Themen Bildung und Schule gerade einmal 10 der 188 Seiten des Vertrages ein (S. 14–23). Das ist sehr bescheiden, wenn man bedenkt, dass die Bildungspolitik das entscheidende und ureigenste Gestaltungselement der Länder ist.

### Finanzierungsvorbehalt

Alle wohlklingenden Pläne werden durch einen wichtigen Satz relativiert: „Angesichts der unsicheren Haushaltslage stehen alle in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.“<sup>12</sup> Wegen der Corona-Pandemie und der per Gericht erzwungenen Reform der Kommunalfinanzen kann nur nach Kassenlage gestaltet werden. Das erklärt, warum keine Zahlen oder Summen im Ko-

alitionsvertrag stehen und warum es diesmal auch keinen Doppelhaushalt geben soll, sondern nur einen Ein-Jahres-Etat für 2022.

### Die Regierungsmannschaft

In ihren Ämtern bleiben Innenminister Roger Lewentz, Finanzministerin Doris Ahnen, Bildungsministerin Stefanie Hubig (alle SPD) sowie Justizminister Herbert Mertin (FDP). Das neugeschaffene „Superministerium“ für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung wird der Vorsitzende der Pfälzer SPD, Alexander Schweitzer übernehmen. Unter Journalisten wird er als einer der Kronprinzen Dreyers gehandelt. Für Staatssekretär Hans Beckmann kommt Bettina Brück. Damit bleibt das Bildungsministerium in SPD-Hand.

Minister für Wissenschaft und Gesundheit wird Clemens Hoch (SPD; bisher Chef der Staatskanzlei). Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) verlässt das Gesundheitsministerium und wird Fraktionschefin der SPD. Daniela Schmitt (FDP) übernimmt das Wirtschaftsministerium von Volker Wisching. Der bisherige Wissenschafts- und Kulturminister Prof. Dr. Konrad Wolf (SPD) wird dem Kabinett nicht mehr angehören. Die GRÜNEN übernehmen mit Anne Spiegel das Umwelt- und Klimaschutzministerium und mit Katharina Binz das Familienministerium.<sup>13</sup>

### Enttäuschte Erwartungen

Die Schlagworte und die blumenreichen Formulierungen im Koalitionsvertrag lassen Hinweise auf konkrete Verbesserun-

gen für Schulen vermissen. Seit Jahren werden den Lehrkräften Erleichterungen der Arbeitsbedingungen versprochen. Leider findet man dazu im Text weder einen Hinweis auf Minderung der Unterrichtsverpflichtung noch auf eine Absenkung der Klassenmesszahlen. Außerdem fehlen Zahlen über geplante zusätzliche Einstellungen oder eine Festlegung der Unterrichtsversorgung auf mindestens 105 Prozent. Explizit ausgeschlossen werden solche Verbesserungen allerdings auch nicht. Man darf also hoffen. Der VRB wird die Regierungsarbeit konstruktiv kritisch begleiten und nach den üblichen ersten hundert Tagen eine vorläufige Bilanz ziehen.



**Wolfgang Häring**  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

<sup>1</sup> SWR Fernsehen, 14.03.21

<sup>2</sup> dpa, 23.03.21

<sup>3</sup> ntv.de, 10.04.21

<sup>4</sup> DIE RHEINPFALZ, 16.04.21

<sup>5</sup> Süddeutsche Zeitung, 30.04.21;  
vgl. Übersicht im Kasten

<sup>6</sup> Rhein-Zeitung, 07.05.21

<sup>7</sup> Präambel des Koalitionsvertrages vom 18.05.21

<sup>8</sup> Im Internet unter [https://www.rlp.de/fileadmin/rlp-stk/pdf-Dateien/Staatskanzlei/rlp\\_Koalitionsvertrag2021-2026.pdf](https://www.rlp.de/fileadmin/rlp-stk/pdf-Dateien/Staatskanzlei/rlp_Koalitionsvertrag2021-2026.pdf)

<sup>9</sup> Koalitionsvertrag, S. 184

<sup>10</sup> Mainzer Allgemeine Zeitung, 02.05.21

<sup>11</sup> Koalitionsvertrag, S. 17

<sup>12</sup> Koalitionsvertrag, S. 174

<sup>13</sup> DIE RHEINPFALZ, 06.05.21

## ► ABSCHIED

# Hans Beckmann geht in den Ruhestand

## Sachkundiger Verfechter der realen Bildung



Seine Karriere ist so vielseitig wie er selbst: Hans Beckmann begann nach dem Abitur mit einem Studium für das Lehramt an Gymnasium in den Fächern Anglistik und Politikwissenschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Nach dem Examen und einem erfolgreich abgeschlossenen Referendariat am Studienseminar für berufsbildende Schulen in Speyer arbeitete Hans Beckmann zunächst als Übersetzer und Abteilungsleiter im Fuhrpark der US Army in Mainz-Mombach, bevor er in den Schuldienst eintrat.

Von 1988 bis 1990 war er Lehrer an der Integrierten

Gesamtschule Ernst Bloch in Ludwigshafen-Oggersheim, dann am Gymnasium im Paul-von-Denis-Schulzentrum Schifferstadt. Sein nächster Schritt war 1992 ein Wechsel zur Schulaufsicht der ADD. Er leitete deren Außenstelle in Neustadt an der Weinstraße. Schließlich führte sein Weg 2011 ins Bildungsministerium nach Mainz. Hans Beckmann übernahm dort als Abteilungsleiter die Zuständigkeit für schulische Qualitätsentwicklung, Inklusion, Ganztagschule, Fortbildung sowie die oberste Schulaufsicht über die Grundschulen, Realschulen plus, Förderschulen und Integrierte Gesamtschulen. Ein Jahr später berief ihn die Landesregierung zum Staatssekretär.

Seine feierliche Amtseinführung fand damals im Landesmuseum in Mainz statt. Seine „Chefin“, Ministerin Doris Ahnen, sagte: „Die langjährigen Erfahrungen, die Hans Beckmann im Schuldienst und in der Schulaufsicht auf verschiedenen Ebenen sammeln konnte, werden uns ebenso nützlich sein wie die intensiven Kenntnisse der neuen Amtschefin über die gesamte Schul- und Hochschullandschaft sowie über die Bildungsverwaltung.“ Zur neuen Amtschefin wurde damals Vera Reiß ernannt, die 2014 die Nachfolge von Doris Ahnen antrat, bevor Dr. Stefanie Hubig als dritte „Chefin“ in der Amtsperiode von Hans Beckmann Bildungsministerin wurde. Ende der Wahlperiode 2021 beendete Hans Beckmann als dienstäl-

tester Staatssekretär in einem Bildungsministerium Deutschlands seine berufliche Karriere. Viesseitig wie er ist, will er sich nunmehr wieder stärker seinen Hobbies widmen, dem Kochen, Lesen und Reisen.

Unser Verband hatte mit Hans Beckmann in allen Jahren, sei es an dessen Dienststellen in Neustadt oder in Mainz, einen sachkundigen und stets fair agierenden Ansprechpartner, der bereits im Vorfeld an der 2009 von der Landesregierung beschlossenen Schulstrukturänderung mitwirkte. Bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen, die unser Verband und das Ministerium in der Strukturfrage vertrat, konnten wir in vielen Verhandlungen auch mit Hans Beckmann darauf hinwirken, dass wesentliche Profile der Realschule in die Realschule plus übernommen wurden. Vor diesem Hintergrund war Hans Beckmann immer auch ein Verfechter der realen Bildung, der auf Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung setzte. „Die Realschulen plus mit ihren vielfältigen Konzepten leisten Herausragendes, vor allen Dingen im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung“, so Beckmann, der in seiner Amtszeit einen erkennbaren Beitrag an der Schulgeschichte in Rheinland-Pfalz leistete.



**Bernd Karst**  
bernd.karst@vrb-rlp.de



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Wilfried Rausch im Interview mit  
Rechtsanwältin Antonia Dufeu

# DISTANZ- UNTERRICHT

## Rechtliche Bewertung – Praxis des Distanzlernens – Freiräume und Kontrolle

Die unterschiedlichen Wellen der Corona-Pandemie haben eine an die pandemische Entwicklung angepasste Organisation schulischen Lernens erfordert. Rheinland-Pfalz hat in den Leitlinien für den Unterricht vom 30. Juni 2020 den Rahmen für die Unterrichtsorganisation während der Pandemie vorgegeben. Das Bildungsministerium gibt durch drei Szenarien den Handlungsrahmen für den Unterricht in Pandemiezeiten vor. Im Szenario 2 (eingeschränkter Unterricht mit Abstandsgebot) und Szenario 3 (temporäre Schulschließung) ist der Distanzunterricht ein wesentlicher Baustein des schulischen Lernens.

Präsenz- und Distanzunterricht sind nach dem Schulgesetz als gleichwertig einzuordnen. Der Distanzunterricht dürfte allerdings für viele Lehrkräfte immer noch eine große Herausforderung darstellen. In der Zeit vor der Corona-Pandemie spielte diese Unterrichtsform keine wesentliche Rolle. Herausfordernd sind zum einen die Verwendung der technischen und digitalen Werkzeuge und zum anderen der Umgang mit den Schülerinnen und Schülern wie auch den Eltern. Rechtsfragen, die sich oftmals erst in der Schulpraxis stellen, sind noch nicht hinreichend kommuniziert und geklärt.

Wir haben zu den drei Themenkomplexen „Rechtliche Bewertung“, „Praxis des Distanzlernens“ und „Freiheit und Kontrollverlust“ Fragen an Rechtsanwältin Dufeu zum Distanzunterricht gestellt und wollen mit den Antworten von ihr einen Beitrag leisten, beim Distanzunterricht Rechtssicherheit zu schaffen.

### Rechtliche Bewertung

#### § Ist die Lehrkraft verpflichtet, einen digitalen Distanzunterricht zu erteilen?

Ja, denn seit dem 1. August 2020 hat das aktualisierte Schulgesetz in dieser Frage eine entsprechende Ergänzung erfahren. Nach § 1 Abs. 6 SchulG gehören digitale Lehr- und Lernsysteme nunmehr zum regulären Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit. Im Bedarfsfall können auch digitale Lehr- und Lernformen an die Stelle des Präsenzunterrichts treten. Schulen können zur Erfüllung ihres Bildungsauftrags auf digitale Lehr- und Lernsysteme und Netzwerke zurückgreifen. Entscheidet sich eine Schule dazu, diese zu nutzen, ist die Lehrkraft verpflichtet, digitalen Distanzunterricht zu erteilen.

### § Muss die Lehrkraft ihre Privatgeräte für den Distanzunterricht einsetzen?

Nein. Nach meiner Ansicht kann eine Lehrkraft nicht dazu verpflichtet werden, die eigenen Privatgeräte dazu einzusetzen.

### § Kann die Schulleitung bzw. die Gesamtkonferenz den Einsatz eines Videokonferenzsystems vorgeben?

Die Schulleitung kann hierüber nicht im Alleingang entscheiden. Allerdings kann die Gesamtkonferenz ein Videokonferenzsystem verbindlich beschließen. Möchte die Schule ein digitales Lehrmittel (z.B. ein Videokonferenzsystem) einführen, muss überdies die Versammlung der Klassensprecherinnen und Klassensprecher (§ 33 Abs. 2 Satz 2 SchulG) und der Elternbeirat (§ 40 Abs. 4 Satz 2 SchulG) dazu angehört werden.

### § Welche rechtlichen Vorgaben sind an der Nutzung eines Videokonferenzsystems geknüpft?

Es dürfen nur solche Systeme genutzt werden, die unserem Datenschutzstandard entsprechen. Das Bildungsministerium Rheinland-Pfalz stellt hierfür das Videokonferenzsystem BigBlueButton bereit. Die Verwendung amerikanischer Videokonferenzsysteme ist damit unzulässig. Sie werden allerdings bis zum Sommer 2022 geduldet, da die Umsetzung von BBB nicht so reibungslos verläuft wie gewünscht.

### § Gibt es eine rechtliche Verpflichtung, das vom Land vorgegebene Videokonferenzsystem ab Sommer 2022 zu nutzen?

Grundsätzlich kann jede Schule eine eigene Instanz für ein Videokonferenzsystem entwickeln, sofern dieses mit unseren Datenschutzbestimmung konform ist.

## Praxis des Distanzlernens

### § Kann die Lehrkraft wie gewohnt im regulären Unterricht individuelle Rückmeldungen zum Unterrichtsverhalten oder Lernerfolg geben (Lob, Tadel, Note ...)?

Die Dokumentation der Leistungen und der Entwicklung der Schülerinnen und Schüler ist auch im Fernunterricht wichtig. Rückmeldungen über den Leistungsstand und der mündlichen Mitarbeit kann die Lehrkraft, unabhängig ob sie analog oder digital unterrichtet, geben. Hier ist es auch möglich, Schülerinnen und Schüler zu benoten. Wichtig dabei ist, dass die Benotungen für Schülerinnen und Schüler sowie für Eltern und Sorgeberechtigte transparent gemacht werden.

### § Gibt es Einschränkungen und wie sind diese begründet?

Im Distanzunterricht ist es schwieriger sicherzustellen, dass schriftliche Arbeiten wirklich ohne Zuhilfenahme anderer Materialien erstellt werden. Möglich ist dies jedoch über digitale Lernplattformen wie z.B. Moodle: Lehrkräfte können in einem festgelegten Zeitraum ein Zeitfenster zur Verfügung stellen, in dem die Schülerinnen und Schüler Leistungsnachweise erbringen.

men wie z.B. Moodle: Lehrkräfte können in einem festgelegten Zeitraum ein Zeitfenster zur Verfügung stellen, in dem die Schülerinnen und Schüler Leistungsnachweise erbringen.

### § Darf die Lehrkraft Schülerarbeiten, die in Hausarbeit angefertigt wurden, präsentieren und besprechen? (Beispiel: Vorlesen und Besprechung eines Aufsatzes, Präsentation einer mathematischen Lösung oder eines Bildes usw.)

Ja, das ist im Fernunterricht genauso möglich wie im Präsenzunterricht.

### § Was darf die Lehrkraft in der Gruppe und was muss sie individuell zurückmelden?

Allgemeine Informationen über den Klassendurchschnitt oder andere Belange kann die Lehrkraft an die gesamte Klasse zurückmelden. Für die Besprechung der einzelnen Noten von Schülerinnen und Schülern eignet sich das individuelle Schülerfeedback. Es zeigt den Schülerinnen und Schülern, in welche Richtung sie sich entwickeln, und hilft dabei, ihre Lernstrategien zu optimieren.

### § Welche Form der individuellen Rückmeldung muss die Lehrkraft wählen?

Lehrkräfte können dem einzelnen Lernenden mündlich, beispielsweise in einer Telefon- oder Videokonferenz, in einem Chat oder in einem individuellen Telefonat Rückmeldungen geben. Außerdem eignen sich auch Fragebögen oder Lerntagebücher (Was habe ich heute gearbeitet? Was fiel mir leicht? Was fiel mir schwer? Konnte ich auftretende Probleme lösen? Was will ich als nächstes lernen?), in denen das Feedback der Schülerinnen und Schüler eingeholt wird.

### § Welche Form der Rückmeldung darf eine Lehrkraft auf keinen Fall wählen?

Formen der Rückmeldung, die den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern und Sorgeberechtigten vorher nicht transparent gemacht wurden, dürfen nicht genutzt werden.

Außerdem sollte die Lehrkraft immer darauf achten, dass die Rückmeldungen keine Prangerwirkung entfalten, etwa wenn in der Videokonferenz mit der gesamten Klasse erklärt wird, Schüler X habe die schlechteste Note der ganzen Klasse.

## Freiheit und Kontrollverlust

### § Distanzlernen eröffnet den Schülern individuelle Freiräume (z. B. Lernort, Lernmedium, Lerntool, Teilnahme) und trägt gleichzeitig mehr oder minder zum Kontrollverlust der Lehrkräfte bei. Welche Kontrollmöglichkeiten hat eine Lehrkraft? Welche Kontrollinstrumente kann sie einsetzen (Tools und Apps), mit denen z. B. die (In-)Aktivität der Lernenden protokolliert und ausgewertet werden kann?



Anwendungen wie Moodle, Etherpad oder auch Schulbox können an rheinland-pfälzischen Schulen verwendet werden.

Über den Einsatz digitaler Werkzeuge siehe hier: <https://lernen-gestalten.bildung-rp.de/digitale-werkzeuge-fuer-den-unterricht/welche-digitalen-werkzeuge-kann-ich-nutzen.html>

Lehrkräfte erhalten mehr Kontrolle durch verbindliche Absprachen, die wie im Präsenzunterricht auch im Fernunterricht gelten. Möglicherweise sind einige Regeln im Fernunterricht anzupassen. So entsteht Nachvollziehbarkeit für Lehrkräfte, aber auch für Schülerinnen und Schüler sowie für Eltern und Sorgeberechtigte.

Folgende Punkte sind zu beachten:

- Verbindliche Anwesenheitspflicht und Erreichbarkeit in der Videokonferenz gilt für alle
- Aufgaben müssen in der vorgegebenen Zeit verpflichtend bearbeitet und hochgeladen werden
- Es gibt ein regelmäßiges Feedback für die Leistungen
- Die Regelungen für die Bewertung müssen klar definiert und umgesetzt werden
- Werden Regeln nicht eingehalten, treten Sanktionen in Kraft.

## § Welche Rechtsvorgaben müssen Lehrkräfte beachten?

Auch in Pandemiezeiten gelten für die Leistungsbeurteilung die im Abschnitt 8 der ÜSchO aufgeführten Paragraphen. Danach müssen eine hinreichende Anzahl an Leistungsfeststellungen und -beurteilungen vorliegen, um eine nachvollziehbare Zeugnisnotenbildung und damit den Lehrkräften eine begründete Versetzungs-, Umstufungs- und Abschlussentscheidung zu ermöglichen.

## § Welche Möglichkeiten haben Schule und Lehrkräfte, den digitalen Schulbesuch zu bewerten und zu dokumentieren?

Bei der konkreten Umsetzung der Beurteilungen kommt es auf die einzelnen Szenarien an. Können geplante Leistungsfeststellungen aufgrund von Schulschließung oder Wechselunterricht nicht stattfinden, ist zu prüfen, ob Ersatzleistungen erforderlich sind.

Nach dem elektronischen Brief des Bildungsministeriums vom 13. August 2020 sind folgende alternative Arbeitsformen möglich<sup>1)</sup>:

- Unterrichtsdokumentationen (Protokoll, Mappe, Lerntagebuch, Portfolio...),
- Präsentationen (auch mediengestützt), z. B. Handout, Exposé, Podcast, Modell, Grafik, Zeichnung ...,
- Beiträge und mündliche Überprüfungen in Videokonferenzen,
- Langzeitaufgaben und Projekte,
- Kolloquien oder
- schriftliche Ausarbeitungen.

## § Welche Entschuldigungen seitens Eltern und Schülern sind zu akzeptieren (schlechtes Internet, fehlende Endgeräte, wohnliche Zwänge, familiäre Situationen, ...)?

Dies richtet sich nach § 54 ÜSchO: Versäumt eine Schülerin oder ein Schüler einen Leistungsnachweis mit ausreichender Entschuldigung, so kann ein Nachtermin gewährt oder die Leistung auf andere Art festgestellt werden; ein Anspruch auf einen Nachtermin oder eine andere Leistungsfeststellung besteht, wenn andernfalls eine hinreichende Zahl von Leistungsfeststellungen zur Bildung der Zeugnisnote nicht erreicht wird. Was eine „ausreichende“ Entschuldigung ist, kommt auf den Einzelfall an. Grundsätzlich sollten Lehrkräfte hier wohlwollend agieren. Nehmen minderjährige Schülerinnen und Schüler an vereinbarten digitalen Terminen nicht teil, so muss dies von den Eltern entschuldigt werden. Gültige Entschuldigungen wären beispielsweise unzureichende technische Lernbedingungen<sup>2)</sup>.

Anmerkungen:

- 1) <https://corona.rlp.de/de/themen/schulen-kitas/schule/dokumente-schule/> und [https://lernen-gestalten.bildung-rp.de/fileadmin/user\\_upload/lernen-gestalten.bildung-rp.de/Handreichung\\_Lernen\\_gestalten/Rechtliche\\_Rahmenbedingungen\\_der\\_Leistungsfeststellung\\_und\\_Leistungsbeurteilung.pdf](https://lernen-gestalten.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/lernen-gestalten.bildung-rp.de/Handreichung_Lernen_gestalten/Rechtliche_Rahmenbedingungen_der_Leistungsfeststellung_und_Leistungsbeurteilung.pdf)
- 2) Weiterführende Links: <https://lernen-gestalten.bildung-rp.de>



**Wilfried Rausch**  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

## ZUR PERSON



**Rechtsanwältin Antonia Dufeu** ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ und hat zuletzt mitgewirkt an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



# WOHNE

**„Wohnen“ ist ein generationsübergreifendes Thema. Das augenblickliche Angebot an Wohnungen deckt die Bedürfnisse nicht ab. Vor allem bezahlbare Wohnungen sind nicht ausreichend vorhanden. Die Politik sieht sich seit Jahren in der Pflicht Maßnahmen zu ergreifen, bezahlbaren Wohnraum für alle Generationen zu schaffen.**

Die Wohnproblematik wird im Bundestagswahlkampf sicherlich eine Rolle spielen. Die Brisanz dieses Themas haben die heftigen Reaktionen deutlich gemacht, die durch einen Beitrag zum Eigenheim von Seiten der Grünen ausgelöst wurden.

## **STUDIEN UND ANALYSEN ZUR WOHSITUATION IM ALTER**

Die Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse hat 2020 in einer Umfrage die Wohnsituation im Alter thematisiert. Folgende Erkenntnisse aus dieser Umfrage sind beachtenswert: Rund 41,8 % Personen im Alter von 70 bis 74 Jahre wohnen zur Miete. 65 % der befragten Hauseigentümer beschäftigt sich mit dem Thema „Wohnsituation im Alter“. <sup>1)</sup>

Eine von Dialego initiierte repräsentative Studie mit 1.000 Befragten in Deutschland ging 2018 der Frage nach, was junge und alte Menschen sich für ihr Alter wünschen. Die Ergebnisse bezüglich des Wohnens sind eindeutig. Die meisten möchten

mit Partner und Familie in einer eigenen Wohnung beziehungsweise im Eigenheim selbstständig leben und ihr Leben im Alter selbst bestimmen. <sup>2)</sup>

## **PRÄFERENZEN VON WOHNFORMEN IM ALTER**

In der Dialego-Studie haben die Befragten klare Vorstellungen über das Wohnen

### **WOHNFORMEN IM ALTER**

- ✓ Wohnen im eigenen Haus/Mietwohnung
- ✓ Betreutes Wohnen
- ✓ Senioren-Wohngemeinschaft
- ✓ Mehrgenerationenhaus
- ✓ Senioren-/Pflegeheim
- ✓ Seniorenresidenz
- ✓ alternative Wohnformen (Bauernhof, Wohnen gegen Hilfe (Studenten) u. a. m.)



zum Dezember 2023. Es richtet sich an Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Baugemeinschaften und ähnliche Organisationen. Gefördert werden beispielgebende und modellhafte Bau- und Investitionsprojekte in Städten und im ländlichen Raum.<sup>3)</sup>

## SCHWERPUNKTE DES PROGRAMMS **LEBEN WIE GEWOHNT SIND**

- ✓ digitales und technikgestütztes Wohnen
- ✓ inklusives und gemeinschaftliches Wohnen
- ✓ Mobilität und Teilhabe

Das Pilotprogramm „Sterben wo man lebt und zu Hause ist“ läuft von Dezember 2020 bis Ende 2023. Mit dem Pilotprogramm werden baulich-investive Maßnahmen gefördert, um teilstationäre Angebote wie Tages- und Nachthospize sowie ambulante Wohnformen auszubauen und weiterzuentwickeln. Von diesem Förderprogramm erhofft sich die Politik Anreize für die Weiterentwicklung in der Hospizarbeit und Palliativversorgung.

### INVESTITIONSANREIZE FÜR „ALTERSGERECHTE UMBAUTEN“

Um den gewohnten und vertrauten Wohnraum auch im Alter nutzen zu können, bedarf es mit fortschreitendem Alter altersgerechter Umbauten. Diese betreffen vor allem das Bad, das Schlafzimmer, die Küche, Zugänge zum Haus wie auch die Treppen. Ziel der altersgerechten Umbauten muss es sein, die Barrierefreiheit in der eigenen Wohnung zu sichern.

Die Bundesregierung unterstützt diese Umbauten mit Investitionsanreizen. So werden durch das KfW-Förderprogramm „Altersgerechte Umbauten“ Zuschüsse und Kredite gewährt. Hilfreich ist dieses Förderprogramm für selbstnutzende Wohneigentümer, die aus Altersgründen kaum ein Darlehen von den Banken er-

halten können. Möglich ist im Rahmen dieses Programmes auch eine Förderung von Maßnahmen zum Einbruchschutz. Kopplungen mit anderen KfW-Förderprogrammen sind ebenfalls möglich. Auf diese Weise können dringende energetische Sanierungsmaßnahmen (Heizung, Fenster, Dach) in die Förderung einbezogen werden.

### BERATUNGSANGEBOTE SCHAFFEN!

Die oben angeführte Allensbacher Markt- und Werbeanalyse zeigt auf, dass erheblicher Beratungsbedarf besteht. Die Hälfte der befragten Hausbesitzer weiß nicht, wo sie sich beraten lassen können. Die BAGSO fordert in ihrem Positionspapier „Wohnen im Alter – oder: Wie wollen wir morgen leben?“, Menschen bei der Entwicklung persönlicher Perspektiven des altersgerechten Wohnens und bei der konkreten Umsetzung zu unterstützen. Konkret müsse dies flächendeckend durch Wohnberatungsstellen ermöglicht werden. Die bundesweit derzeit existierenden ca. 250 Wohnberatungsstellen könnten den steigenden Informationsbedarf nicht decken.

### DIE DBB BUNDESSENIOREN- VERTRETUNG FORDERT SEIT 2018 KONSEQUENTES HANDELN DER POLITIK

Die dbb-Seniorenvertretung hat sich im September 2019 bei der 5. Seniorenpolitischen Fachtagung mit dem Thema „Wohnen im Alter – Unbezahlbar in der Stadt oder verlassen auf dem Land?“ eingehend auseinandergesetzt. In der Stadt und auf dem Land geraten ältere Menschen immer mehr ins Hintertreffen. In den Ballungszentren steigen die Mieten schneller als viele Alterseinkommen und auf dem Land leiden ältere Menschen besonders unter schlechter Infrastruktur. Aufgrund dieser bedenklichen Entwicklung forderte der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung Horst Günther Klitzing ein schnelles und consequentes Handeln der Politik.

Bereits im Jahre 2018 forderte der dbb Bundessenorenkongress Schaffung von mehr generationengerechtem Wohnraum, Entwicklung und Umsetzung alternativer Wohnformen und -projekte sowie Sicherstellung einer flächendeckend ausreichenden (Verkehrs-)Infrastruktur.

und das Wohnumfeld im Alter entwickelt. Sie wünschen sich eine ebenerdige, barrierefreie und altersgerecht gestaltete Umgebung. Über alle Altersgruppen hinweg gibt es eindeutige Präferenzen für Wohnformen im Alter: 56 Prozent können sich als Wohnform im Alter Mehrgenerationenhäuser vorstellen, 55 Prozent ist das Wohnen mit Service wichtig und für 49 Prozent ist eine Pflege-Wohngemeinschaft erstrebenswert.

### MODELL- UND PILOTPROGRAMME ALS ANTWORT DER POLITIK

Die Politik hat erkannt, dass bezüglich des Lebensbereichs Wohnen Handlungsbedarf besteht. Der Bund wie auch die Länder haben zielgruppenorientiert spezielle Wohnbauförderprogramme entwickelt und teilweise umgesetzt. Für die ältere Generation hat das Bundessenorenministerium unterschiedliche Programme zur Förderung neuer Wohnformen im Alter aufgelegt.

Das Modellprogramm „Leben wie gewohnt“ läuft von Oktober 2020 an bis

### WAHLPRÜFSTEINE ZUM THEMA „WOHNEN UND WOHNUMFELD“

Die BAGSO hat mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl Wahlprüfsteine zu unterschiedlichen Themen erstellt. Die Prüfsteine zum Thema „Wohnen und Wohnumfeld“ werden im Internet veröffentlicht.<sup>4)</sup>

### FORDERUNGSKATALOG DER BAGSO

- ✓ Bezahlbares Wohnen fördern
- ✓ Wohnungen barrierefrei und altersgerecht ausbauen
- ✓ Barrierefreies Wohnumfeld schaffen
- ✓ Quartiere für alle Generationen schaffen
- ✓ Mobilität sicherstellen

Die Prüfsteine können Orientierung und Hilfen bieten bei der Durchsicht der Wahlprogramme. Sie können deutlich machen, ob und welche Zukunftspläne die Parteien zu dem Thema Wohnen im Alter für die kommenden Jahre präsentieren.

- ✓ Die BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland.
- ✓ Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein.
- ✓ In der BAGSO sind rund 120 Vereine und Verbände zusammengeschlossen. Zu den Mitgliedern gehört auch die dbb-Seniorenvertretung.



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



### LESETIPP: WEGWEISER DES BUNDESFAMILIENMINISTERIUMS

Der Wegweiser des Bundesfamilienministeriums für das Wohnen im Alter beantwortet Fragen, zeigt Möglichkeiten auf und hilft mit praktischen Checklisten bei der Planung: von der Einschätzung der eigenen Wohnwünsche bis zur Entscheidung für den richtigen Pflegedienst.<sup>5)</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/547785/umfrage/umfrage-in-deutschland-zur-wohnsituation-von-senioren-nach-altersgruppen/#statisticContainer>
- 2) <https://web.dialego.de/blog/2018/08/28/senioren/>
- 3) <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/aeltere-menschen/zuhause-im-alter/zuhause-im-alter-75580>
- 4) <https://www.bagso.de/wahlpruefsteine-2021/wohnen-und-wohnumfeld/>
- 5) <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/laenger-zuhause-leben-77502>

#### Hinweise:

- [http://wohnprogramm.fgw-ev.de/media/2020-02b\\_forum\\_broschuere\\_abschlussdoku\\_modellprogramm\\_pdf-ua.pdf](http://wohnprogramm.fgw-ev.de/media/2020-02b_forum_broschuere_abschlussdoku_modellprogramm_pdf-ua.pdf)
- <https://www.serviceportal-zuhause-im-alter.de/>
- [https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilie/F%C3%B6rderprodukte/Altersgerecht-Umbauen-Investitionszuschuss-\(455\)/](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilie/F%C3%B6rderprodukte/Altersgerecht-Umbauen-Investitionszuschuss-(455)/)
- [https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilien/Finanzierungsangebote/Altersgerecht-umbauen-\(159\)/index-2.html?redirect=56448](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilien/Finanzierungsangebote/Altersgerecht-umbauen-(159)/index-2.html?redirect=56448)
- <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilien/Energetische-Sanierung/>
- <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/aeltere-menschen/zuhause-im-alter/zuhause-im-alter-75580>
- <https://www.wohnen-im-alter.de/files-9975/Checkliste-altersgerechtes-Wohnen.pdf>

... FÜR DIE LEHRERSCHAFT:

## Verbands- und Schulgeschichte in RLP: Eine Zeitreise

Was vor einem Jahr als Einzelbeitrag zum Gründungsjubiläum gedacht war, entwickelte sich rasch zu einer eigenen Rubrik. Die Rückmeldungen unserer Leserinnen und Leser haben uns veranlasst, den Gedanken an eine einmalige Sonderausgabe zugunsten einer Fortsetzungsreihe aufzugeben, in der wir die Geschichte des Verbandes und der rheinland-pfälzischen Schul- und Bildungspolitik würdigen, auf Zeitreise gehen und an den Erinnerungen von Zeitzeugen teilhaben können.

Wir haben **Georg Stenner** um einen Beitrag gebeten, den wir nachfolgend – nach einem Vorschauauszug in Heft 3u4/2020 – komplett abdrucken. Der Autor ist seit über 50 Jahren Verbandsmitglied und war in den siebziger Jahren stellvertretender Landesvorsitzender, Hauptpersonalratsvorsitzender und Bildungshauptreferent im Bundesvorstand.

Sein Beitrag verbindet die Geschichte des Realschullehrerverbandes in einer Zeitreise mit der Geschichte der Realschule in Rheinland-Pfalz: Er folgt keiner strengen Chronologie und zeigt Entwicklungen und Zusammenhänge auf, die sich auf den Verband wie auf die Schulart Realschule beziehen.

**A**ls ich gefragt wurde, ob ich bereit sei, aus Anlass des 70-jährigen Bestehens einen Beitrag zur Geschichte des Verbandes Reale Bildung in dessen Verbands-

zeitschrift zu veröffentlichen, fiel mir die Zusage zunächst schwer. Denn viele wichtige Unterlagen sind meinen Wohnungsverkleinerungen zum Opfer gefallen. Außerdem lässt mich – inzwischen 82 Jahre alt – mein berufsnahe Gedächtnis nach über 17 Jahren Ruhestand bisweilen im Stich.

Als Gründe für meine Zusage möchte ich erwähnen, dass mir meine Frau von ihren Erfahrungen in sogenannten E-Klassen und später mein Sohn von seinen in einer Realschule erzählt haben. Vor allem aber fühle ich mich dem Verband verbunden, denn ich bin seit ca. 50 Jahren Mitglied und war – allerdings schon vor ca. vierzig Jahren – als stellvertretender Landesvorsitzender, als Hauptpersonalratsvorsitzender für den Bereich der Realschulen und als Bildungshauptreferent im Bundesvorstand tätig.

Und natürlich habe ich in dieser Schulart und für diese Schulart lange und gerne gearbeitet, nämlich als Realschullehrer, Realschulkonrektor und Realschulrektor und dann 24 Jahre bis zu meiner Ruhestandsversetzung als Leiter des Realschulreferates im Bildungsministerium – in den letzten Jahren auch für Schulentwicklungsplanung zuständig. All dies hat zur Folge, dass mein Rückblick zwangsläufig aus verschiedenen Perspektiven erfolgt.

Dabei kann ich allerdings nicht das leisten, was verdienstvollerweise Max Wittmann, früher einmal Bezirksvorsitzender des Realschullehrerverbandes in der Pfalz und später Leiter des Realschulreferates an der Bezirksregierung, 1982 mit seiner umfangreichen und detaillierten Chronik

vorgelegt und dann dem damaligen Kultusminister Dr. Gölter, den ich damals bereits als zuständiger Referent begleitete, feierlich überreicht hat.

Mein Beitrag wird die Geschichte des Realschullehrerverbandes mit der Geschichte der Realschule in Rheinland-Pfalz verbinden, und er folgt weder einer strengen Chronologie noch ordnet er streng nach Personen oder Sachgebieten. Vielmehr soll er aus meiner mehrperspektivischen Sicht Entwicklungen und Zusammenhänge aufzeigen, die sich auf den Realschullehrerverband wie auf die Schulart Realschule beziehen. *Auf zur Zeitreise!*

### NEUGRÜNDUNG UND NEUBEGINN

Der Realschullehrerverband bezeichnete sich bei seiner Gründungsversammlung im Jahre 1950 als „Landesverband der Mittelschullehrer in Rheinland-Pfalz“. Später nannte er sich über viele Jahre „Verband Deutscher Realschullehrer“ (VDR), und erst im Jahre 2014 gab er sich den Namen „Verband Reale Bildung“ (VRB), worauf ich noch zurückkommen werde. In meinem Beitrag spreche ich meist vom Realschullehrerverband.

Der Zuschnitt von Rheinland-Pfalz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges brachte es mit sich, dass die Schulart Realschule in diesem Bundesland unterschiedliche Wurzeln hat. Es waren die mir durch meine Frau bekannten E-Klassen nach hessischem Muster in Rheinhessen, die vierzügigen privaten Realschulen bayerischer Prägung in der Pfalz und die sechsklassigen Mittelschulen preußischer Tradition im Norden des Landes.

Am 25. Mai 1950 wurde in Koblenz der „Landesverband der Mittelschullehrer in Rheinland-Pfalz“ gegründet. Erster Landesvorsitzender wurde Theodor Bomm. Schon 1951 folgte die Landesregierung dem Antrag dieses jungen Verbandes, die im Norden des Landes bestehenden Mittelschulen in Realschulen umzubenennen. Diese sechsklassigen Schulen wurden dann nach und nach zum Grundtyp

aller rheinland-pfälzischen Realschulen.

Damals zeigte sich bereits, dass der Realschullehrerverband gerne „Dinge selbst in die Hand nimmt“: So erarbeitete er den Entwurf eines Realschulgesetzes und übergab ihn 1959 nach Zustimmung der Delegiertenversammlung Kultusminister Dr. Eduard Orth. Der auf dieser Grundlage entstandene Gesetzentwurf der Landesregierung wurde dann von allen drei Fraktionen des Landtags angenommen und trat im Schuljahr 1963/64 in Kraft.

Erstes Ziel des Verbandes war es, für die sechsklassige Realschule in allen Landesteilen öffentliches Interesse zu wecken und für eine einheitliche Struktur zu werben. Deshalb fanden die Landesrealschultage 1958, 1962 und 1965 in der Landeshauptstadt Mainz statt, wo nacheinander Karl Schinner, Jakob Hattemer und schließlich Werner Schappert als Landesvorsitzende gewählt wurden. 1958 gab es landesweit 28 und 1965 schon 55 Realschulen.

Als Werner Schappert zehn Jahre später den Landesvorsitz abgab, endete eine wichtige Ära in der Geschichte des Realschullehrerverbandes. Denn er hatte viel für dessen öffentliche Anerkennung wie für den Ausbau des Realschulwesens in Rheinland-Pfalz und für die Struktur der jungen Schulart bewirkt. Seine Arbeit als Landesvorsitzender fand Anerkennung, die später in der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande zum Ausdruck kam.

Seinen Bemühungen kam damals entgegen, dass der wirtschaftliche Aufschwung im Nachkriegsdeutschland den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in Handwerk, Industrie und Verwaltung verstärkte und dass weitsichtige Bildungspolitiker wie Kultusminister Dr. Eduard Orth und sein Nachfolger Dr. Bernhard Vogel in der Realschule eine Chance sahen, diesem Bedarf zum Wohle des Landes zu entsprechen.

Deshalb ehrte der Verband Dr. Eduard Orth nach dessen Tod als „Vater der

## ZUR PERSON



**Georg Stenner** ist seit 50 Jahren Verbandsmitglied. Er hat in unterschiedlichen Funktionen die Geschichte der Realschule und die des Realschullehrerverbandes mitgestaltet. In seinem Jubiläumsbeitrag zeigt er aus diesen unterschiedlichen Blickwinkeln Entwicklungen und Zusammenhänge auf, die sich auf den Realschullehrerverband wie auf die Schulart Realschule beziehen. Auf unserem Archivfoto ist der Autor im Jahr 2005 bei einer Verbandsveranstaltung zu sehen.

Realschule in Rheinland-Pfalz“. Und als später ein Oppositionspolitiker in einer Landtagsdebatte um Schulzeitverkürzung in der Sekundarstufe I Dr. Bernhard Vogel fragte, was dann aus seinem „Lieblingskind“, der Realschule, werde, wurde er sinngemäß so beschieden, dass sie dann eben in die Sekundarstufe II hineinreiche. **Wie vorausschauend!**

## LEHRKRÄFTE UND LEHRAMT

Der Realschullehrerverband blieb weiterhin initiativ und forderte mit Nachdruck ein eigenes und spezifisches Lehramt, denn die damals an den Realschulen tätigen Lehrkräfte hatten unterschiedliche Ausbildungen! Dabei ging es dem Realschullehrerverband um die Zukunft „seiner“ Schulart und im Interesse seiner Mitglieder natürlich auch um „Standespolitik“, also um angemessene Einstufung, Besoldung und Arbeitszeit.

Die Lehrkräfte der Realschulen waren zunächst im wesentlichen Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer, die eine Prüfung in zwei Fächern nach einer 1951 erlassenen Prüfungsordnung für das Realschullehramt absolviert hatten. Zur Vorbereitung bot das Deutsche Institut für Wissenschaftliche Pädagogik Kurse an, die Gerhard Weuthen – von 1963 bis 1980 dann Schulfachreferent für Realschulen im Kultusministerium – betreute.

Die 1957 erlassene Prüfungsordnung ließ bereits Bewerber mit einem mindestens sechssemestrigen Universi-

tätsstudium in zwei Fächern und in Pädagogik sowie einem Schulpraktikum zu. Aber der Realschullehrerverband ließ nicht locker und forderte Studienseminare für das Lehramt an Realschulen entsprechend dem Gymnasialbereich. Ein erstes wurde 1967 in Mainz und in der Folge weitere in Trier, Kaiserslautern und Koblenz errichtet.

Nach Gerhard Weuthen, dem ersten Schulfachreferenten nur für Realschulen im Kultusministerium, nahm nun ab 1966 auch Erich Möller – Verbandsmitglied und früher einmal Französischlehrer meiner Frau – als Referent für die Realschullehrerausbildung seine Arbeit im Kultusministerium auf. Sein Nachfolger wurde 1985 Georg Kretkowski, ehemaliger stellvertretender Landesvorsitzender des VDR. Mit dem Ausbau der Schulaufsichtsreferate für Realschulen an den Bezirksregierungen fand der Aufbau des Realschulwesens einen ersten Abschluss.

Die zunächst unterschiedliche Ausbildung der Lehrkräfte in der Realschule hatte übrigens Vorteile, denn die mehr erziehungswissenschaftlich orientierten Lehrkräfte aus der ehemaligen Volksschule und die stärker fachwissenschaftlich ausgebildeten neuen Realschullehrerinnen und Realschullehrer lernten voneinander und passten zu Prinzipien, die Prof. Dr. O. A. Schorb der pädagogischen Arbeit in der Realschule zuordnete. **Davon später mehr!**

## EINSTUFUNG UND ARBEITSZEIT

Der Realschullehrerverband nahm – wie schon erwähnt – neben und im Zusammenhang seines Einsatzes für die Weiterentwicklung der Realschule auch gewerkschaftliche Aufgaben wahr und setzte sich zum Wohle seiner Mitglieder ein. Deshalb möchte ich den jüngeren Mitgliedern kurz ins Bewusstsein rufen, wie sich Besoldung und Arbeitszeit der Realschullehrerinnen und Realschullehrer im Laufe der Jahre bis heute veränderten.

Die Einstufung der Realschullehrerinnen und Realschullehrer verbesserte sich von A 11 nach A 13. Die Einstufung der Schulleiterinnen und Schulleiter kletterte von zunächst A 13a bis zu A 15 und die der inzwischen bis zu zwei stellvertretenden Schulleiterinnen und Schulleiter von A 13 bis zu A 14 plus Zulage. Letzteres gilt inzwischen auch für die Leitung der Studienseminare, und die dort tätigen Fachleiterinnen und Fachleiter werden in A 14 besoldet.

Beim Regelstundenmaß der Realschullehrerinnen und -lehrer haben sich außer der Änderung des Regelstundenmaßes von 28 auf 27 Wochenstunden und der Einführung einer Anrechnungspauschale von einem Drittel der Vollzeitlehrerfälle (umgerechnet) keine wesentlichen Verbesserungen ergeben. Bei dieser Betrachtung müssen aber auch vom Verband geforderte und erreichte Verbesserungen von Klassen- und Gruppenmesszahlen berücksichtigt werden.

Die Schulleitungsanrechnung, die in der Aufbauphase mangels einer landeseinheitlichen Regelung in den einzelnen Regierungsbezirken zunächst sehr unterschiedlich war, sollte in den 70er Jahren verständlicherweise durch eine landeseinheitliche, insgesamt aber ungünstigere Regelung ersetzt werden. Dagegen gab es – zunächst mit Erfolg – erheblichen Widerstand, denn Kultusministerin Dr. Laurien zog den vorgelegten Entwurf zurück.

Mir ist diese Angelegenheit deswegen in besonderer Erinnerung, weil ich als damaliger Hauptpersonalratsvorsit-

zender gegen die vorgesehene Regelung massiv argumentiert hatte, dann aber die einige Jahre später in Kraft gesetzte und ungünstigere Regelung als inzwischen ins Kultusministerium versetzter Beamter mitverantworten musste, was mir natürlich mehr oder weniger spöttische Bemerkungen ehemaliger und neuer Kollegen einbrachte.

Nach ihrer Aufbauphase erfuhr die Realschule einen beispiellosen Aufschwung: Als ich 1980 in das Kultusministerium wechselte, unterrichteten schon 84 Realschulen 68.924 Schülerinnen und Schüler. Nach einem ersten Höhepunkt führten dann geburtenschwache Jahrgänge zu einem Rückgang, bis dann 2003/04, kurz nach meiner Ruhestandsversetzung, mit 70.523 Schülerinnen und Schülern in 116 Realschulen wieder ein Höhepunkt erreicht wurde. *Für wie lange?*

## STUDENTAFEL UND LEHRPLÄNE

Wegen der Belastung durch den stürmischen Ausbau des Realschulwesens hatte das Realschulreferat im Kultusministerium zunächst die Erstellung eigener Lehrpläne für die Realschulen zurückstellen müssen und dafür die Richtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen. Diese traten erst viel später außer Kraft, als eigene rheinland-pfälzische Lehrpläne mit schulartspezifischen Ausprägungen für die Pflichtfächer der Sekundarstufe I erarbeitet waren.

Bei der Weiterentwicklung eines schulartspezifischen Kurssystems in den Klassenstufen 7 bis 10 nutzte das Realschulreferat die Aufbruchstimmung und die Bereitschaft in den Realschulen, auch neue Wege mit Hindernissen zu gehen. Das Realschulreferat fand dabei die Unterstützung des Realschullehrerverbandes und vieler seiner Mitglieder, die bereitwillig und konkret an der Zielsetzung und Ausgestaltung „ihrer“ Schulart mitarbeiteten.

Wie sonst hätte es gelingen können, Wahlpflichtfächer wie Kurzschrift und

Maschinenschreiben oder Technisches Zeichnen als Wahlpflichtfächer in der Studentafel zu verankern! Es fehlten doch noch Voraussetzungen wie Lehrpläne, Lehrbefähigungen und Erfahrungen. Entsprechendes galt für die neuen Wahlpflichtfächer Wirtschafts- und Sozialkunde, Mathematik-Naturwissenschaften und schließlich Sozialpädagogik in den Klassenstufen 9 und 10.

Die Entwicklung des Wahlpflichtfaches Wirtschafts- und Sozialkunde erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftspädagogischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, die des Wahlpflichtfaches Mathematik-Naturwissenschaften mit dem Institut für Physik der Universität Koblenz-Landau und die des Wahlpflichtfaches Sozialpädagogik mit Wissenschaftlern der Universität Mainz und der Fachhochschule Trier.

Der Realschullehrerverband versicherte sich der wissenschaftlichen Unterstützung des Wirtschaftspädagogischen Instituts der Universität Mainz auch bezüglich der gesamten Wahlpflichtdifferenzierung der Realschule. Prof. Dr. Maria Böhmer, damals wissenschaftliche Assistentin, später Staatsministerin im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt, wählte sogar die Wahlpflichtdifferenzierung der Realschule zum Thema ihrer Doktorarbeit. *Nachlesenswert!*

## SCHULSYSTEM UND REFORMPLÄNE

Natürlich vollzogen sich im rheinland-pfälzischen Schulwesen und speziell in der Realschule im Laufe der Zeit auch allgemeine Reformen. So wurde schon im „Rahmenplan“ des Deutschen Ausschusses für das Bildungs- und Erziehungswesen eine Orientierungsstufe als ein erster Ansatz horizontaler Gliederung gefordert und auch in Rheinland-Pfalz – allerdings nicht als Verlängerung der Grundschule – umgesetzt.

Ebenso bewirkte der 1970 vom deutschen Bildungsrat veröffentlichte Strukturplan für das Bildungswesen Strukturveränderungen, wie die 1974

in das rheinland-pfälzische Schulgesetz aufgenommene Stufengliederung des Schulwesens in Primarstufe und in die Sekundarstufen I und II, die Einführung der schulartabhängigen und der schulartübergreifenden Orientierungsstufe sowie die gesetzliche Verankerung des 10. Hauptschuljahres beweisen.

In diesem Schulgesetz wurden Hauptschule, Realschule und Gymnasium zwar weiterhin als selbstständige Schularten des gegliederten Schulwesens, aber eben auch als aufeinander bezogene Teile eines übergreifenden Differenzierungssystems begriffen. Die Lehrplanarbeit für die Pflichtfächer der Sekundarstufe I erfolgte nun – wie schon erwähnt – konsequenterweise schulartübergreifend mit jeweiligen schulartspezifischen Akzentuierungen.

Auch in einer anderen, vom Realschullehrerverband immer wieder erhobenen, allerdings zeitweise sehr kontrovers diskutierten Forderung nach einer Abschlussprüfung folgte Rheinland-Pfalz zunächst Vorgaben des schon erwähnten Strukturplans für das Bildungswesen. Darin war vorgeschlagen, dem Erwerb der Hochschulreife, dem Abitur II, ein Abitur I vorausgehen zu lassen und dies an die Stelle der sogenannten Mittleren Reife zu setzen.

Das Abitur I sollte in Rheinland-Pfalz sogar mit einer Abschlussprüfung verbunden werden, in die Erfahrungen aus Leistungsvergleichen und -feststellungen an den Realschulen des Landes eingehen sollten. Gegen das Vorhaben sträubte sich aber der Philologenverband, weil er die Einheit seiner Schulart bedroht sah, und schließlich auch der Realschullehrerverband, weil andere Schularten nicht einbezogen werden sollten. **Zu meinem großen Bedauern!**

## LEISTUNGS- UND WAHLPFLICHTDIFFERENZIERUNG

Dr. Hanna-Renate Laurien, seit 1971 Staatssekretärin im Kultusministerium, sah in der inhaltlichen Weiterentwicklung des Schulwesens einen

ihrer Schwerpunkte. Für sie gehörten dazu differenzierte, aber aufeinander abgestimmte Stundentafeln und Lehrpläne, um vertikale und horizontale Durchlässigkeit zu ermöglichen, bei der die Realschule zwischen Hauptschule und Gymnasium eine Brückenfunktion übernehmen sollte und auch übernahm.

Natürlich schließt dies nicht aus, dass es bereits vorher Durchlässigkeit gab, allerdings vor allem in vertikaler Richtung, und zwar aus der Realschule in die gymnasiale Oberstufe und in berufliche Wahlschulen wie berufliches Gymnasium und Fachoberschule. Der größte Teil der Realschulabsolventinnen und -absolventen begann allerdings eine Ausbildung im dualen System, wo sie sehr gute Chancen hatten und noch immer haben.

Mit der vertikalen Durchlässigkeit erfüllte die Realschule nicht nur eine bildungsökonomische, sondern zugleich eine soziale Funktion, da sie vielfach für Kinder von Eltern mit Volksschulbildung und in dünn besiedelten Gebieten neue Chancen bot. Sie leistete also eine wichtige pädagogische Aufgabe, nämlich mehr Schülerinnen und Schüler zur Entfaltung ihrer jeweiligen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu führen.

Dies geschah in der Realschule ohne die sogenannte Fachleistungsdifferenzierung in Kursen, wie sie die Gesamtschule realisiert. Die Schularten des gegliederten Schulwesens verwirklichten in ihren Klassen eine maßvolle Heterogenität. Bildungspolitisch standen sich – zumindest gedanklich – das gegliederte Schulwesen mit Schularten und die neue Idee der Gesamtschule mit Fachleistungsdifferenzierung gegenüber: „streaming“ versus „setting“.

Die Schulart Realschule entwickelte eine eigene Form der Individualisierung des Lernens, nämlich nach Neigung, Begabung und Berufsvorstellung, indem sie eine Differenzierung ausprägte, die traditionelle Bildungsziele der Realschule wie praxis- und berufsbezogene Lerninhalte wiederbelebte und sich zugleich an Berufs-

feldern orientierte, die Realschulabsolventen bevorzugen. Daraus wurde die realschulspezifische Wahlpflichtdifferenzierung:

Nach einer Vordifferenzierung in den Klassenstufen 7 und 8 entstanden bis in die 90er Jahre neben der seit jeher angebotenen zweiten Fremdsprache mit Blick auf entsprechende Berufsfelder und weiterführende berufliche Schulen in den Klassenstufen 9 und 10 die Wahlpflichtfächer Wirtschafts- und Sozialkunde, Mathematik-Naturwissenschaften und Sozialpädagogik, die im Laufe der Zeit auch in der Stundentafel der Realschule verankert wurden. **Profilbildung!**

## SCHULWAHL UND DURCHLÄSSIGKEIT

Im Jahre 1979 veranstaltete der Realschullehrerverband unter dem Vorsitzenden Klaus-Peter Wyrwoll in Bad Kreuznach einen Kongress zum Thema „Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der Realschule in der Bundesrepublik Deutschland“. Festredner war der Wissenschaftler und Pädagoge Prof. Dr. O. A. Schorb. Er referierte – wie schon angedeutet – über Prinzipien in der Pädagogik, nämlich der Adaptivität und der Selektivität für die Arbeit der Realschule.

Im Jahre 1981 sprach Dr. Hanna-Renate Laurien, die 1976 Kultusminister Dr. Bernhard Vogel nachgefolgt war und kurz vor ihrem Wechsel nach Berlin stand, zum letzten Mal vor der Landesdelegiertenversammlung des VDR. Sie bezog sich auch auf Ausführungen von Prof. Dr. O. A. Schorb, und sie lobte Leistungen der Realschule zur Durchlässigkeit beim Übergang in die Sekundarstufe II, vor allem aber am Ende der Orientierungsstufe.

Zugleich warnte Dr. Hanna-Renate Laurien vor einem „Kampf um Kinderköpfe“, da die Schülerzahlen rückläufig seien und die Realschule nicht mehr mit dem Anteil an „Volksschulelternschaft“ rechnen könne, aus dem sie in der Vergangenheit ihr überproportionales Wachstum gespeist habe. Dies werde der Realschule in Zukunft wieder die bislang schon



bewiesene Flexibilität abverlangen! Wie recht sie – zumindest längerfristig gesehen – hatte!

Nachfolger von Kultusministerin Dr. Hanna-Renate Laurien wurde 1981 Dr. Georg Gölter, und Nachfolger des damaligen Landesvorsitzenden Klaus-Peter Wyrwoll waren von 1981 bis 1990 Heinz-Dieter Heers und von 1990 bis 1993 Karl-Heinz Dahlke. In dieser Zeit kämpfte der Realschullehrerverband vor allem darum, Einstellungschancen junger Lehrkräfte zu verbessern und 3/4-BAT-Verträge in Beamtenstellen umzuwandeln.

Ohne Erfolg blieben Proteste des Realschullehrerverbandes gegen die vom Land veranlasste Verlagerung der Realschullehrerausbildung von der Universität Mainz an die EWH, um dortige Ausbildungskapazitäten auszulasten. Die damit verbundenen Sorgen des Realschullehrerverbandes wurden umso größer, als der Verband Bildung und Erziehung (VBE) immer stärker die Verschmelzung von Hauptschule und Realschule forderte. **Vorzeichen!**

## ELTERNWILLE UND SCHULLAUFBAHNEMPFEHLUNG

Nicht nur in Rheinland-Pfalz war zunehmend eine Diskrepanz zwischen Elternwillen und Empfehlungen der Grundschule entstanden. Deshalb kam es schon vor der Freigabe des Elternwillens zu einem Rückgang der Schülerzahlen in der Hauptschule, obwohl diese Schulart in Rheinland-Pfalz an vielen Standorten ein freiwilliges 10. Schuljahr anbot und wie die Realschule zu einem qualifizierten Sekundarabschluss I führen konnte. Diese Entwicklung gefährdete Schulstandorte.

So wie eine frühere Landesregierung es für notwendig erachtet hatte, das Bildungsangebot der Realschule zwischen Hauptschule und Gymnasium zu entwickeln, so hielt es dann Anfang der 90er Jahre eine neue Landesregierung unter Führung der SPD für geboten, für mehr Integration in Gesellschaft und Schule zu sorgen, den Elternwillen zu stärken und zugleich

ein breit gefächertes Bildungsangebot im Flächenland Rheinland-Pfalz für die Zukunft zu sichern.

Nach dem Regierungswechsel im Jahr 1991 war Dr. Rose Götte (SPD) Kultusministerin geworden, die schon im Wahlkampf nicht nur die Freigabe des Elternwillens beim Übergang von der Grundschule in weiterführende Schulen, sondern auch die Zusammenführung der Bildungsgänge von Hauptschule und Realschule in einem Schulversuch Regionale Schule sowie mehr Gesamtschulen und mehr Ganztagsangebote angekündigt hatte.

Einen Teil dieser Vorhaben lehnte der Realschullehrerverband ab und verwies auf die nach wie vor hohe Akzeptanz der Realschule. In der Folge zeigte sich, dass keine Realschule zur Teilnahme an einem Schulversuch Regionale Schule bereit war. Allerdings gab es vereinzelt Realschulen, die den Weg einer Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule gingen. Aber es wurden – eigentlich überraschend – auch noch neue Realschulen gegründet.

Die Freigabe des Elternwillens erfolgte erstmals für das Schuljahr 1992/93 und löste die bisherige Regelung ab, wonach die Grundschule eine Empfehlung für Hauptschule, Realschule oder Gymnasium aussprach und die Schülerinnen und Schüler mit Empfehlung für Realschule oder Gymnasium frei zwischen allen Schularten wählen konnten, während eine Empfehlung für Hauptschule ohne das Bestehen einer Aufnahmeprüfung verbindlich war. **Noch zeitgemäß?**

## REFORMANSÄTZE UND SCHULVERSUCHE

Die Einrichtung von Regionalen Schulen wurde 1992 als Schulversuch zur Zusammenführung der Bildungsgänge von Hauptschule und Realschule gestartet und dann von Jahr zu Jahr ausgeweitet, bis die neue Schulart 1997 in das Schulgesetz aufgenommen wurde. Da sich keine Realschule dazu bereit erklärt hatte, blieben die Realschulen in alter Form erhalten, ja es kamen – wie erwähnt – sogar noch

einige Neugründungen hinzu!

In der Regionalen Schule blieb die Orientierungsstufe stets ohne äußere Differenzierung. Die Regionalen Schulen konnten schon in der Versuchsphase entscheiden, ob sie ab der Klassenstufe 7 eine Leistungs-differenzierung in bestimmten Fächern oder ob sie abschlussbezogene Klassen einrichten. Schulziele waren die Berufsreife bzw. der qualifizierte Sekundarabschluss I nach 9 bzw. 10 Schuljahren, also die Abschlüsse von Hauptschule und Realschule.

Ähnliche Ziele wie die für die Regionale Schule, aber auch der zunehmende Schüleranteil der Gymnasien führten zu einem weiteren Schulversuch, der ab 1996/97 als Duale Oberschule an sechs Standorten begann. Dieser sollte die Bildungsgänge von Hauptschule und Realschule – gegeneinander durchlässig – zusammenführen und eine praxisorientierte wie berufsqualifizierende Alternative zum vorwiegend theoretischen Profil des Gymnasiums bieten.

Dieser Schulversuch – vom VDR mit Interesse verfolgt – hatte einen von Klasse fünf bis dreizehn durchgehenden Bildungsgang zum Ziel: Laut Bildungsminister Prof. Dr. Jürgen Zöllner, dem Nachfolger von Dr. Rose Götte, sollte dieser Weg alle Chancen vom Hauptschul- und Realschulabschluss über die Berufsschule bis zum Fachabitur ermöglichen, gleichzeitig die Attraktivität der beruflichen Bildung verbessern und die Schulzeit verkürzen.

Aber weder die Regionale Schule noch die Duale Oberschule konnten in der Folge die Gefährdung von Hauptschulstandorten aufheben. Auch die Gesamtschulen, deren Zahl in Rheinland-Pfalz nach dem Regierungswechsel erheblich zunahm und 2007/08 schon bei 19 lag, konnten wegen der spezifischen Differenzierungsbedingungen und der dafür notwendigen Zügigkeit das Problem gefährdeter Schulstandorte nicht lösen. **Entscheidungsbedarf!**

## SCHULSTRUKTUR UND EINSCHNITTE

Vor dem Hintergrund von Hauptschulen, die im Durchschnitt nur noch zweizügig und folglich in größerer Zahl sogar schon einzügig waren, veränderte die Landesregierung mit den Bildungsministerinnen Doris Ahnen und dann Vera Reiß durch einen klaren Schnitt die Schulstruktur: Aus der Hauptschule und bisheriger Realschule, die sich noch eines starken Zuspruchs erfreute und im Durchschnitt drei- bis vierzügig war, entstand die Realschule plus.

Diese neue Schulart wurde mit dem Schulstrukturgesetz vom Dezember 2008 im Bereich der Sekundarstufe I in Rheinland-Pfalz eingeführt und trat sukzessive an die Stelle von Realschulen, Hauptschulen und Regionalen Schulen: Im Schuljahr 2018/19 gab es nur noch drei Hauptschulen und acht Realschulen (Privatschulen), aber 188 Realschulen plus mit einer durchschnittlich vollen Dreizügigkeit, was den Erhalt von Schulstandorten begünstigte.

Die Vorgaben für die Struktur der Realschule plus lassen – wie bei der Regionalen Schule – nach einer Orientierungsstufe ohne Differenzierung ab der Klassenstufe 7 sowohl eine Integrative Form mit Fachleistungsdifferenzierung als auch eine Kooperative Form mit abschlussbezogenen Klassen zu. Das wesentlich Neue war, dass die Realschule plus im organisatorischen Verbund mit einer Fachoberschule geführt werden konnte.

In dem Zeitraum, in dem zuerst die Regionale Schule und dann die Duale Oberschule erprobt und eingeführt wurden und in dem dann die Realschule plus durch gesetzliche Verankerung Hauptschule, Regionale Schule (einschließlich der Dualen Oberschule) und Realschule ersetzte, waren Karl-Heinz Dahlke, Hans Thielen, Jutta Grabkowsky und dann zwölf Jahre lang Bernd Karst Landesvorsitzende des Realschullehrerverbandes.

Alle Vorstände haben ob ihres Einsatzes zum Wohle der Realschule und der Realschullehrerschaft den Res-

pekt der Mitglieder verdient, denn sie haben sich stets mit aller Kraft für die eigenständige Realschule und für die Realschullehrerausbildung an der Universität Mainz, aber auch gegen 13-Stunden- und 3/4-BAT-Verträge sowie für eine angemessene Besoldung und für zeitgemäße Arbeitsbedingungen eingesetzt! **Respekt!**

## EINSCHNITT UND WEITERENTWICKLUNG

Dies gilt in besonderer Weise für Bernd Karst, der den Landesverband modernisierte und junge engagierte Lehrkräfte im Vorstand zusammenführte, die sich unter seiner Leitung (2005 bis 2016) auf Landes- und Bundesebene Gehör verschafften. Eine wichtige und auch zukunftsweisende Rolle spielte dabei auch die von ihm verantworteten neuen Namen des Publikationsorgans „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ und des „Verbandes Reale Bildung“ (VRB).

Die Namensgebung zielt nämlich einerseits auf die traditionelle Beachtung von Realien und Praxis und auf Zielsetzungen der realschulspezifischen Wahlpflichtdifferenzierung mit berufsfeldorientierten Lernfeldern, also auf Kennzeichen der „alten“ Realschule, schließt aber die Orientierung an einem breiteren Begabungs- und Leistungsspektrum nicht aus und spricht auch Lehrkräfte mit einem anderen als dem auslaufenden Lehramt an Realschulen an.

Natürlich fällt es bei einem solchen Einschnitt älteren Mitgliedern des Realschullehrerverbandes schwer, sich von der „alten“ Realschule „ohne plus“ zu verabschieden, in der sie erfolgreich gearbeitet und mit der sie sich – wie auch viele Eltern und Schüler – in einem hohen Maß identifiziert haben. Dies gilt auch für mich – allerdings mit der Einschränkung, dass ich die eingetretene Entwicklung schon längere Zeit erwartet hatte und dann zugleich neue Chancen sah.

Denn die Freigabe des Elternwillens entsprach einem sich in unserer freiheitlichen Gesellschaft verstärkenden Bewusstsein, dass Eltern bei Schullauf-

bahnentscheidungen für ihre Kinder mehr Rechte als bislang eingeräumt werden müssen. Konkret war es für mich schon immer problematisch, dass nach der Grundschule für Eltern von Kindern mit Hauptschulempfehlung überhaupt keine Alternative ohne Aufnahmeprüfung offenstand.

Außerdem war für mich der Trend zum Gymnasium und gegen die Hauptschule, damit letztlich auch die Gefährdung von Schulstandorten nur zu verlangsamen, nicht aber zu stoppen. Letzteres war nicht einmal unter den Bedingungen einer verbindlichen Empfehlung gelungen, weil viele Eltern verständlicherweise dazu neigen, sich am Ende der Grundschule für die zu diesem Zeitpunkt und aus ihrer Sicht aussichtsreichere Schullaufbahn zu entscheiden!

Auch aus schulischer Sicht gibt es für die Schullaufbahnentscheidung, die sich an einem Begabungs- und Leistungsspektrum von Schülerinnen und Schülern orientieren muss, die sich noch in der Entwicklung befinden, keine absoluten und endgültigen Kriterien. Schließlich hat auch die Realschule den Verlust von Schülerzugängen wegen des Trends zum Gymnasium sukzessive durch Zugänge zu Lasten der Hauptschule ausgeglichen. **Auch pädagogisch verständlich?**

## VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT

Wenn ich die Arbeit des langjährigen Landesvorsitzenden Bernd Karst besonders hervorhebe, dann geschieht dies auch und gerade, weil es ihm gelang, in einer schwierigen Lage des Realschullehrerverbandes im Zuge schwieriger Verhandlungen realschulspezifische Regelungen zu behaupten und durchzusetzen, die nicht nur namentlich, sondern auch konkret an Erfolge und Vorzüge der „alten“ Realschule anknüpfen und zugleich neue Chancen eröffnen.

Denn die Realschule plus ist keine „kleine Gesamtschule“ geworden, da sie auch abschlussbezogene Züge zulässt, die sich in der alten Realschule

bewährt haben. Sie ist leistungsorientiert, denn sie unterscheidet zwischen dem Abschluss der Berufsreife und dem qualifizierten Sekundarabschluss I. Und dem Einsatz des Verbandes Reale Bildung ist es auch zu verdanken, dass die Funktionsstelle eines didaktischen Koordinators in A 14 erreicht wurde.

Außerdem ist die Wahlpflichtdifferenzierung der Realschule mit bewährten Schwerpunkten erhalten geblieben und weiterhin mit Blick auf die Individualisierung des Lernens und die Vorbereitung auf die Berufswelt auch ein konstitutives Element der Realschule plus, was im Interesse der Schülerinnen und Schüler die Durchlässigkeit in die Sekundarstufe II verbessert und die Zusammenarbeit zwischen allgemeinem und beruflichem Schulwesen fördert.

Mit der nun im Verbund geführten Fachoberschule erfüllt die Realschule plus zugleich ein „altes“ Ziel des unvergessenen Landesvorsitzenden Werner Schappert! Denn die derzeit 32 Standorte mit Fachoberschulklassen eröffnen einen direkteren Weg zur Fachhochschulreife. Vielleicht kann dies sogar noch ein Mehr an inhaltlichem und institutionellem Miteinander zwischen allgemeinbildendem und berufsbildendem Schulwesen bewirken!

Werner Schappert konnte übrigens seinen verdienstvollen Einsatz von 1983 bis 1986 noch als Bundesvorsitzender fortsetzen und in dieser Zeit vor allem Kontakt und Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Arbeitswelt vertiefen. Später übernahm auch Hans Thielen von 1998 bis 2002 diese Aufgabe. Zurzeit vertritt auf dieser Ebene Bernd Karst als stellvertretender Bundesvorsitzender die Interessen des Verbandes Reale Bildung.  
*Weiter so!*

#### Bildungsministerinnen und -minister \*

1946–1947	Dr. Ernst Albert Lotz
1947–1951	Dr. Adolf Süsterhenn, CDU
1951–1956	Dr. Albert Finck CDU
1956–1967	Dr. Eduard Orth, CDU
1967–1976	Dr. Bernhard Vogel, CDU
1976–1981	Dr. Hanna-Renate Laurien, CDU
1981–1991	Dr. Georg Gölter, CDU
1991–1994	Dr. Rose Götte, SPD
1994–2001	Prof. Dr. Jürgen Zöllner, SPD
2001–2014	Doris Ahnen, SPD
2014–2016	Vera Reiß, SPD
2016–heute	Dr. Stefanie Hubig, SPD

\* Quelle: Archiv Dr. Rothenberger

#### Landesvorsitzende

1950–1958	Theodor Bomm
1958–1962	Karl Schinner
1962–1965	Jakob Josef Hattemer
1965–1975	Werner Schappert
1975–1981	Klaus-Peter Wyrwoll
1981–1990	Heinz-Dieter Heers
1990–1993	Karl-Heinz Dahlke
1993–1998	Hans Thielen
1998–2005	Jutta Grabkowsky
2005–2016	Bernd Karst
2016–heute	Timo Lichtenthäler

#### ABSCHLUSSBEMERKUNG

Im Laufe meines Lebens habe ich viele Beiträge für die „realschulblätter“ und auch für die Zeitschrift „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ geschrieben. Ich kannte und kenne alle Schriftleiter von Peter Nussbaum bis zu Wolfgang Wünschel, der übrigens einer meiner Nachfolger als HPR-Vorsitzender war. Ihm kommt das besondere Verdienst zu, dass unter seiner Leitung ein zeitgemäßes Publikationsorgan des Verbandes zur Verfügung steht!

Über diese Zeitschrift werde ich weiterhin die Geschichte des Verbandes Reale Bildung (VRB) und der Realschule plus verfolgen. Und ich bin sicher, dass sich der neue Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler in Verhandlungen mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig stets dafür einsetzen wird, aus der Realschule plus weiter eine „Schule der Chancen“ zu machen, wie kürzlich ein Beitrag in „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ getitelt hat.  
*Weiterhin Erfolg!*

#### Erinnerungen?

Liebe Leserinnen und Leser, der Beitrag Herrn Stenners wird bei vielen von Ihnen Erinnerungen wachrufen. Möchten Sie diese mit uns teilen? Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift.

► ERGEBNISSE UND ANALYSE DER PERSONALRATSWAHLEN 2021

# REALSCHULE PLUS: NEUE REALITÄTEN. CHANCEN NUTZEN!



Danke für Ihr Vertrauen!

Mit unseren Inhalten und Zielen sowie mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten wollten wir viele Kolleginnen und Kollegen von uns überzeugen. Unsere Kernforderungen, die wir den übergeordneten Themen „Unterrichtsqualität ausbauen“, „Gesundheit schützen“, „Schule gestalten“, „Digitalisierung vorantreiben“ und „Lehramt stärken“ zugeordnet haben, bilden ab, wie Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen aus Verbandssicht zukunftsorientiert weiterentwickelt werden können. Dabei haben wir auch deutlich gemacht, dass es auf die Lehrkräfte ankommt, die über entsprechende Arbeits- und Rahmenbedingungen verfügen müssen, wenn gute Bildung und Schule gelingen sollen.

Uns war es zudem ein wichtiges Anliegen, die Menschen hinter dem VRB sichtbar zu machen, die sich neben der Personalratstätigkeit auch der schulischen Praxis verpflichtet fühlen. Das gute Abschneiden bei den Wahlen im Bereich Realschulen plus spricht dafür, dass es uns unter erschwerten Corona-Bedingungen bei Wechsel- und Fernunterricht gelungen ist, zu überzeugen. Die Wahlbeteiligung war erfreulich hoch und lag bei 79%. Die Lehrkräfte haben verantwortungsbewusst von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

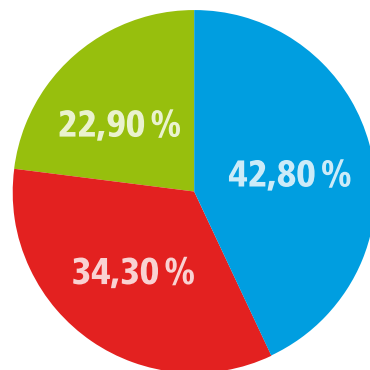
**VRB stärkste „Fraktion“ im Bereich Realschule plus**  
Der Verband Reale Bildung (VRB) konnte die selbstgesteckten Ziele für die Personalratswahlen 2021 im Bereich Realschule plus erreichen: Im Bezirkspersonalrat (BPR) wie im Hauptpersonalrat (HPR) Realschulen plus stellt der VRB nunmehr mit vier von neun Sitzen die stärkste Fraktion. Jeweils einen zusätzlichen Sitz konnte der VRB gegenüber den Personalratswahlen 2017 in beiden Gremien erlangen.

Unser dbb-Kooperationspartner Verband Bildung und Erziehung (VBE) konnte seine beiden Sitze halten. VRB und VBE haben in beiden Gremien zukünftig zwei Drittel der Sitze inne.

Es gibt zudem kaum noch „weiße Flecken“, also Schulen bei denen der VRB zurückhaltender gewählt wird. Dort, wo die Kolleginnen und Kollegen mit uns zu tun hatten, unsere Unterstützung erfahren und unser Engagement wahrnehmen konnten, fällt die Zustimmung besonders hoch aus.

➔ **Bezirkspersonalrat Realschulen plus**

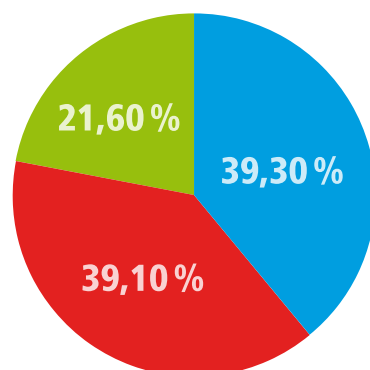
Der VRB konnte für den BPR Realschulen plus sein Ergebnis prozentual von 31,7 % (2017) auf 42,8 % (2021) verbessern.



Stimmenanteil in Prozent

➔ **Hauptpersonalrat Realschulen plus**

Das prozentuale Ergebnis steigerte sich von 35,4 % (2017) auf 39,3 % (2021).



Stimmenanteil in Prozent

Legende: ● = GEW; ● = VRB (bzw. VRB/PhV); ● = VBE

### VRB stellt beide Vorsitzende

Die bewährten Strukturen der vertrauensvollen Zusammenarbeit werden beibehalten. VRB und VBE verständigen sich darauf, dass Benjamin Bajraktari weiterhin als Vorsitzender des BPR Realschulen plus und Michael Eich weiterhin als Vorsitzender des HPR Realschulen plus tätig sein sollen. Mit Barbara Mich (BPR) und Dr. Markus Bachen (HPR) stellt der VBE die Stellvertreterin bzw. den Stellvertreter.

Folgende VRB-Mitglieder sind gewählt worden:

Bezirkspersonalrat		Hauptpersonalrat	
1.	Bengjamin Bajraktari (Vorsitzender)	1.	Michael Eich (Vorsitzender)
2.	Katharina Becker	2.	Timo Lichtenthäler
3.	Nicole Weiß-Urbach	3.	Saskia Tittgen
4.	Monika Antoni	4.	Christoph Krier
E	Anna Becker	E	Gerhard Hein

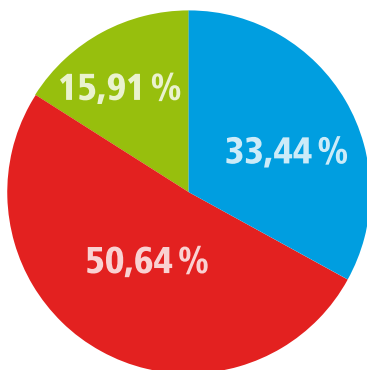
E= Ersatzmitglied

### dbb-Verbände halten Sitze im Bereich Integrierte Gesamtschulen

Wie schon bei der letzten Personalratswahl waren Philologenverband (PhV) und VRB mit einer gemeinsamen Liste angetreten.

#### ➔ Bezirkspersonalrat IGS

Die Listenvereinigung verzeichnete für den BPR IGS leichte Stimmeinbußen. Der Stimmenanteil sank um 0,3 % von 33,7 % (2017) auf 33,4 % (2021).

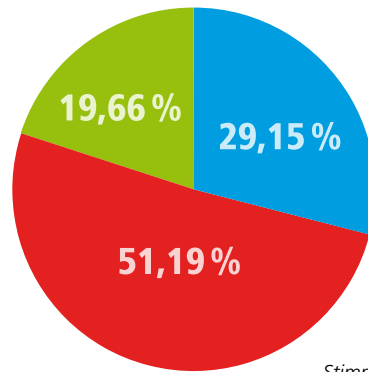


Stimmenanteil in Prozent

#### ➔ Hauptpersonalrat IGS

Hier musste die Liste PhV-VRB einen Platz abgeben: Immerhin blieb dieser Sitz in der dbb-Familie, denn der VBE konnte sein Ergebnis verbessern und hat zukünftig im HPR IGS einen weiteren Sitz inne.

Das prozentuale Ergebnis der Listenvereinigung verringerte sich von 32,8 % (2017) auf 29,15 % (2021).



Stimmenanteil in Prozent

Folgende VRB-Mitglieder sind in der Listenverbindung mit dem PhV gewählt worden:

Bezirkspersonalrat		Hauptpersonalrat	
1.	Christoph Schneider	1.	Jutta Okfen
E	Christina Sanders	E	Regina Bollinger

E= Ersatzmitglied

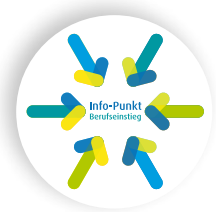
### Danke für Ihr Vertrauen!

Die Zustimmung unserer Kolleginnen und Kollegen ist uns Ansporn und Verpflichtung. Wir gehen gestärkt aus den Personalratswahlen 2021 und werden in unserem Engagement für Sie und unsere Schulen nicht nachlassen.

**Im Namen aller VRB-Kandidatinnen und -Kandidaten danken wir den Wählerinnen und Wählern für das uns entgegengebrachte Vertrauen. Zugleich gratulieren wir unseren Kolleginnen und Kollegen, die in die örtlichen Personalräte gewählt wurden, herzlich. Auch ihnen wünschen wir eine erfolgreiche Arbeit in den nächsten vier Jahren. Sie können jederzeit auf unsere Unterstützung bauen.**



Michael Eich  
michael.eich@vrb-rlp.de



## GUT IM BERUFSALLTAG ANKOMMEN: MEIN ERSTES SCHULJAHR

**Der Vorbereitungsdienst ist zu Ende. Die Zeit des Hoffens auf eine feste Stelle erfüllt. Jetzt kann es endlich losgehen!**

Ich gehe in die Schule, in meine Klasse, darf meine Vorstellungen von Schule und Unterricht, meine Ideen endlich selbständig angehen und umsetzen ...

### Geschafft?!

Doch plötzlich trage ich als Klassenlehrer Verantwortung, muss Konflikte innerhalb der Klasse anpacken; Vermittler sein, wenn es zwischen „meinen“ Schülerinnen und Schülern, Kolleginnen und Kollegen knistert, ein offenes Ohr für beide Seiten haben. Dabei bin ich doch noch auf der Suche nach meiner Lehrerrolle und meinem Platz im Kollegium. Die eigenverantwortlichen Elternkontakte bereiten manches Kopfzerbrechen.

27 Wochenstunden lassen sich nicht so ausführlich planen, wie die Stunden im Vorbereitungsdienst. Die Planung des Unterrichts muss neu konzeptioniert werden. Wo muss der Schwerpunkt liegen? Wie groß darf der Mut Lücken zuzulassen sein?

Und warum glaubte ich, auf die Frage meines Schulleiters beim Vorstellungsgespräch, ob ich Biologie fachfremd unterrichten könne, mit ja antworten zu müssen, obwohl ich es lange vor dem Abitur abgewählt habe?

Erkennen Sie sich in manchen dieser Gedanken? Klar ist, dass es keine Standardlösung für die erste Zeit im Berufsalltag an der Schule gibt. Wir haben Statements aus unserem Team zusammengetragen, mit denen wir Mut machen und Hilfestellungen geben möchten, was helfen kann, um sicher im „Lehrersein“ anzukommen. Die ersten beiden drucken wir in dieser Ausgabe ab.

Wir freuen uns auch über den persönlichen Austausch, via Mail, Telefon, Facebook oder Instagram.

Team VRB Junge Lehrkräfte

Nachfolgende Interviews redaktionell aufbereitet von



Monika Antoni  
monika.antoni@vrb-rlp.de



### KATHARINA BECKER:

„Es war gut,  
Mut zu haben ...“

Katharina Becker unterrichtet an der Ruwertalschule Grund- und Realschule Plus Waldrach. Sie ist seit fast 15 Jahren eine überzeugte und engagierte Lehrerin und hat in dieser Zeit schon an unterschiedlich konzeptionierten Realschulen Plus gearbeitet. Sie sagt, dass man sich – gleichgültig mit welchem Erfahrungshorizont man neu an eine Schule kommt – zum Ankommen ein Jahr Zeit geben sollte:

„Natürlich gab es für mich als ‚Frischling‘ viele positive Erfahrungen: Die Kollegen, die mich zur Seite nahmen und mir den Background einiger Schülerinnen und Schüler meiner Klasse erklärten. Die Handreichungen des ÖPR für ‚Erste Schritte an der neuen Schule‘, mit allen wichtigen Infos: Von ‚Wo ist Hof 2?‘ bis ‚Eintrag der Zeugnissenoten‘. Und auch der Kaffee nach dem Unterricht, bei dem ich meine neuen Kolleginnen und Kollegen privat kennenlernen durfte.“

Aber auch diese Erfahrungen gab es in meiner ersten Zeit im ‚Lehreralltag‘ direkt nach der Ausbildung: Ich wurde eingesetzt als Klassenleiterin in einer Abschlussklasse. Die Kollegin vorher



Der Blick auf die Aufgabenbeschreibung in der Dienstordnung zeigt, wie groß und vielfältig das Aufgabenfeld der Klassenleitung ist. Gerne unterstützen wir Sie fortlaufend mit organisatorischen und methodischen Hilfestellungen. „Füttern“ Sie unsere Ideen-Box! Was interessiert Sie besonders? Haben Sie vielleicht eigene „Klassenleitungs-Bausteine“ entwickelt, die Sie vorstellen möchten?

Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift.

Katharina Becker  
katharina.becker@vrb-rlp.de

Nicolas Cordes  
nicolas.cordes@vrb-rlp.de

Maren Sassenroth  
maren.sassenroth@vrb-rlp.de

– ‚Mama‘ der Klasse, sie konnte die Schülerinnen und Schüler seit der fünften Klasse – ging in Mutterschutz. ... Ich freute mich über ein volles Deputat und wollte mein Können beweisen. Enthusiastisch hatte ich zugestimmt auch fachfremd zu unterrichten, denn ich wollte einen guten Eindruck machen, um eine Planstelle zu bekommen. Ich musste aber in meinen fachfremden Unterricht viel Zeit und Kraft einbringen, die in ‚meinen Fächern‘ viel besser und effektiver investiert gewesen wären. Und zudem war das Gefühl, mich dennoch nur irgendwie ‚durchgewurstelt‘ zu haben, sehr frustrierend.

Mein Fazit: Heute weiß ich, dass ich damals noch meine Lehrerpersönlichkeit finden und festigen musste. Es war gut, den Mut zu haben, meine Ideen auszuprobieren – z. B. in punkto Klassenführung – und damit meinen Stil für das Zusammenarbeiten mit Schülern, Kollegen, Schulleitung und Eltern zu etablieren. Ich weiß inzwischen, dass es notwendig ist zu sagen, welche Fächer ich wirklich unterrichten möchte, bei Aufgaben mitzuarbeiten und die anzustoßen, die mir wichtig sind und meinen Neigungen entsprechen, und Projekte anzupacken, die zu mir passen. Klar will und muss man sich von Anfang an einbringen. Aber es ist auch gut zu reflektieren: Wo liegen meine Stärken? Und wo sage ich nur Ja, weil ich glaube, dass es von mir

erwartet wird?

Mir hat geholfen: Der fachliche und kollegiale Austausch, offen und „schulisch neugierig“ auf die Kollegen zuzugehen und die klare Formulierung von dem, was ich kann und will. Also: Nur Mut! Neue Ideen und Vorschläge kommen an.“

## NICOLAS CORDES:

### „An manchen Aufgaben bin ich gewachsen ...“

Seit knapp vier Jahren ist Nicolas Cordes im „echten Lehralltag“ angekommen. Er unterrichtet an der Crucenia Realschule plus in Bad Kreuznach. Durch seine Ausbilderinnen und Ausbilder im Vorbereitungsdienst fühlt er sich gut auf seinen Beruf vorbereitet:

„Mein Wunsch nach einer Klassenleitung wurde erfüllt. Ich bin Klassenlehrer einer fünften Klasse. Als Klassenleiter bin ich zwar viel mehr involviert und eingespannt in den Alltag meiner Schülerinnen und Schüler, aber ich habe auch eine ganz andere Beziehung zu ihnen. Manchmal belasten mich aber gerade diese engeren Bindungen, wenn ich die teilweise sehr bedrückenden Lebenssituationen der Kinder und Jugendlichen sehe.

Gerade jetzt, in der unsicheren Zeit der Pandemie, hast du das Gefühl, 24/7 im Einsatz für dei-

ne ‚Jungs und Mädchen‘ zu sein. Aber dieser Einsatz ist die Basis für ein fruchtbares Lernklima, und daher lohnt er sich.

Die Erfahrung, auch Ansprechpartner für Sozialamt, Jugendamt oder Jugendgerichtshilfe zu sein, ist eine Situation, in die ich reinwachsen musste. Hier half die Unterstützung von bzw. durch Kolleginnen und Kollegen.

Auch wenn momentan durch Corona das Leben in der Schule ganz andere als die gewohnten Wege geht, sehe ich darin auch Chancen für Schule in der Zukunft. Die Digitalisierung wäre ohne diese völlig neue Situation so schnell niemals in der Breite in den Schulen angekommen. Und der Druck sich mit diesen digitalen Medien auseinanderzusetzen, wäre sicherlich geringer.

Und noch etwas: Ich nehme wahr, dass die Öffentlichkeit unseren Beruf in der jetzigen Situation viel wertschätzender wahrnimmt.“



DIE REIHE WIRD FORTGESETZT ...

## ► STATISTIK



## ROLLENBILDER PRÄGEN FÄCHERWAHL

Bei der Wahl ihrer Schul- und Studienfächer sowie ihrer Ausbildungsberufe folgen junge Rheinland-Pfälzer weiterhin den klassischen Geschlechterrollen. Das hat das Statistische Landesamt in Bad Ems herausgefunden und mit Beispielen belegt.

Schon die Wahl der Leistungskurse in den Gymnasien ergibt ein klares Bild, berichten die Statistiker: Während in künstlerischen und sprachlichen Fächern mit 80 Prozent beziehungsweise 63 Prozent die Schülerinnen überwiegen, liegt im Sport der Anteil der männlichen Jugendlichen im Schuljahr 2020/21 bei 59 Prozent.

Bei Naturwissenschaften besteht zwar auf den ersten Blick „ein nahezu ausgeglichenes Geschlechterverhältnis“. Doch wenn man genauer hinschaut, zeigen sich doch wieder Unterschiede. So beträgt in Biologie der Schülerinnen-Anteil 63 Prozent, in den Leistungskursen Informatik und Physik hingegen waren männliche Schüler mit 85 beziehungsweise 77 Prozent dominant.

Auch die Wahl der Berufsausbildung erfolgt häufig nach traditionellen Rollenbildern. So sind bei Frauen soziale, gesundheitsbezogene und kaufmännische Berufe wie die Ausbildungen zur Erzieherin, Kauffrau für Büromanagement oder Sozialassistentin beliebte Bildungsgänge. Männer wählen eher technische Berufe wie Kraftfahrzeugmechatiker und Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik.

Ähnlich sieht es beim Studium aus. Im Sommersemester 2020 schrieben sich mit etwa 3.700 Studentinnen zumeist Frauen für das Fach Germanistik/Deutsch ein. Bei Männern lagen Betriebswirtschaftslehre und Informatik vorne.

*Hr/Quelle: Die Rheinpfalz, 21.04.21*

## ► FUNDSACHE

## DIGITALE HILFEN ZUR BERUFSERKUNDUNG



## ► BUNDESTAGSWAHLEN 2021

### JUGENDPORTAL DES BUNDESTAGS

Am 26. September wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Wie funktioniert das? Laufen bereits Vorbereitungen? Wo gibt es Informationen über die zu wählenden Personen? Diese Fragen, oder auch was Erstwählerinnen und -wähler beachten müssen, beantwortet das Jugendportal des Bundestages [www.mitmischen.de](http://www.mitmischen.de) jugendgerecht und anschaulich in einem Wahl-Spezial. Dort gibt es aktuelle Meldungen, zahlreiche Erklärvideos, die wichtigsten Lexikon-Begriffe und vieles mehr.

Wo, wenn nicht auf der Homepage des Bundestages sollten junge Menschen sich informieren können? Unter [www.bundestag.de/wahl](http://www.bundestag.de/wahl) werden nicht nur aktuelle Meldungen eingestellt. Es wird auch erläutert, was die Fünf-Prozent-Hürde ist oder ein Überhangmandat.

*Wü/Quelle: Jugendsozialarbeit News – Ausgabe 745; Deutscher Bundestag*



Die Corona-Krise darf nicht zur Ausbildungs- oder Fachkräftekrise werden. Deshalb hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) zusammen mit den Partnern in der Selbstverwaltung der BA mit einer Internetplattform ein neues digitales Angebot geschaffen: <https://www.arbeitsagentur.de/m/ausbildungklarmachen/>



Diese Website richtet sich in erster Linie an Jugendliche. Sie bündelt übersichtlich an einem Ort alle wichtigen Informationen und Angebote rund um das Thema Ausbildung: von Tipps für die Berufswahl und dem Online-Berufserkundungstool „Check-U“ über das persönliche Gespräch mit der Berufsberatung – zum Beispiel per Videoberatung – bis hin zu mehr als 100.000 Ausbildungsplatzangeboten aus der BA-Jobbörse. In einer Veranstaltungsdatenbank finden die Jugendlichen außerdem virtuelle Ausbildungsmessen, Speed-Datings und weitere (digitale) Events in ihrer Region. Ergänzt wird das Angebot von persönlichen Erfahrungsberichten und Erfolgsgeschichten von Azubis.

Daneben finden auch Arbeitgeber, Eltern und Lehrkräfte auf der digitalen Informationsplattform Hinweise und weiterführende Links. Ausbildungsbetriebe erhalten zum Beispiel alle wichtigen Informationen zum Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ und gelangen per Link direkt zu den Förderanträgen.

Lehrerinnen und Lehrer können unter anderem Materialien für den Berufsorientierungsunterricht herunterladen. Eltern finden Tipps, wie sie ihre Kinder bei der Berufswahl unterstützen können oder welche finanziellen Hilfen es gibt.

Mit einem Klick geht es auch zu den Ausbildungsseiten der Partner in der Selbstverwaltung:

- Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände BDA bietet über das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT umfangreiche Unterstützung für Lehrkräfte und Unternehmen zum Thema Berufliche Orientierung an.
- Die DGB-Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes bietet mit „Dr. Azubi“ schnelle, anonyme und kostenlose Unterstützung bei allen Fragen rund um die Ausbildung.
- Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) bietet mit seinem „Lehrstellenradar“ den direkten Weg zum Ausbildungsplatz im Handwerk. Dort finden ausbildungsinteressierte junge Menschen noch viele weitere Informationen, beispielsweise zu Praktika, und passende Ansprechpartner aus ihrer Region.

Die Webseite wird laufend erweitert und aktualisiert.

*Hr/Quelle: PM der Bundesagentur für Arbeit vom 23. April 2021*

## ► BURNOUT BEI BERUFSANFÄNGERN

### EIN VIERTEL ALLER ANGEHENDEN LEHRKRÄFTE LEIDET UNTER BURNOUT-SYMPTOMEN

Nach einer Studie der Uni Halle bei der insgesamt 130 Lehrer im Vorbereitungsdienst untersucht wurden, leidet ein Viertel aller angehenden Lehrerinnen und Lehrer unter Burnout-Symptomen. Fast ein Drittel verlässt bereits in den ersten fünf Jahren wieder die Schule. Dem Problem lässt sich nach Ansicht der Forscher vorbeugen, wenn die Betroffenen über ein gut ausgeprägtes „Selbstmitgefühl“ verfügen und nachsichtig mit sich selbst sind.



Künftige Lehrerinnen und Lehrer absolvieren nach ihrem Studium das Referendariat, das sie auf ihr künftiges Berufsleben vorbereiten soll. Dieser Übergang ist für viele Studierende eine große Herausforderung. „Angehende Lehrkräfte sind mit vielfältigen Aufgaben konfrontiert: Sie müssen sukzessive ihren eigenen Unterricht durchführen, Leistungen bewerten und mit dem Kollegium sowie den Eltern der Schülerinnen und Schülern interagieren. Gleichzeitig läuft die theoretische Ausbildung im Rahmen des zweiten Staatsexamens weiter“, sagt Prof. Dr. Lars-Eric Petersen vom Institut für Psychologie der Martin-Luther-Universität. Geraten die künftigen Lehrerinnen und Lehrer zudem an unmotivierte Betreuer innerhalb der Schule, könne das mögliche psychische Probleme verstärken.

*Hr/Quelle: Nancy Tandler, Lars-Eric Petersen: „The protective role of Self-compassion in teachers' induction phase“ in: Psychologie in Erziehung und Unterricht, Heft 2 / 2021, Jg. 68*

# WAS IST HINTER DEM HORIZONT?

**Wir begegneten Prof. Dr. Ernst Peter Fischer zum ersten Mal im November 2018 im Rahmen der rheinland-pfälzischen Gespräche: MINT im Dialog zum Thema „Was ist hinter dem Horizont?“ Sein Vortrag war geprägt von einer ganzheitlichen Betrachtung grundsätzlicher Fragen, er sah die Erkenntnisse der Naturwissenschaften nicht isoliert, sondern stets im Kontext von Religion und Kunst. Im anschließenden Interview verriet er seine Faszination für das von Albert Einstein beschriebene „Geheimnisvolle“ und gab den Lehrkräften die Empfehlung, vor allen Lösungsansätzen ihre eigene Begeisterung für das Fach an ihre Schülerinnen und Schüler weiter zu geben und sie zum Nachdenken anzuregen.**

Als Schülerinnen und Schüler in der Rhein-Neckar-Zeitung im Februar 2019 den Einsatz von Smartphones im Unterricht forderten, unterstützte sie der Wissenschaftshistoriker Fischer mit konkreten Begründungen inklusive überraschenden Erkenntnissen bei der Durchsetzung ihrer Forderung. Seine Nähe zum Lebensalltag junger Menschen war überzeugend. Mehr dazu in seinem Buch „Die Welt in deiner Hand – Zwei Geschichten der Menschheit in einem Objekt“.

## „Blödem Volke unverständlich“

Und was macht Professor Fischer in Corona-Zeiten? Er schreibt ein Buch. Und zwar über die Vermittlung von Wissenschaft im Allgemeinen, die aus seiner Sicht sehr im Argen liegt, weil sie nicht Teil einer Allgemeinbildung wird. Erkundigt man sich freundlich nach dem Titel seines neuen Werkes, ist man etwas irritiert, denn der Arbeitstitel lautet „Blödem Volke unverständlich“. Nicht jedem ist geläufig, dass damit das Gedicht über den Galgenberg, das Christian Morgenstern an den Anfang seiner Galgenlieder gestellt hat, beginnt. Veröffentlicht wurden die Galgenlieder erstmals 1905.

## „Ich verstehe die Welt nicht mehr!“

„In der Tat bringt die Wissenschaft der Physik in diesen Tagen der Galgenlieder unabhängig von allen technischen Erfolgen vor allem Unverständliches wie Einsteins vierdimensionale Raumzeit, Unbegreifliches wie die absolute Grenze der Lichtgeschwindigkeit, Unvorstellbares wie unstetige Quantensprünge, Unfassbares wie die unsichtbare Röntgenstrahlung und Unheimliches wie das Leuchten zerfallender radioaktiver Elemente hervor, ... Dabei entsteht ein Gefühl, das sich in die Worte fassen lässt, „Ich verstehe die Welt nicht mehr!“ Sie legt der Dramatiker und Lyriker Friedrich Hebbel bereits 1843 am Ende seines Schauspiels „Maria Magdalena“ einem Meister Anton in den Mund, und der Dichter und seine Figur hätten damit die Wissenschaft ihrer Tage meinen können. Damals war es zum ersten Mal gelungen, die Entfernung zu einem Stern außerhalb des Sonnensystems in Lichtjahren zu bestimmen, gab es erste elektromagnetische Telegraphen, die in kaum merklicher Zeit Entfernungen von mehreren Kilometern zu überbrücken vermochten und Raum und Zeit einander näher brachten, und nach sorgfältigen Himmelsbeobachtungen konnten sich die Physiker durch eine Parallaxenmessung sogar über eine weitere Premiere freuen, nämlich den mit höchster Präzision geführten Nachweis, dass Kopernikus recht hat und die Erde nicht im Mittelpunkt der himmlischen Sphären steht. ... Doch selbst wenn die klerikale Sturheit längst der Vergangenheit angehört, haben vermutlich viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen bis heute weder verstanden, was die Einsicht des Kopernikus allgemein besagt, noch sich überlegt, was sie konkret in ihrem individuellen Dasein bedeutet. Oder kennt jemand Menschen, denen klar ist, dass sie die Hälfte ihres Lebens mit dem Kopf nach unten hängend im Kosmos verbringen und niemals sagen können, ob ihr Schädel nach oben oder unten zeigt?

## Keine Vorstellung von der rasenden Bewegung im Weltraum

Und da es gerade um die Erdbewegung im Kosmos geht, würde man die an ihren iPhones festklebenden Menschen gerne fragen, ob sie ohne Google wissen, mit welcher Geschwindigkeit sie gerade auf ihrem Planeten unterwegs sind, während sie an einer Straßenecke stehen und mit einem Finger über ihr Display wischen. Selbst wenn man ihnen verrät, dass Erdbewohner am Äquator alleine durch die Drehung des Planeten um seine Nord-Süd-Achse mehr als 1.500 Kilometer pro Stunde und damit fast 500 Meter pro Sekunde (!) zurücklegen, würde kaum jemand bei dieser einen unter vielen Millionen von täglich eingehenden Informationen aufhorchen oder gar staunen und versuchen, sich eine Vorstellung von der rasenden Bewegung im Weltraum zu machen, an der sie teilhaben ...

Viele verstehen diese Welt allein in diesen kosmischen Bezügen schon längst nicht mehr, wie man gerne zugeben möchte ...

## Die Welt wird fremd – ausgerechnet durch die Wissenschaft

In diese Richtung stieß dann im 20. Jahrhundert gezielt ein anderer Dichter vor, nämlich Alfred Döblin, der in den Jahren der Weimarer Republik versuchte, die damals entstehende Physik von Einstein mit ihren dynamischen Gravitationsfeldern und dem Verschmelzen von Raum und Zeit bei gleichzeitig verschwindender Möglichkeit, die Gleichzeitigkeit von Ereignissen zu erfassen. Döblin wiederholte vor hundert Jahren Hebbels Seufzer aus dem 19. Jahrhundert, nur dass er sich konkret darüber beschwerte, dass er trotz emsigen Bemühens die zu seinen Lebzeiten aufkommende und als Relativitätstheorie bezeichnete wissenschaftliche Beschreibung der Welt nicht mehr verstehen konnte. Die Welt, in der er lebte, war ihm fremd geworden, und zwar ausgerechnet durch die Wissenschaft, die doch Verstehen liefern wollte und von der die Menschen immer mehr abhingen. Immerhin

hat Döblin versucht, sich in Einsteins Kosmos und die Physik allgemein hineinzudenken. Er hat sich persönlich darum bemüht und in Büchern nachgeschaut, was man heutzutage bei öffentlich agierenden Figuren nicht mehr so ohne weiteres antrifft. Leserinnen und Leser brauchen nur die Medien zu konsultieren, um Beispiele zu finden, etwa wenn Manager Quantensprünge ihrer Unternehmen ankündigen oder behaupten, Investitionen seien leider in Schwarzen Löchern verschwunden. Hierbei kann man sicher sein, dass sie von den wissenschaftlich klingenden Begriffen keine Ahnung haben ...



*Die aktuelle Debatte in der Corona-Krise zeigt: Wissen und damit Wissenschaft spielt eine zentrale Rolle im Kampf um den Erhalt der Menschheit. In seinem aktuellen Buch nimmt Ernst Peter Fischer seine Leserinnen und Leser mit auf eine lehrreiche, abwechslungsreiche und vergnügliche Reise durch die Geschichte des Wissens und der Wissenschaft.*

Auf diese Weise wird unübersehbar, dass sich an dem von dem Poeten Döblin geäußerten Unverständnis der Welt nicht nur nichts geändert hat, sondern dass die Distanz zwischen der Wissenschaft und der Öffentlichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg noch viel größer geworden ist, und zwar in einem zunehmend rasanter werdenden Tempo.“

## Verstehen verlangt eine Anstrengung

Der Untertitel des neuen Werkes könnte übrigens „Eine mit ihrer Wissenschaft überforderte Öffentlichkeit“ heißen. Diese Aussage ist nach einem Jahr Coronapandemie leicht nachvollziehbar, denn betrachtet man allein die zahlreichen Erklärungen von Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen medizinischen Fachrichtungen, so wird das Begreifen und Einordnen dieser Ausführungen immer schwieriger. Und die Ärzte stehen ja nur für einen Bruchteil der Wissenschaften, die unser aller Leben beeinflussen. Laut Professor Fischer „verlangt das Verstehen eine Anstrengung“ und „um etwas zu verstehen, muss man lange nachdenken“, auch über sich selbst. Doch es scheint die einzige Chance zu sein, aus „blödem Volke unverständlich“ so etwas wie „engagierten Menschen zugänglich“ zu machen.

## ZUR PERSON



Foto: Wü

*Dr. Ernst Peter Fischer war Professor für Wissenschaftsgeschichte an der Universität in Heidelberg, ist Wissenschaftsjournalist und Autor zahlreicher Bücher.*

*Er studierte Mathematik und Physik in Köln, Biologie am California Institute of Technology in Pasadena (USA). Er promovierte 1977 und habilitierte sich 1987 an der Universität Konstanz.*

*Aufsehen erregte sein Buch „Die andere Bildung – Was man von den Naturwissenschaften wissen sollte“ (2001). Es wurde als Antwort auf Dietrich Schwanitz' „Bildung – Alles was man wissen muss“ verstanden, der die Naturwissenschaften aus dem Kanon seiner Bildung ausgeschlossen hatte. Neuere Titel sind z. B. „Noch wichtiger als das Wissen ist die Phantasie“. Penguin, München 2016 und „Wenn das Wissen nicht mehr reicht.“ Komplett-Media, München u. a. 2017, „Vom Staunen in der Welt – Was Wissenschaft möglich macht und was nicht“, Hirzel Verlag Stuttgart 2021*  
<http://www.epfischer.com>



Regina Sersch  
regina.sersch@vrb-rlp.de



## Bezirk Koblenz

### ► WORKSHOP UND MEET & GREET

# BigBlueButton – Einsatz für den aktivierenden und interaktiven Unterricht

## Mehr als nur Videokonferenzen und Unterrichtsgespräche

Ende April veranstaltete der Bezirksverband bereits seinen fünften digitalen Workshop der Reihe „Neue Realitäten – Chancen nutzen“. Während in den vorausgegangenen Workshops vorrangig die basalen Bedienungsfunktionen der Plattform BigBlueButton thematisiert worden waren, stand nun der effiziente Einsatz der Videokonferenzplattform für die schulische Organisation im Fokus. Thema des informativen und produktiven Workshops war: „BigBlueButton - Einsatz für den aktivierenden und interaktiven Unterricht“.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren aus den Bezirken Koblenz, Trier und Neustadt zugeschaltet.

Die Referenten Andreas Stegmann und Bengjamine Bajraktari gaben den Kolleginnen und Kollegen wichtige Impulse für die kommenden Wochen im Hybrid- und Distanzunterricht. Sie führten aus, wie guter Unterricht und schulische Organisation in die-

sem Medium gelingen können und effizientes Arbeiten ermöglicht wird, wenn Sicherheit und Souveränität im Umgang entstanden sind. Die Referenten zeigten anhand eigener Erfahrungen diverse Möglichkeiten auf, die sich in der praktischen Durchführung von Dienstbesprechungen, Fachkonferenzen oder Gesamtkonferenzen bewährt haben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich sichtlich beeindruckt von der vielfältigen Nutzbarkeit der Plattform. Zielführende didaktische und methodische Diskussionsrunden schlossen sich hier an.

Im Anschluss an diesen Workshop konnten alle in Form eines „Meet & Greet“ persönliche, fachbezogene und verbandspolitische Fragen klären. Hier wurde deutlich, dass auch im kommenden Schuljahr Unterstützungsangebote nachgefragt werden.



**Nico Cordes**  
nico.cordes@vrb-rlp.de



**Andreas Stegmann**  
andreas.stegmann@vrb-rlp.de



**Bengjamine Bajraktari**  
bengjamine.bajraktari@vrb-rlp.de

► DER VRB GRATULIERT

## Horst Gerber, ein „VDR-Urgestein“, feierte seinen 80. Geburtstag

Ein freudiges Ereignis in nicht einfacher Zeit durfte Horst Gerber, langjähriger VDR-Bezirksvorsitzender des Bezirks Koblenz, erleben. Margit Lenarz, seine Nachfolgerin (2001–2009), gratulierte im Namen des Bezirks Koblenz.



2016: Schnappschuss bei der VRB-Hauptversammlung 2016



Foto Brier

2005: Der damalige Landesvorsitzende Bernd Karst würdigt Horst Gerbers Verdienste bei dessen Verabschiedung aus dem Hauptpersonalrat

Foto Wünschel

Horst Gerber begann seine schulische Laufbahn an der Realschule in Mayen, wo er schon sein Referendariat absolviert hatte und später die Funktion des 2. Konrektors übernahm. Der Eintritt in den VDR war für ihn ein Muss, denn ihm war bewusst, durch Verbandsarbeit kann man Einfluss auf die schulische Entwicklung der Realschule nehmen.

1979 bewarb sich Horst Gerber für das Amt des Schulleiters an der Realschule Bad Sobernheim, wo er bis 2005 die Gestaltung der Schule prägte.

Durch sein Engagement im Verband wurde Horst Gerber 1985 zum Bezirksvorsitzenden von Koblenz gewählt und übte dieses Amt 16 Jahre lang aus. Er übernahm in dieser Zeit viele weitere Aufgaben, insbesondere war er im VDR-Landesvorstand Referent für Dienstrecht. 1992 wurde er stellvertretender Vorsitzender im HPR und arbeitete erfolgreich bis 2005 an der Seite von Wolfgang Wünschel. In dieser Zeit erlebte er Ministerin Götte, Minister Zöllner und zuletzt Ministerin Ahnen. Es war eine bewegte Zeit, in der Horst Gerber sich vor keiner schwierigen Aufgabe scheute.

Bezirks- und Landesvorstand danken Horst Gerber für seine langjährige und erfolgreiche Verbandsarbeit und wünschen ihm für sein neues Lebensjahrzehnt alles Gute.



1993: Horst Gerber (re.) zusammen mit Birgitt Maczuck und Wolfgang Wünschel auf einem Wahlplakat zur Personalratswahl 1993.



Margit Lenarz  
margit.lenarz@vrb-rlp.de

► VIRTUELLE BEZIRKSVERSAMMLUNG

# „Psychische Belastungen bei Schülerinnen und Schülern – erkennen und Unterstützung anbieten“

Im Rahmen einer Bezirksversammlung Anfang Mai begrüßte Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari gemeinsam mit Mitgliedern des Bezirksvorstandes den Schulpsychologen Dr. Jörg von Irmer vom Pädagogischen Landesinstitut zu einem digitalen Vortrag, zu dem sich zahlreiche interessierte Lehrkräfte angemeldet hatten.



Im Verlauf der Corona-Krise, so Bengjamin Bajraktari, seien die psychischen Belastungen vieler Schülerinnen und Schüler sichtbar geworden. Es sei Ziel der Veranstaltung, den Lehrkräften diagnostisches Handwerkzeug an die Hand zu geben und Unterstützungsangebote zu vermitteln.

## Physiologische Grundlagen

Um zunächst die Ursachen psychischer Strapazen zu verstehen, führte Dr. Jörg von Irmer die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst durch die physiologischen Grundlagen, angefangen von einer Definition des Stresses bis hin zu Auswirkungen von Stress auf die einzelnen Organe des menschlichen Körpers. Er machte deutlich, dass Erholungsphasen, auch kurze, wesentlich zu einer Vermeidung von negativem Stress, dem sogenannten Distress, beitragen. Er grenzte negativen von positivem Stress, dem sogenannten Eustress, klar ab. Der Eustress habe einen positiven, weil motivierenden Einfluss auf den Menschen. Einen weiteren Schwerpunkt seines Vortrages setzte Dr. von Irmer auf Stressbewältigungsstrategien (Coping) und stellte diese in einer hirnpfysiologischen Dimension dar.

## Erkennbare Belastungssymptome

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie benannte Dr. von Irmer Stressoren wie Homeschooling, innerfamiliäre Konflikte und wirtschaftliche Probleme in der Familie. Er gab verschiedene Strategiebeispiele für Stressbewältigung, die auch durch Lehrkräfte im Schulalltag umgesetzt werden können: „Alles was Spaß macht“, so sein Schlagwort, beschreibe gute Lösungsansätze für eine effiziente Stressbewältigung, auch für coronabedingten Stress. Neben möglichen Stressoren nannte er einen starken Leistungsabfall und Schulabsentismus als Beispiele für mögliche

sichtbare Belastungssymptome von Schülerinnen und Schülern, die von Lehrkräften erkannt werden könnten.

## Gesprächsführung

Von Irmer machte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern klar, dass es nicht „den einen richtigen Weg zum Umgang mit psychisch belasteten Schülerinnen und Schülern“ gebe. Wichtig sei eine offene Gesprächsführung, geprägt von einer Haltung des aktiven Zuhörens ohne Vorwürfe und Drohungen.

Letztlich unterschied er drei Phasen der Gesprächsführung: die Klärung des Anlasses, die Lösungsentwicklung und das Umsetzen der Lösung mit notwendigen Unterstützern.

Einen diesbezüglichen Gesprächsleitfaden stellte Dr. von Irmer den Teilnehmenden zu Verfügung.

## Nummer gegen Kummer

In einer anschließenden Diskussionsrunde hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, über ihre Fragen gezielt Tipps von Dr. von Irmer zu bekommen. Als wichtiges Hilfe-Instrument nannte er abschließend die „Nummer gegen Kummer“, die von Schülerinnen und Schülern gerne genutzt werde, da sie die Anonymität des Anrufenden gewährleiste.



Nicole Weiß-Urbach  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Bengjamin Bajraktari  
bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



## Bezirk Neustadt

### ► KURZNOTIZ

#### Wir haben die **KULTUR IM BLICK!**

Die Inzidenzzahlen gehen zurück und die Zahl der Geimpften nimmt zu. Das lässt uns hoffen, dass wir in absehbarer Zeit wieder Veranstaltungen anbieten können.

Zwei Besichtigungen stehen an: Kloster ruine Limburg und Festung Germersheim.

Achten Sie auf entsprechende Hinweise auf unserer Website ([www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)).

Ihre Gudrun Deck

### ► VORSTANDSARBEIT

## Den Corona-Herausforderungen mit neuen Angeboten begegnen

Der Bezirksvorstand tauschte sich in den letzten Monaten regelmäßig in Videokonferenzen aus. Themen waren die Landtagswahl, die Vorbereitung der VRB-Hauptversammlung und die Personalratswahlen. Hierbei ging es um die Organisation von Unterstützungsangeboten für die Wahlvorstände und um Fortbildungsangebote für die neu gewählten Personalvertretungen.

Die Vorstandsmitglieder berichteten über Anliegen, die in den Online-Sprechstunden an den Vorstand herangetragen wurden. Auch die Angebote zum Austausch im persönlichen Kontakt wurden gerne angenommen und sollen weiterhin bestehen bleiben.

Das Foto entstand bei der Vorstandssitzung Anfang März. Hier waren auch Vertretungsanliegen zu regeln. Christoph Schneider (oben links) wurde die Stellvertretung im Vorsitzendenamt übertragen.



 **Regina Bollinger**  
regina.bollinger@vrb-rlp.de



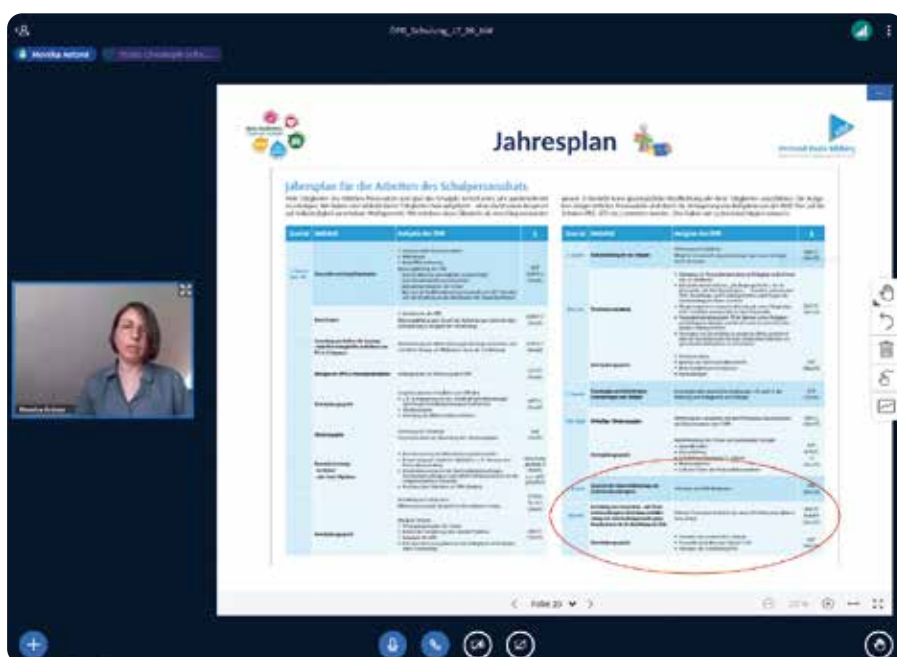
 **Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► BEZIRKSÜBERGREIFEND KONZIPIERT UND KOORDINIERT

# Fortbildung für neu gewählte Personalräte

## Grundbegriffe der Personalratsarbeit

Nach einer überwältigenden Resonanz auf ein landesweit ausgeschriebenes Fortbildungsangebot für Schulpersonalräte wurden zwei Veranstaltungen durchgeführt. Der folgende Bericht geht auf das Angebot im Bezirk NW ein. Inhaltliche Schwerpunkte der Veranstaltung waren Grundbegriffe der Personalratsarbeit, das Vierteljahresgespräch und der Jahresplan.



Wächteramt, weitere Aufgaben des Personalrats und die Grundsätze der Mitbestimmung. Als ehemaliges ÖPR-Mitglied gab er dabei Beispiele aus dem Alltag und Hinweise aus der eigenen Erfahrung.

In einem Impulsreferat thematisierte Monika Antoni das Vierteljahresgespräch.

Anschließend ging sie auf den Jahresplan der Personalratsarbeit ein. Dabei zeigte sie zentrale Aufgaben des ÖPR in den jeweiligen Quartalen auf. Auch Monika Antoni konnte als ehemaliges Mitglied im ÖPR aus der Praxis berichten und so viele wichtige Hinweise geben.

In offenen Austauschrunden nutzten die Kolleginnen und Kollegen rege die Gelegenheit, um Fragen zu stellen und mit den Referentinnen und Referenten ins Gespräch zu kommen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden vom stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Christoph Schneider, der auch Mitglied im Bezirkspersonalrat der Integrierten Gesamtschule ist, begrüßt und durch das Programm geführt.



Als Referentinnen und Referenten standen Jutta Okfen (Mitglied im HPR IGS), Michael Eich (HPR RS plus), Benjamin Bajraktari und Monika Antoni (beide BPR RS plus) zur Verfügung. Den Einstieg bildeten Berichte aus HPR und BPR der RS plus.

Da eine überwiegende Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum ersten

Mal Mitglied im Örtlichen Personalrat ist, erläuterte Christoph Schneider zunächst die Grundbegriffe der Personalratsarbeit. Er konzentrierte sich dabei, unter Bezugnahme auf das LPersVG, auf die Geschäftsführung, den Leitgedanken der vertrauensvollen Zusammenarbeit, das



**Katharina Bitz**  
katharina.bitz@vrb-rlp.de



**Christoph Schneider**  
christoph.schneider@vrb-rlp.de



# Themen, die auch das nächste Schuljahr bestimmen werden



## Mit „VRB virtuell“ veranstaltete der Bezirksvorstand Ende April einen Onlineaustausch zu Fragestellungen, Erfahrungen und Perspektiven der Schulen in Zeiten von Corona.

Christoph Schneider, der stellvertretende Bezirksvorsitzende, konnte zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen, darunter auch Mitglieder aus den Bezirken Trier und Koblenz.

### Impulse aus den Schulen sind wichtig

Durch Covid 19 haben nicht nur die Arbeitsbelastungen, sondern auch die belastenden Situationen an den Schulen stark zugenommen. „Um so mehr ist es für uns als VRB und für unsere Arbeit in den Stufenvertretungen HPR und BPR wichtig und notwendig, dass wir Impulse aus den Schulen bekommen“, betonte Schneider in seiner Begrüßung.

Anschließend wurden die VRB-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für den Bezirks- und Hauptpersonalrat von Realschule Plus und IGS vorgestellt: Benjamin Bajraktari (BPR Realschulen Plus), Michael Eich (HPR Realschulen Plus), Christoph Schneider (BPR Integrierte Gesamtschulen) und Regina Bollinger (HPR Integrierte Gesamtschulen). Sie alle haben bereits in der vergangenen Wahlperiode in den Gremien gearbeitet und durch die konsequente Vertretung der Interessen von Lehrerinnen und Lehrern die Entscheidungen der ADD und des Bildungsministerium beeinflusst. Dabei nutzten ihnen ihre Erfahrungen in der täglichen Arbeit in der Schule und somit ihre praxisnahen Argumente.

### Aus der Arbeit in den Stufenvertretungen

Benjamin Bajraktaris Arbeit im BPR war zuletzt bestimmt von den schulischen Eingaben zu den wechselnden Vorgaben zum Umgang mit der Pandemie. Bajraktari betonte, dass die Impulse und Hinweise aus den Schulen essenziell für seine Arbeit im BPR sind.

Michael Eich schilderte die Dynamik der Coronaentwicklung. Er berichtete von den wöchentlichen „Schalten“ mit dem Bildungsministerium. Dabei konnten die Anliegen, Ängste und Nöte von Lehrerinnen und Lehrern vorgebracht werden. Eich bilanzierte die Zusammenarbeit mit Bildungsministerium, ADD und Schulleitungen als wertschätzend und wirksam.

Christoph Schneider kam als Nachrücker in den Bezirkspersonalrat der Integrierten Gesamtschulen. Er lernte die Arbeit dort im „Coronamodus“ mit allen Schwierigkeiten der technischen Ausstattung und Digitalisierung kennen. Zwei wesentliche Probleme treiben ihn bei seiner Arbeit in der Stufenvertretung besonders um: die starke Abhängigkeit der Ausstattung der Schulen vom jeweiligen Schulträger und alle Fragestellungen, die sich für Schulen mit dislozierten Standorten ergeben.

Aus dem HPR der Integrierten Gesamtschulen berichtete Regina Bollinger. Auch dort beherrschten die Fragestellungen zum Hybridunterricht sowie zu den Test- und Impfkonzepthen die Arbeit der letzten Zeit.

In der anschließenden offenen Gesprächsrunde griffen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktuelle, aber auch die Organisation des kommenden Schuljahres betreffende Themen auf. Dabei ging es u.a. um die Bewertung von Klassenarbeiten, Regelungen zum „Freiwilligen Zurücktreten“ sowie um die Balance zwischen Fern- und Präsenzunterricht.



**Monika Antoni**  
monika.antoni@vrb-rlp.de



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



## Bezirk Trier

### ► ONLINEABEND

# Verbands- und schulpolitischer Austausch im Rahmen einer digitalen Weinreise

Im Vorfeld der Personalratswahlen hatte unser Bezirk seine Mitglieder eingeladen, im Rahmen einer Bezirksversammlung einen gemeinsamen Abend zu verbringen. Dieser ermöglichte den Teilnehmenden einen Austausch mit VRB-Stufenvertretungskandidatinnen und -kandidaten. Darüber hinaus hatte Bezirksvorsitzender Christoph Krier die Jungwinzerin Eva Lenhardt aus Mehring (Mosel) gewinnen können, im Rahmen eines kleinen Online-Weinseminars einen Einblick in den Winzerberuf im Wechsel der Jahreszeiten zu geben.

### Chancen nutzen

Zur verbandspolitischen Austauschrunde begrüßte Christoph Krier den Vorsitzenden des Bezirkspersonalrates für Realschulen plus, Bengjamen Bajraktari, der die Anwesenden aus aktuellem Anlass über die Neuerungen rund um die Teststrategie an den Schulen informierte. Mit Blick auf die Testpflicht für Schülerinnen und Schüler wurde u. a. die Sorge erörtert, dass es „Schlupflöcher“ für Schulverweigerer geben könne.

Bajraktari wies auf die anstehenden Personalratswahlen hin und auch auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Briefwahl. Es wird in der kommenden Amtszeit darum gehen, die Chancen zu nutzen, die die neuen Realitäten fordern: Gesundheit schützen, Unterrichtsqualität ausbauen, die Digitalisierung vorantreiben und das Lehramt stärken.

### Einstellungschancen und Unterrichtsversorgung

In einer zweiten Runde informierte Bengjamen Bajraktari über die Planstellensituation im Bezirk Trier und im Land Rheinland-Pfalz. Sein Augenmerk lag auf der Schulversorgung und den Bedarfsmeldungen für die Fächer Englisch, Ethik, Musik und Chemie. Bajraktari ging auch auf die Situation der Kolleginnen und Kollegen ein, die seit Jahren im Beschäftigungsverhältnis stehen und im entsprechenden Korridor warten. „Diese Lehrkräfte dürfen wir nicht an Nachbarländer verlieren!“, so Bajraktari.

### Weinbau an der Mosel: Berufsbild Winzerin

Winzerin Eva Lenhardt betreibt gemeinsam mit ihrem Bruder Christian ein Familienunternehmen. Christian machte die zweijährige Ausbildung zum Winzer und schloss anschließend das Studium der Önologie und des Weinbaus in Geisenheim ab, welches Eva zwei Jahre zuvor nach dem Abitur ebenfalls absolvierte. Ein wesentlicher Baustein in der Fachausbildung stellt die Weinsensorik dar, was den Gebrauch von Nase, Zunge und Gaumen trainiert



Winzerin Eva Lenhardt (2. Reihe von oben, zweite von links) informierte über das Berufsbild Winzerin und den Weinbau an der Mosel.

und für Aromen sensibilisiert. Das durften die digital Anwesenden selbst ausprobieren. Zur Ausbildung bzw. zum dualen Studium gehöre neben der Arbeit im Weinberg auch die Kellerwirtschaft, das Prüfen der Weinqualität sowie der Verkauf, die Beratung und das Marketing.

Die Winzerin ging auf die Weinregion der Mosel ein und hob hier die Besonderheit der Steillagen hervor, die für den Weinbau an der Mosel eine besondere Bedeutung haben und den Winzerinnen und Winzern eine anstrengende Handarbeit abverlangen. Eva Lenhardt zeigte bei ihrer Weinbergreise auf, wie facettenreich der Beruf der Winzerin bzw. des Winzers ist, welche Bedeutung das Klima, der Klimawandel und eine nachhaltige Bewirtschaftung der Böden und des Pflanzenschutzes für die tägliche Arbeit haben. „Kein Tag ist wie der andere.“ Und dies mache den Beruf so abwechslungsreich und interessant.

Am Ende der Weinreise bedankten sich die Lehrkräfte bei Eva Lenhardt für ihre kurzweiligen und interessanten Ausführungen: Sie hoben ihr authentisches Auftreten und ihre Begeisterung hervor, was zeige, wie erfüllend sie den Beruf der Winzerin erlebe. Zudem erhielt die Jungwinzerin Anfragen aus dem Kreis der Lehrkräfte zur Teilnahme an künftigen Tagen der Berufs- und Studienorientierung, welche sie mit Freude annahm.



Christoph Krier  
christoph.krier@vrb-rlp.de

# Erste Fortbildung für Schulpersonalräte der neuen Amtsperiode

Zehn Tage nach den Personalratswahlen wurden rund 200 Kolleginnen und Kollegen, die in ihrem Amt in der Personalvertretung bestätigt bzw. neu gewählt wurden, durch Mitglieder der drei Bezirksvorstände geschult. Zu dieser bezirksübergreifenden Veranstaltung luden Benjamin Bajraktari (Bezirk Koblenz), Christoph Schneider (Bezirk Neustadt) und Christoph Krier (Bezirk Trier) ein. Ansprechpartner waren neben den Einladenden auch Mitglieder der Stufenvertretungen aus den Bereichen der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen: Katharina Becker, Nicole Weiß-Urbach, Monika Antoni, Michael Eich und Jutta Okfen. Wegen der großen Nachfrage wurde die Veranstaltung geteilt. Der folgende Bericht bezieht sich auf die Veranstaltung für die Bezirke Koblenz und Trier.



## Grundsätze der Zusammenarbeit

Inhaltlich standen drei zentrale Fragen im Vordergrund, die durch die Bearbeitung konkreter Beispiele ihre Beantwortung fanden: „Welche Spielregeln gelten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Personalvertretung und Schulleitung?“ (Friedenspflicht), „Worüber wacht die Personalvertretung vor Ort?“ (Wächteramt) und „Welche Grundsätze der Mitbestimmung sind zu beachten?“.

## Wiederkehrende Aufgaben für Personalvertretungen

Nachdem die Grundsätze gemeinsam besprochen waren, erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Input an anstehenden Themen für ihr erstes Vierteljahresgespräch, welches zeitnah an ihre konstituierende Sitzung mit der Schulleitung erfolgen sollte. Darüber hinaus wurde aufgezeigt, welche wiederkehrenden Themen Personalvertretungen im Laufe eines Schul- bzw. Kalenderjahres beschäftigen und wann welche Inhalte mit der Schulleitung zu erörtern sind. Hierunter fallen u.a. die Terminplanung für Schul(halb)jahre, die personelle Versorgungssituation an der

Dienststelle, Stundenplan und Aufsichtsplan sowie aktuelle Herausforderungen, die das schulische Zusammenleben beschäftigen.

## Offene Austauschrunden

Zwischen den inhaltlichen Themenblöcken hatten die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, Fragen zu stellen, die durch das Referententeam sowie durch die Mitglieder der schulartspezifischen Stufenvertretungen beantwortet wurden. Hier standen Fragen wie „Nimmt die Schulleitung geschlossen am Vierteljahresgespräch teil?“, „Ist die Verteilung der Ermäßigungsstunden vorab mit dem ÖPR zu erörtern?“ Und „Wie viel Mitspracherecht hat der ÖPR bei der Vergabe der Ermäßigungsstunden?“. Dass auch die Mitbestimmung der Personalvertretung bei der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten und der „Schulischen Ausbildungsleitung“ nicht außer Acht zu lassen ist, wurde ebenfalls thematisiert. Hier informierten federführend Benjamin Bajraktari und Nicole Weiß-Urbach über die rechtlichen Vorgaben und Bestimmungen.



Christoph Krier  
christoph.krier@vrb-rlp.de

# Trauer um den ehemaligen Landesvorsitzenden Klaus-Peter Wyrwoll

Der Verband Reale Bildung trauert um seinen am 22. Februar 2021 in St. Johann (Krs. Mayen-Koblenz) verstorbenen ehemaligen Landesvorsitzenden



Klaus-Peter Wyrwoll wurde am 27.11.1935 in Neisse/Schlesien geboren. Er studierte Philosophie, Anglistik, Geschichte und Theologie an der Goethe-Universität Frankfurt/Main und legte 1964 die Realschullehrerprüfung in Englisch, Geschichte und Katholische Religion ab. Nach Tätigkeiten an der Clemens-Brentano-Realschule Koblenz und an der Realschule Cochem wurde Klaus-Peter Wyrwoll 1971 Realschuldirektor an der Albert-Schweitzer-Realschule Mayen. Im Juni 2000 trat er nach 29 Jahren als Schulleiter in den Ruhestand. Die damalige Personalratsvorsitzende Jutta Grabkowsky (VDR-Landesvorsitzende von 1998 bis 2005) würdigte ihren scheidenden Chef als einen harten und fairen Verhandlungspartner, der sich wie ein Löwe für die Realschule und ihre Lehrkräfte eingesetzt habe: „Hinter seinem breiten Rücken haben wir uns oft versteckt. Die Schlagkraft seiner Krallen hat selbst Minister verschreckt.“

Im Verband Deutscher Realschullehrer engagierte sich Klaus-Peter Wyrwoll auf Bezirks- und Landesebene. Von 1975 bis 1981 war er VDR-Landesvorsitzender.

1990 feierte der VDR Rheinland-Pfalz sein 40-jähriges Bestehen. Bernd Karst, damals Schriftleiter der Verbandszeitschrift, hatte die Idee, die Landesvorsitzenden seit 1965 zu einer Gesprächsrunde ein-

zuladen: Werner Schappert (1965–1975), Klaus-Peter Wyrwoll (1975–1981) und Heinz-Dieter Heers (1981–1990). Daraus entstand der Beitrag „Momentaufnahmen aus Vergangenheit und Gegenwart“. Die hieraus entnommenen Zitate spiegeln einen Ausschnitt rheinland-pfälzischer Schulpolitik und Verbandshistorie wider:

Wyrwoll übernahm das Amt des Landesvorsitzenden in einer Zeit, als der Aufwärtsentwicklung der Realschule erste spürbare Grenzen gesetzt wurden. Fortschritte wurden mehr im Stillen erzielt. „Ein Kennzeichen der VDR-Arbeit war, dass dieser Verband ohne großes Tönen in der Öffentlichkeit ganz konkrete Hilfen geleistet hat, und zwar vor allem jenen, die besondere Unterstützung brauchten. Ich denke beispielsweise an die Referendare oder an die Kollegen mit sogenannten Kleinen Dienstverträgen.“

Als Landesvorsitzender war Klaus-Peter Wyrwoll kein bequemer Verhandlungs- und Gesprächspartner. Werner Schappert beschrieb ihn so: „Die im politischen Bereich oft anzutreffende Strategie der geschmeidigen Anpassung, die nicht selten mit Verlust an Individualität und persönlichem Profil Hand in Hand geht, war nicht seine Sache. Die Haltung der Zivilcourage war Klaus-Peter Wyrwoll in hohem Maße zu eigen.“



*Klaus-Peter Wyrwoll im Gespräch mit Ministerpräsident Bernhard Vogel*

Über die Kultusminister, die seine Verhandlungspartner waren, äußerte sich Wyrwoll respektvoll: „Dr. Hanna-Renate Laurien hat gekämpft. Sie hat sehr unter Zwängen gestanden, aber sie war äußerst eigenständig und hat sich oft über die Fraktion hinweggesetzt, weshalb sie ja auch bei parteiinternen Wahlen meistens sehr schlecht abgeschnitten hat. Vogel hatte eine Gesamtkonzeption. Laurien hingegen setzte viele Detailkonzepte auf einer hohen fachlichen Ebene um.“

Eine damals angedachte Stundentafelkürzung hinterfragte Wyrwoll kritisch und weitsichtig: „Von daher müssen wir die Frage stellen, ob der Schüler weniger Zeit in der Schule verbringen soll. Er müsste eigentlich viel mehr Zeit in der Schule verbringen. ... Aber in einer derzeitigen Organisationsform unserer Vormittagsschule müsste man zumindest da-

von ausgehen, dass die Lehrer Zeit zur Pädagogik erhalten, dass sie in die Lage versetzt werden, den Schüler zu erziehen. Die Einstundenfächer z. B. sind pädagogisch höchst fragwürdig, weil der Lehrer dort nur noch der Dozent ist.“

Die Erinnerung an seine aktive Zeit als Landesvorsitzender fasste Wyrwoll so zusammen:

„Es waren hilfreiche Erfahrungen im Umgang mit Menschen. Die Bedürfnisse von Menschen, hier von Lehrern, in die Politik einzubringen, das ist wohl der Hauptgrund gewesen, warum ich im VDR mitgewirkt habe. Wir haben immer aus der Schule und für die Schule gearbeitet. Deshalb waren wir auch nie Funktionäre. Als Landesvorsitzender spürte ich, dass ich manchmal bis zur physischen Erschöpfung arbeitete.“

Margit Lenarz und Wolfgang Wünschel überbrachten 2015 Klaus-Peter Wyrwoll zu seinem 80. Geburtstag die Glückwünsche des Landesverbandes und des Bezirksverbandes Koblenz. Bei dieser Gelegenheit blickte Wyrwoll zurück: „Es war eine schöne Zeit. Die Tätigkeit in Verband und Schule hat mir Möglichkeiten gegeben, den Aktionskreis über Mayen hinaus auszudehnen und den Horizont zu erweitern.“

Es war ein Engagement, das allen zugute kam – der Realschule Mayen, den Realschulen in Rheinland-Pfalz und deren Lehrerinnen und Lehrern. Wir werden Klaus-Peter Wyrwoll in würdiger Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

*Bernd Karst und Wolfgang Wünschel*

**Der Verband Reale Bildung Rheinland-Pfalz**  
trauert um seinen ehemaligen Vorsitzenden

# Klaus-Peter Wyrwoll

**Realschuldirektor a.D.**  
**Ehemaliger Landesvorsitzender**  
**des Verbandes Deutscher Realschullehrer**  
**\* 27. November 1935 † 22. Februar 2021**

Klaus-Peter Wyrwoll war in den Jahren 1975-1981 Landesvorsitzender unseres Verbandes.  
Wir gedenken seiner Verdienste mit großer Dankbarkeit und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

<b>Bernd Karst</b> Ehrenvorsitzender	<b>Timo Lichtenthäler</b> Vorsitzender
---	---

**des Verbandes Reale Bildung in Rheinland-Pfalz**  
Im Namen aller Verbandsmitglieder

KlarText!

## Leerstellen mit Inhalten füllen!

### Zum Koalitionsvertrag der Ampelregierung

„Viel Schlagzeilen-Politik“ (Volksfreund), „Grandiose Hülle“ (Allgemeine Zeitung), „Mehr vage als konkret“ (SWR aktuell) – der „Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz – 2021 bis 2026“ wurde wegen „Worthülsenlastigkeit“ nicht nur von der Opposition kritisiert. Worthülsen finden sich auch in den schulischen Kontexten des Koalitionsvertrages: „Die Schule der Zukunft ist innovativ, modern, sozial, inklusiv, digital und nachhaltig“ (Seite 17). Angesichts dieses Stakkatos an wohlklingenden Adjektiven ist die Versuchung groß, resigniert abzuwinken. Das wird dem Koalitionsvertrag allerdings nicht gerecht: Ein Koalitionsvertrag enthält Richtungsangaben und schafft Orientierung, wohin „die Reise“ mit einer neuen Regierung gehen soll.

#### Leerstellen erkennen und benennen

Über die üblichen Superlative („allen Kindern die beste Bildung“), die episch anmutende Metaphorik („Koalition des Aufbruchs“) und werbesprachliche Wortneuschöpfungen („Chancenschule“) kann man sich entweder ärgern oder amüsieren. Wichtig ist, dass dabei Leerstellen nicht übersehen werden, die es mit Inhalten auszufüllen gilt. Diese Leerstellen erschließen sich durch Was- oder Wie-Fragen. Beispiele: Was ist die „beste Bildung“ für alle Kinder? Wie erreicht man, dass der Bildungserfolg „keine Frage der sozialen Herkunft ist“? Was versteht man unter einer „modernen Lernkultur“? Wie sieht die „zukunftsgewandte Pädagogik“ aus?

#### VRB wirkt

Erkennbar ist, dass zentrale Verbandspositionen, die in unseren Leitansätzen zur Hauptversammlung und in unseren Veröffentlichungen konkret benannt sind, sich im Koalitionsvertrag wiederfinden lassen. So werden die Förderschulen nicht abgeschafft und das diesbezügliche Elternwahlrecht bleibt unangetastet (S. 20). Die Schulträger erhalten bei der technischen Ausstattung der Schulen sowie beim digitalen Support von der Landesregierung zusätzliche Unterstützung (S. 18). Zu den multiprofessionellen Teams gehören jetzt auch „Schulgesundheitsfachkräfte“, damit Lehrkräfte mehr „Zeit zum Lehren haben“ (S. 19). Schulen soll darüber hinaus mehr Selbstständigkeit (S. 17) ermöglicht werden,

eine „Modernisierung der Schulbaurichtlinie“ (S. 18) ist ebenso angekündigt wie eine stärkere Unterstützung von „Schulen in sozial herausfordernden Lagen“ (S. 17). Vertretungslehrkräfte werden „auch in den großen Ferien“ durchbezahlt (S. 19).

**KlarText:** Der Koalitionsvertrag beinhaltet viele unserer Verbandsforderungen. Er weist in zentralen Punkten in die richtige Richtung. Doch bei Wohlfühlformulierungen darf es nicht bleiben. Die rheinland-pfälzischen Lehrkräfte und Schulleitungen erwarten substantielle Verbesserungen. Aus dem Bekenntnis zur Realschule plus als „tragender Säule“ leiten wir die Verpflichtung der Landesregierung ab, in diese Schulart zu investieren. In einer stabilen Bildungsarchitektur müssen alle tragenden Säulen in einem vergleichbar guten Zustand sein. Ist eine Säule instabil, ist das gesamte Gebäude gefährdet. Wir sehen es deshalb als zentrale Aufgabe unseres Berufs- und Bildungsverbandes, auf die inhaltliche Auslegung von Leerstellen im Koalitionsvertrag im Interesse unserer Lehrkräfte und unserer Schulen Einfluss zu nehmen.



**Achtung!**  
 Sie bekommen keine Post mehr vom VRB?  
 Bitte Mitgliedsdaten aktualisieren!

## Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



**Wolfgang Seebach**

Unterstraße 19  
56814 Faid

mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 26 71 / 60 78 95

## In der kommenden Ausgabe ...



- beleuchten wir die ersten Initiativen der neuen Landesregierung,
- blicken wir auf die Hauptversammlung zurück, werten die Online-Erfahrungen aus und präsentieren den neuen VRB-Landesvorstand,
- beschreiben wir die Aufgaben der neu gewählten Personalvertretungen und lassen die VRB-Teams in den Stufenvertretungen zu Wort kommen,
- diskutieren wir mit der Ministerin und der neuen Staatssekretärin aktuelle Themen der rheinland-pfälzischen Schul- und Bildungspolitik,
- fragen wir, wie es Petra Gerster geht, die bei einem unserer Fachkongresse über „Erziehung und Gesellschaft“ referiert hat,
- prüfen wir, ob Schule und Lehrkräfte die Corona-Herausforderungen hinter sich lassen können,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- schließen wir die Jubiläumsreihe „Glückwunsch VRB – 70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft“ mit neuen Zeitzugberichten,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden,
- informieren wir über Angebote, Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände.

## Impressum

### Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

### Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler  
Felix-Blass-Straße 2  
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler  
Tel: 0 26 41/9 11 72 84  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

### Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 26 71 / 60 78 95  
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

### Redaktion

Wolfgang Wünschel  
Am Schlossberg 20  
76835 Hainfeld  
Tel: 0 63 23 / 8 18 77  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

### Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Michael Eich (Eic),  
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),  
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),  
Regina Serscher (Ser)

### Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de  
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

### Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

# LETZTE MELDUNGEN

DIE RHEINPFALZ SEITE



Foto: Adobe Stock

► **FUNDSACHE: GIBT ES EIN LEBEN OHNE LIKES?  
AUF INSTAGRAM LASSEN SICH NUN DIE HERZCHEN AUSBLENDEN**

**Wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, ermöglichen Instagram und Facebook es ab sofort, die Anzahl der „Gefällt mir“-Angaben auszublenden.**

Für die Social-Media-Generation klingt das nach einer Revolution: Likes gelten als eine der wichtigsten Währungen

im Netz. Und ausgerechnet Instagram, die durchkommerzialisierte Selbstdarstellungsplattform, sagt Likes nun Lebewohl? ...

Die Ankündigung ist aus zwei Gründen weniger spektakulär, als es erscheint. Wer sich vom Druck der Herzchen und Zahlen befreien will, muss viermal

tippen, um die Option in einem Untermenü zu finden. Ähnlich weite Wege sind nötig, um personalisierte Werbung abzuschalten. Zum anderen kann man den Zähler zwar vor sich selbst verstecken, nicht aber vor Instagrams Algorithmen ...

*Wü/Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 4. Juni 2021*

► **FUNDSACHE**

**In einem Porträt über die neue Bildungsstaatssekretärin Bettina Brück hebt „Die Rheinpfalz“ hervor, dass sich Bildungsministerin Stefanie Hubig mit ihrer neuen Staatssekretärin als Team präsentiert, das gemeinsam gestalten will.**

Brück ist nun also die Nachfolgerin von Staatssekretär Hans Beckmann, der mit 62 Jahren in Ruhestand gegangen ist. Ein Lehrer aus der Pfalz, der lange in Schulbehörden gearbeitet hat und jeden Winkel der Schul- und Kitalandschaft kannte. ... Die Fallstricke der Bildungspolitik sind Bettina Brück ebenfalls bestens vertraut, einer Debatte ist sie nie aus dem Weg gegangen.

„Bettina Brück ist durchsetzungsstark und hat eine Meinung“, sagt Bildungsministerin Stefanie Hubig ... Sie habe sich für Brück entschieden, weil sie einen Erfahrungsschatz aus 15 Jahren Bildungspolitik mitbringe. „Das ist ein Brett.“ Sie wolle zusammen mit Brück „Politik aktiv gestalten“.

Gleiche Bildungschancen für alle sind für die beiden SPD-Politikerinnen die zentrale Fra-

ge der sozialen Gerechtigkeit. Die Digitalisierung der Schulen spielt dabei eine Rolle, ebenso die Teams aus Lehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulpsychologinnen, die multiprofessionell aufgestellt werden sollen. Außerdem will die Regierung die Schule im sozialen Umfeld vernetzen. Wenn diese Ideen in die Praxis umgesetzt werden, stehen wieder stürmische Zeiten an. Darin sind beide Frauen erprobt.

*Wü/Quelle: Die Rheinpfalz vom 7. Juni 2021*



[www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)



# Beitrittserklärung

**Verband Reale Bildung**  
**Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz**  
**Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach**  
**Unterstraße 19**  
**56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49**  
**Fax: 0 26 71 / 60 78 95**  
**E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de**

Name ..... Vorname ..... Geb.-Datum ..... E-Mail .....

Straße ..... PLZ und Wohnort ..... Telefon/Fax/Mobil-Nr. ....

Dienstbezeichnung ..... Schule ..... Prüfungsfächer .....

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A .....  TV-L .....

Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden  Ich bin Mitglied im ÖPR

Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar ..... voraussichtlich bis zum .....

Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ..... ist bereits Mitglied im Verband.

**Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.**

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl ..... Name der Bank ..... Kontonummer .....

(sofern bekannt) IBAN ..... BIC .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

## Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

**Lehrkräfte mit einem Deputat**

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

**Mitglieder in Alterszeit**

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

**Beurlaubte, Pensionäre**

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

**Ehegatten, Lebenspartner**

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

**Lehramtsanwärter**

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

**Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**



# Amtszeit 2021–2025

## Wir sind für Sie da. Im Hauptpersonalrat (HPR) und im Bezirkspersonalrat (BPR)



**Michael Eich**  
Vorsitzender des HPR RSplus  
michael.eich@vrb-rlp.de



**Timo Lichtenthaler**  
Mitglied im HPR RSplus  
timo.lichtenthaler@vrb-rlp.de



**Saskia Tittgen**  
Mitglied im HPR RSplus  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



**Christoph Krier**  
Mitglied im HPR RSplus  
christoph.krier@vrb-rlp.de



**Gerhard Hein**  
Ersatzmitglied im HPR RSplus  
gerhard.hein@vrb-rlp.de



**Benjamin Bajraktari**  
Vorsitzender des BPR RSplus  
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



**Katharina Becker**  
Mitglied im BPR RSplus  
katharina.becker@vrb-rlp.de



**Nicole Weiß-Urbach**  
Mitglied im BPR RSplus  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



**Monika Antoni**  
Mitglied im BPR RSplus  
monika.antoni@vrb-rlp.de



**Anna Becker**  
Ersatzmitglied im BPR RSplus  
anna.becker@vrb-rlp.de



**Jutta Okfen**  
Mitglied im HPR IGS  
jutta.okfen@vrb-rlp.de



**Regina Bollinger**  
Ersatzmitglied im HPR IGS  
regina.bollinger@vrb-rlp.de



**Christoph Schneider**  
Mitglied im BPR IGS  
christoph.schneider@vrb-rlp.de



**Christina Sanders**  
Ersatzmitglied im BPR IGS  
christina.sanders@vrb-rlp.de

